Sitzungsbericht

24. Sitzung der Tagung 2005 der XVI. Gesetzgebungsperiode

des Landtages von Niederösterreich

Donnerstag, den 14. April 2005

Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Freibauer; Trauerkundgebung Präs. a.D. Dipl.Ing. Robl (Seite 458).

2. Mitteilung des Einlaufes (Seite 458).

3. Ltg. 367-1/E-1/4: Antrag des Rechts- und Verfassungs-Ausschusses zum Antrag gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Dr. Michalitsch, Cerwenka u.a. betreffend die Forderungen des Jugendkongresses vom 1.12.2004 an den Landtag von Niederösterreich.
Berichterstatter: Abg. Mag. Wilfing (Seite 459).
Redner: Abg. Cerwenka (Seite 459), Abg. Maier (Seite 462), Abg. Mag. Ram (Seite 465), Abg. Weiderbauer (Seite 466), Abg. Mag. Renner (Seite 469), Abg. Mag. Karner (Seite 471), LR Kranzl (Seite 473).
Abstimmung (Seite 473).
(Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ; Ablehnung Grüne.)

4. Ltg. 410/V-11/5: Antrag des Gesundheits-Ausschusses zur Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens.
Berichterstatter: Abg. Dworak (Seite 474).
Redner: Abg. Dr. Krismer (Seite 474), Abg. Hofmacher (Seite 476), Abg. Mag. Ram (Seite 477), Abg. Mag. Fasan mit Resolutionsantrag betreffend Maßnahmen des Landes Niederösterreich zur Reduktion der Feinstaubbelastung (Seite 478), Abg. Kernstock (Seite 481), Abg. Mag. Heuras (Seite 483), LR Dipl.Ing. Plank (Seite 485).
Abstimmung (Seite 486).
(Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ; Ablehnung Grüne.)

5.1. Ltg. 412/B-1: Antrag des Rechnungshof-Ausschusses zum Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr. 7 der XVI. Gesetzgebungsperiode.
Berichterstatter: Abg. Ing. Hofbauer (Seite 486).

5.2. Ltg. 387/B-2/4: Antrag des Rechnungshof-Ausschusses zum Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über Kostenfaktoren im Schulwesen und Maßnahmen betreffend das Produktionspotenzial für Wein; Teilnahme an der Prüfung des Europäischen Rechnungshofes (Reihe Niederösterreich 2005/1).
Berichterstatter: Abg. Ing. Hofbauer (Seite 486).

Redner zu 5.1. – 5.2.: Abg. Kautz (Seite 486), Abg. Herzig (Seite 488), Abg. Waldhäusl (Seite 490), Abg. Dr. Krismer (Seite 492), Abg. Cerwenka (Seite 493), Abg. Hensler (Seite 495), LR Kranzl (Seite 496).
Abstimmung (Seite 499).
(beide Geschäftsstücke einstimmig angenommen.)

***

Präsident Mag. Freibauer *(um 13.00 Uhr)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegen. Es ist unbeanstandet geblieben und demnach als genehmigt zu betrachten. Von der heutigen Sitzung hat sich Frau Landesrätin Dr. Bohuslav entschuldigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Ich bitte Sie, dass Sie sich zum Zeichen der Trauer von Ihren Sitzen erheben. *(Die Damen und Herren Abgeordneten erheben sich.)*

Vor wenigen Tagen, am 8. April, ist der ehemalige Präsident des NÖ Landtages Dipl.Ing. Josef Robl verstorben. Josef Robl wurde am 6. Mai 1918 in Kleinrötz im Weinviertel geboren. Er gehörte noch jener Generation an, die viele Jahre ihres jungen Lebens und oft auch ihre Gesundheit einem furchtbaren Krieg opfern musste. Nach dem Militärdienst absolvierte er das Studium der Landwirtschaft an der Hochschule für Bodenkultur in Wien und begann 1948 seine Tätigkeit im Niederösterreichischen Bauernbund. 1966 wurde er als Nachfolger von Dipl.Ing. Eduard Hartmann Direktor des NÖ Bauernbundes.

Am 4. Juni 1959 wurde Josef Robl Abgeordneter des NÖ Landtages und er gehörte diesem bis 9. April 1981, also 22 Jahre lang, an. Am 20. November 1969 wurde er Präsident des NÖ Landesparlamentes.

In seine Amtszeit fielen wichtige Beschlüsse des Landtages, wie etwa die neue NÖ Landesverfassung 1979, das Raumordnungsgesetz, das Umweltschutzgesetz, das Landwirtschaftskammergesetz und die umfassende Bereinigung des NÖ Landesrechtes.

Als Präsident hat er sich auch um die Renovierung des Landtagssitzungssaales im Haus Herrengasse 13 verdient gemacht.

Präsident Dipl.Ing. Josef Robl wusste während seiner Amtstätigkeit immer die schwierige Aufgabe zu meistern, als Präsident des Landesparlamentes die objektive Führung dieses Amtes zu gewährleisten, ohne dabei aber seiner festen weltanschaulichen und politischen Gesinnung untreu zu werden. Er wurde dafür von allen politischen Kräften geschätzt und geachtet.

Mit seiner Familie und seinen Freunden trauert auch der NÖ Landtag um den Politiker und Menschen Josef Robl und wird sich in Dankbarkeit immer gern an ihn erinnern.

Das Begräbnis für Landtagspräsident a.D. Ökonomierat Dipl.Ing. Josef Robl findet am Samstag, dem 16. April 2005 um 14.00 Uhr in Harmannsdorf statt.

Ich danke für die Trauerkundgebung. *(Die Damen und Herren Abgeordneten nehmen ihre Plätze wieder ein.)*

Hinsichtlich der seit der letzten Sitzung bis zum Ablauf des gestrigen Tages eingelaufenen Verhandlungsgegenstände, deren Zuweisung an die Ausschüsse, der Weiterleitung von Anfragen und der eingelangten Anfragebeantwortungen verweise ich auf die elektronische Bekanntmachung der Mitteilung des Einlaufes. Diese wird in den Sitzungsbericht der heutigen Landtagssitzung aufgenommen. Heute ist noch eingelangt Ltg. 414/A-4/81, Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend Totenruhe am Patienten- und Patientinnenfriedhof des Ostarrichi-Klinikums Mauer durch den Ausbau der B 121 pietätlos gestört und Feinstaubmehrbelastungen der Patienten und Patientinnen auf Grund von Umwidmungen.

Einlauf:

Ltg. 410/V-11/5 - Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens – wurde am 6. April 2005 dem Gesundheits-Ausschuss zugewiesen und steht auf der Tagesordnung.

Ltg. 412/B-1 - Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr.7 der XVI. Gesetzgebungsperiode – wurde im Rechnungshof-Ausschuss am 7. April 2005 behandelt und steht auf der Tagesordnung.

Ltg. 413/B-2/5 - Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, vom April 2005 über Teilgebiete der Gebarung im Land Niederösterreich: Personal, Organisation, Informationstechnologie (Reihe Niederösterreich 2005/2).

Anfragen:

Ltg. 411/A-4/80 - Anfrage des Abgeordneten Weiderbauer an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend „VP-DirektorInnen“ in NÖ Pflicht-

schulen bezugnehmend auf ein Schreiben der NÖ Landeslehrer-APS AAB FCG vom 23. Februar 2005.

Anfragebeantwortungen:

Zu Ltg. 385/A-4/68 – von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll, zu Ltg. 386/A-4/69 – von Frau Landeshauptmannstellvertreterin Onodi; zu Ltg. 388/A-4/70 – von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll; zu Ltg. 389/A-4/71 – von Frau Landeshauptmannstellvertreterin Onodi; zu Ltg.-390/A-4/72 – von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Gabmann; zu Ltg. 391/A-5/95 – von Frau Landesrätin Mag. Mikl-Leitner; zu Ltg. 392/A-5/96 – von Herrn Landesrat Mag. Sobotka, zu Ltg. 393/A-5/97 – von Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Plank; zu Ltg. 400/A-4/73 – von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll; zu Ltg. 402/A-4/75 – von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll; zu Ltg. 403/A-4/76 – von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll, zu Ltg. 404/A-5/98 – von Herrn Landesrat Mag. Sobotka; zu Ltg. 407/A-4/78 – von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll; zu Ltg. 409/A-4/79 – von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll.

Bevor wir in die Behandlung der Tagesordnung eingehen, möchte ich festhalten, dass auf Grund es Beschlusses des NÖ Landtages vom 15. Mai 2003 auch heute eine Redezeitbeschränkung zur Anwendung kommt. Die Gesamtredezeit der heutigen Sitzung setze ich auf Grund des übereinstimmenden Beschlusses der von der Präsidiale beauftragten Klub- bzw. Fraktionsdirektoren mit 300 Minuten fest. Auf Grund des zitierten Landtagsbeschlusses kommen demnach der ÖVP 132 Minuten, der SPÖ 93 Minuten, den Grünen 45 Minuten und der FPÖ 30 Minuten zu.

Ich halte fest, dass Berichterstattungen, Wortmeldungen zur Geschäftsordnung, tatsächliche Berichtigungen und die Ausführungen des am Vorsitz befindlichen Präsidenten nicht unter die Redezeitkontingente fallen.

Ich ersuche nun Herrn Abgeordneten Mag. Wilfing, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 367-1/E-1/4 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Mag. Wilfing *(ÖVP):* Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine geschätzten Damen und Herren! Ich berichte zum Antrag der Abgeordneten Dr. Michalitsch, Cerwenka, Friewald, Mag. Renner und Mag. Wilfing gemäß § 34 LGO 2001 betreffend die Forderungen des Jugendkongresses vom 1. Dezember 2004 an den Landtag von Niederösterreich.

Im Rahmen des 6. NÖ Jugendkongresses am 1. Dezember 2004 im NÖ Landtagssitzungssaal diskutierten die Jugendlichen zum Thema „Jugend und Werte“. Es gab insgesamt vier Arbeitskreise: „Jugend und Familie“, „Jugend und Ehrenamt“, „Jugend und Generationen“, „Jugend und Soziales“.

Im Vorfeld dieser Beratungen und anschließend dann auch für die Beratung im Ausschuss wurden Stellungnahmen der Abteilungen eingeholt und die einzelnen Stellungnahmen, aber auch das Ergebnis des Ausschusses liegt Ihnen vor, sodass ich zum Antrag des Rechts- und Verfassungs-Ausschusses komme *(liest):*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Herr Präsident des NÖ Landtages wird ersucht, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Jugendkongresses über diesen Beschluss des Landtages und über die zu ihren Forderungen von der Landesregierung getroffenen Maßnahmen in geeigneter Weise zu informieren.

2. Die NÖ Landesregierung wird ersucht,
   - an den Bund die Forderungen der Jugendlichen im Sinne der vorstehenden Begründungen mit dem Ersuchen um Prüfung heranzutragen.
   - sowie im eigenen Bereich die in die Landesvollziehung fallenden Forderungen zu prüfen.

3. Die Vorlage an den Landtag Ltg. 367/E-1/4-2004 betreffend Forderungen des Jugendkongresses vom 1. Dezember 2004 an den Landtag von Niederösterreich.“

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Diskussion einzuleiten und anschließend die Abstimmung durchzuführen.

Präsident Mag. Freibauer: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Cerwenka.

Abg. Cerwenka *(SPÖ)*: Herr Präsident! Hoher Landtag!

Auf den Jugendkongress bezogen, möchte ich das in zwei Bereiche einteilen die man ansprechen muss. Auf der einen Seite geht es um die Form wie dieser Kongress abgehalten wird, stattfindet. Und auf der anderen Seite geht es um den Inhalt. Und

ich erinnere wieder daran, dass ich schon vor Jahren den Vorschlag gemacht habe, auch politische Mandatare beizuziehen zum Jugendkongress. Aber nicht um Referate zu halten oder den Jugendlichen die Welt zu erklären, sondern um für Auskünfte zur Verfügung zu stehen oder den jungen Menschen zu ermöglichen, dass sie sich ein Bild machen können über die Vorstellungen, über die Programmatik der einzelnen Parteien. Das wäre meiner Meinung nach eine faire Form.

Bislang ist das eher ablehnend gesehen worden. Darum bin ich sehr verwundert, dass 2004 beim Jugendkongress zwei ÖVP-Mandatare in den Arbeitskreisen dabei waren. Dass dort Flyer verteilt wurden, dass ein Fotograf dabei war – ob mitgenommen oder nicht sei dahingestellt – und da frage ich mich schon um die Rolle des ÖVP-Klubs. Geht es da um eine bewusste Duldung? Fehlt einfach Information für neue Mandatarinnen und Mandatare? Und den Faden kann man gleich weiterspinnen mit der aufwändigen Werbung anderer politischer Parteien. Ich habe mir einige Dinge aufgehoben von Flyern, von Karten. Es hat sogar Gewinnspiele gegeben für die jungen Menschen vom Klub der Grünen. Ich habe einen anderen Zugang. Ich glaube, es ist besser einen Ideenwettbewerb einzugehen als politische Quizveranstaltungen oder Schokotalerwerbung, die noch dazu dann in den anderen Klubs am Boden verstreut aufzufinden waren.

Ich glaube, dass wir hier mit einer Vorbildwirkung uns auf das Wesentliche in der Politik beschränken sollten. Weninger kann manchmal mehr sein. Und ich appelliere auch an political Correctness in diesem Zusammenhang. In einigen Fragen stellt sich die Frage des Alters, bei ehemaligen Bundessekretären der Schülerunion. Transporte mit Kleinzug. Das Drumherum wird immer mehr, wird immer größer. Und die Show scheint dem Inhalt immer mehr den Rahmen zu stehlen.

Dann möchte ich einige Anmerkungen auch machen zu den Arbeitskreisleitern, zu den Moderatoren, zu den sogenannten Experten. Was man so im Nachhinein hört, nachdem wir nicht dabei waren kann ich das nur aus second Hand weitergeben: Wenn ein Moderator zum Thema Abtreibung feststellt, dass alle Frauen, die abtreiben, Mörderinnen sind, dann ist das schon ein sehr schmaler Grenzgrat auf dem hier gewandert wird. Dann hat dieser Moderator zu diesem heiklen Thema meiner Meinung nach nicht den richtigen Zugang. Da könnte man jetzt sprechen von Vergewaltigungen, medizinischen Gründen usw. Diese Pauschalmeinungen einzubringen im Arbeitskreis halte ich für sehr gewagt. Oder wenn ein Experte den Jugendlichen vorhält, wieviel kostet ein Bier und wieviel kostet ein Kondom, dann ist das ein deplazierter Vergleich in meinen Augen, der sehr unsensibel gewählt ist. Und auch die Vorbildwirkung fehlt in Wirklichkeit.

Ich glaube, hier braucht man mehr Fingerspitzengefühl, wirklich Leute dort als Arbeitskreisleiter einzusetzen oder als Experten zu nominieren, die über diese Dinge erhaben sind. Denn schlussendlich fällt das alles wieder auf die Politik, und da sind wir alle inkludiert, zurück.

Genauso ist es nicht sehr angenehm, zweimalige Abstimmungen erleben zu müssen, bis vielleicht, sage ich einmal, das Ergebnis passt. Und es hat viele Anliegen der Jugendlichen gegeben. Ein Beispiel: Die Zerschlagung der Österreichischen Hochschülerschaft war ein brennendes Thema zur Zeit des Jugendkongresses, wo eine Menge an Zeitungsmeldungen zu diesem Thema durch die Medien gewandert ist. Die Jugendlichen haben eine klare Forderung gestellt, das Land soll diese Forderung unterstützen und für die ÖH eintreten. Wir haben jetzt eine Antwort, die den Jugendlichen absolut nichts mehr nützt. Denn mittlerweile wurde durch die Anlassgesetzgebung der Bundesregierung das Gesetz geändert. Wir stehen vor Tatsachen! Und für mich ist das ein bisschen ein Spiegelbild, ein bisschen ein Sittenbild dieser Bundesregierung.

Die Jugendlichen haben viele Probleme erkannt und sie haben sie auch angesprochen, deutlich angesprochen. Ich möchte einige Beispiele herausnehmen. Ein wichtiges Anliegen für die Jugend war der Bereich der Sozialarbeiter, der Psychologen, der Mediatoren gerade im Schulsystem. Und da erinnere ich zurück an die vielen Anträge die ich selbst schon in diesem Haus eingebracht habe. Den ersten Antrag sogar schon als der Sitz des Landtages noch in Wien war. Was ist geschehen in der Zwischenzeit? Relativ wenig! Wir befinden uns noch immer im Modellversuchsstadium an einigen Standorten, maximal einen Bezirk relativ flächendeckend zu erfassen. Und daher kann ich sagen, es hat in den letzten Jahren Blockaden und Resistenz zu dieser Frage gegeben. Und ich war eigentlich sehr verwundert, als wir diese Thematik im Unter-Ausschuss angesprochen haben, dass es auch von Seiten des Landesschulrates bereits ein Umdenken gibt. Die Probleme sind schon so massiv, müssen schon so massiv sein, dass auch hier endlich eine positive Haltung zu dieser Thematik kommt, weil man einfach diese Menschen braucht in unserem System. Und damit ist uns auch gelungen, eine Formulierung zu erzielen, wo landesweit verankert ist und wo die Bestrebungen der letzten

Jahre jetzt doch offen sind und wir vielleicht doch zu einer gemeinsamen Lösung kommen können. Was natürlich auch in der Verantwortung des zuständigen Regierungsmitgliedes liegt.

Ich möchte hier nur einen wichtigen Punkt anführen. Prävention kostet Geld. Aber ich garantiere Ihnen: Noch viel mehr Mittel müssen wir einsetzen um die Folgewirkungen behandeln zu können. Das wird wesentlich teurer. Hier kurzfristig auf die finanziellen Mittel zu schauen ist in Wirklichkeit eine unsensible, unkluge Politik meiner Meinung nach.

Oder der Arbeitskreis „Jugend und Ehrenamt". Ehrenamtlichkeit, existenziell für unsere Gesellschaft, für Niederösterreich, für unser Zusammenleben. Auch hier ist die Jugend mit klaren Vorschlägen in die Debatte hineingegangen. Die Umsatzsteuerbefreiung für ehrenamtlich tätige Vereine bzw. Körperschaften öffentlichen Rechts. Jeder hier im Haus hat es miterlebt, hat mit- oder dagegen gestimmt bei den vielen Anträgen wo es darum gegangen ist, unsere Freiwilligen Feuerwehren von der Umsatzsteuer zu befreien und damit in Wirklichkeit eine Gleichstellung mit den Rettungsorganisationen zu erreichen, die das ja schon lange haben.

Sich nur darauf zurückzuziehen und zu sagen da gibt's eine EU-Richtlinie die das nicht zulässt, ist mir persönlich zu wenig. Erstens einmal geht's darum, wie leg ich eine EU-Richtlinie aus. Und zweitens ist das auch kein Dogma das unverrückbar ist, sondern jede Richtlinie ist auch veränderbar wenn man sich genügend Partner sucht. Und die Problematik wird in anderen Ländern der Europäischen Union nicht viel anders liegen als bei uns in Österreich.

Die Dienstfreistellung bei Katastrophenfällen, ein Anliegen der Jugend, das sie eingebracht hat. Das drinnen steht im Antrag. Und da war einmal der VP-Ansatz nicht weitgehend genug, der sich auf eine Seite beschränkt und sagt, wir haben einen Antrag, wir haben uns stark gemacht für ein Bonussystem in steuerlicher Hinsicht für die Unternehmer. Es sind nicht nur Unternehmer die betroffen sind. Das Hochwasser 2002 hat es uns bewiesen. Und ich kann es nachweisen. Es hat Leute gegeben, die wirklich Einnahmensverluste gehabt haben, die sie von keiner Seite abgedeckt bekommen haben. Die dann bei der Arbeiterkammer vorstellig wurden und um Hilfe ersucht haben. Und genau um dieses Klientel geht es. Es sind nicht unzählige Fälle. Und wir wollen auch hoffen, möglichst wenig von Katastrophen betroffen zu sein. Aber jenen, diesen wenigen zu helfen, das müsste doch vornehme Aufgabe der Landespolitik meiner Meinung nach sein! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Immer wieder geistert die Idee durch den Raum, naja, machen wir eine gesetzliche Regelung. Beim Land ist es relativ einfach: Das Land stellt seine Mitarbeiter in diesem Fall frei. Wenn ich das aber für die Privatwirtschaft umlege, dann weiß ich genau was herauskommt. Und auch der Landesfeuerwehrverband weiß es und möchte diese Regelung nicht. Denn dann wird bei jedem Einstellungsgespräch die erste Frage lauten: „Sind Sie Feuerwehrmitglied?" Und dann sind die Chancen auf einen Arbeitsplatz wesentlich geringer, weil die Gefahr besteht, im Katastrophenfall freigestellt werden zu müssen.

Darum appelliere ich an dieser Stelle genauso im Sinn der Jugend und in unserem Sinn, wie wir das schon mehrmals eingebracht haben, hier umzudenken und wirklich gemeinsam eine Einrichtung zu schaffen, wofür meiner Meinung nach die finanziellen Mittel nicht exorbitant hoch sind sondern wo es rein um ein Signal an die Freiwilligkeit, an die Ehrenamtlichkeit geht und jenen wenigen Fällen im Ernstfall geholfen werden kann. Gottseidank ist die Formulierung dann auch gemeinsam so gelungen, dass das offen gelassen wird.

Ein Punkt, der den Jugendlichen immer wichtig ist bei jedem Jugendkongress, betraf auch die Rechte der Schüler und Schülerinnen. Mir ist schon klar, es geht um Rechte, es geht um Pflichten. Man muss alle Dinge ansprechen. Und die jungen Menschen haben die Forderung aufgestellt, sie wollen einen eigenen Jugendkongress zu dieser Thematik. Ich finde die Idee sehr gut. Denn für mich dokumentiert das, dass die Jugend bereit ist, selbst Verantwortung zu übernehmen.

Und wenn ich schon bei den Schülerinnenrechten bin, dann auch zu den Schüler- und Schülerinnenvertretungen. Was das Budget dieser Schülervertretung angeht, ist das eine Bundeskompetenz. Nur, vom Bund fließen 0,0 Mittel in diesen Bereich. Und daher habe ich auch gefordert im Unter-Ausschuss, dass Niederösterreich an den Bund herantritt, seiner Verpflichtung in diesem Bereich nachzukommen.

Wir haben in Niederösterreich eine Situation, die es für die Jungen ein bisschen leichter macht. Der Landesschulrat stellt Mittel für die Schülerinnenvertretung zur Verfügung. Das ist grundsätzlich positiv, birgt aber im Grenzbereich immer wieder die Gefahr, in eine gewisse Abhängigkeit zu geraten. Und gerade das wollen wir nicht haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zusammenfassend, man könnte stundenlang darüber reden, weil das immer derart produktiv ist wie sich die jungen Menschen hier einbringen. Mündige Jugendliche werden infolge mündige Erwachsene. Jugend soll und darf unbequem sein. Das war immer so, das ist heute so und das wird auch in Zukunft so sein. Und wir müssen auch Verständnis dafür aufbringen. Denn in Wirklichkeit geht es um ihre Zukunft.

Wenn ich mir viele Bereiche anschaue, wo derzeit eher Hoffnungslosigkeit und Stagnation bei den jungen Menschen da ist, dann wird es wichtig sein, sie nicht nur einzubinden, sondern ihnen auch Signale zu vermitteln, wie eine zukünftige Gesellschaft ausschauen kann und wie ihre Chancen darin sein werden. Darum bin ich auch der Meinung, dass der Jugendkongress nicht zur jährlichen Spielwiese verkommen darf, wo immer wieder wechselnde Teilnehmer vorzufinden sind, sondern wichtig ist es, permanent Nahtstellen zwischen Politik und Jugend aufrecht zu erhalten. Das betrifft die kommunale Ebene genauso wie die Landesebene oder auch die Bundesebene.

Und wenn man ernsthaft Jugendpolitik betreiben will, muss man das, was die jungen Menschen wollen, was sie ansprechen, auch wirklich ernst nehmen! Denn nur so wird es gelingen, dass wir die jungen Menschen für politische Zusammenhänge interessieren können und schlussendlich sie auch für die Politik gewinnen können. Ich danke für die Aufmerksamkeit und wir werden selbstverständlich diesem Antrag unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Maier.

Abg. Maier *(ÖVP)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Über 250 Jugendliche aus ganz Niederösterreich haben im vergangenen Dezember den 6. Jugendkongress dazu genutzt, hier im Landtagsschiff und vorweg in den Arbeitskreisen den Themenbereich „Jugend und Werte“ zu diskutieren. Wie schon der Berichterstatter angemerkt hat, hat es vier Arbeitskreise gegeben. Nämlich „Jugend und Familie“, „Jugend und Ehrenamt“, „Jugend und Generationen“, „Jugend und Soziales“. Und dort ist vielschichtig diskutiert worden wie man dann aus dem Ergebnispapier das hier im Plenum diskutiert und abgestimmt wurde, erfahren konnte.

Herr Abgeordneter Cerwenka! Ich treffe mich in vielen, vielen Themenbereichen oder von Ihnen angesprochenen Themen durchaus mit Ihnen, möchte aber dann am Schluss auf ein paar Punkte eingehen, wo wir anscheinend divergierender Meinung sind.

Die Teilnehmer dieses Jugendkongresses – und ich glaube, jeder der dabei war und sich im Plenum die Diskussion angehört hat weiß mit welcher Inbrunst hier Standpunkte vertreten wurden, mit welchem Engagement hier diskutiert wurde, mit welchem Engagement hier Abstimmungsmehrheiten probiert wurden zu erreichen, der muss diesen jungen Teilnehmern wirklich Anerkennung zollen und sagen, danke, das war vorbildlich.

Interessant für mich war besonders, wie ich zugehört habe, wie Jugendliche mit diesem durchaus schwierigen Thema und – verzeihen Sie – aber nicht unbedingt jugendlichen Thema „Jugend und Werte“ umgegangen sind. Zum Einen gibt’s am Papier, das wir heute beschließen und in dem Antrag den wir beschließen durchaus Punkte, wo wir eine Wertorientierung erkennen können. Aber natürlich gibt es, wie jedes Jahr, tagespolitische Themen, die durch die Hintertüre hereingespült werden in diesen Jugendkongress. Und hier stellt sich dann natürlich die Frage Themenvorgabe ja oder nein, oder wie gehen die Arbeitskreisleiter auf solche quasi Hintertürlthemen dann künftig ein.

Die Forderungen der Jugendlichen sind vielschichtig. Wir haben zum Einen die Förderung, vermehrte Förderung des Ehrenamtes. Wir haben die Forderung nach dem arbeitsfreien Sonntag, der zum Glück bereits in der Landesverfassung steht und wir haben die Diskussion um den Ausgleich der Lebensverdienstkurve. Viele Themen, Sie werden es bestätigen, die wir alle Jahre wiederfinden, die zum Teil alle Jahre auch erfüllt sind.

Im Vorfeld des Jugendkongresses, gerade weil es um das Thema „Jugend und Werte“ geht, habe ich mir die letzte Jugendwertestudie des Österreichischen Institutes für Jugendforschung zu Gemüte geführt. Und einige Ergebnisse möchte ich jetzt im Vorfeld herausgreifen, weil ich glaube, dass sie natürlich unter Beleuchtung der Ergebnisse des Jugendkongresses nicht unwichtig oder einfach wertvoll sind herauszugreifen.

Enorm gestiegen ist der Wunsch nach Selbstverwirklichung der Jugendlichen. Dieses Bedürfnis, das letztendlich sich auch vielfach im Ehrenamt wiederfindet. Und ein zweiter Punkt, das Bedürfnis, das steigt, ist eines nach schützenden Beziehungen, nach Freundschaften. Das heißt Selbstverwirklichung, schützende Beziehungen, Freundschaften, Wertorientierung Themenbereiche, die massiv im Kommen sind und natürlich auch die

Familie. Parallel dazu sinkende Religiosität, eine Änderung der Glaubensrichtung, vor allem der kirchlichen Glaubensrichtung bei der Jugend ist festzustellen.

Aber eben sehr interessant, weil im Zusammenhang mit der Diskussion um das Ehrenamt beim Jugendkongress zu sehen sind die Ergebnisse und Tendenzen zum Themenkomplex Ehrenamt. Ehrenamtlichkeit wird vermehrt als ein Medium für Prozesse der Identitätssuche und Selbstfindung gesehen. Sprich genau in diese Richtung Selbstverwirklichung, die ich gemeint habe, die ich anspreche, die ich anfänglich erwähnt habe. Und hier, punkto Ehrenamt, kämpfen gerade die Jugendorganisationen, wir kennen das aus vielen Bereichen gerade auf kommunaler Ebene, viele von uns hier herinnen sind auf der kommunalen Ebene tätig, wissen, dass Jugendorganisationen mit der Konkurrenz der Freizeitindustrie kämpfen.

Und wenn die Jugendwertestudie besagt, dass mehr als die Hälfte der österreichischen Jugendlichen durchaus bereit wären, sich ehrenamtlich zu engagieren, so steht dem aber auch wieder gegenüber, dass vielfach die ehrenamtliche Tätigkeit nicht mehr nur als selbstloses Handeln gesehen wird sondern als Wechselspiel von Geben und Nehmen. Und das ist für mich ein sehr markanter Punkt: Dieses Nehmen ist offensichtlich genau dieser Drang nach Selbstverwirklichung, das Suchen nach Bestätigung, die Anerkennung, der Statusgewinn und der Spaßfaktor, der bei der Jugend immer mehr dabei sein muss.

Ehrenamtlichkeit gerät aber laut Österreichischem Institut für Jugendforschung auch immer mehr unter den Druck, Qualifizierungsdruck. Die Anforderungen an die Jugendlichen steigen und parallel dazu auch jene an die Hauptamtlichen die Jugendarbeit betreiben. Und da schlägt sich das jetzt sehr wohl in den Forderungen des Jugendkongresses nieder, die eine Förderung des Ehrenamtes suchen und hier durchaus fordern.

Viele von Ihnen, geschätzte Damen und Herren, werden bei der Themenvorgabe des Landtagspräsidiums feststellen und auch vor allem dann bei den anschließenden Forderungen die wir heute hier diskutieren, dass viele, viele Themen sich Jahr für Jahr wiederfinden. Dass viele, viele Bereiche, Anmerkungen, Forderungen, durchaus Kritiken, sich jedes Jahr wiederfinden. Das sind zum Einen genau solche Themen für die ich offen sage, dass sie tagespolitische Themen sind die durch die Hintertüre kommen, aus welchem Grund auch immer, ich möchte es gar nicht näher ausführen, oder aber auch Themen, wo wir durchaus mit der Aufklärungsarbeit hinterher hinken. Ich kann aber ein Zeugnis ausstellen, dass wir Jahr für Jahr besser werden. Genau diese Bereiche nehmen ab, genau diese wiederkehrenden Themen nehmen immer mehr ab.

Und diese hervorragende Aufklärungsarbeit, dafür möchte ich vor allem der TopZ Jugendinfo danken, dem Landesjugendreferat, dem Magazin der 1424-Karte, der Kooperation mit dem Landesschulrat. Hier passiert wesentlich mehr. Hier wird jedes Jahr eingegangen auf diese Defizite, auf dieses mangelnde Wissen der Jugendlichen in manchen Bereichen. Wir sind hier in einem Aufholprozess. Und ich glaube auch, dass wir gut daran tun, das so zu machen und auch wirklich schon die ersten Schritte sehen. Denn wir sehen jedes Jahr die besseren Ergebnisse.

Ich möchte hier unserer zuständigen Landesrätin Hanni Mikl-Leitner dafür sehr, sehr herzlich danken. Für ihr Engagement in diesem Bereich. Sie ist Kopf, sie ist Hirn und sie ist Motor hinter vielen, vielen guten Aktionen die das Landesjugendreferat die letzten Jahre ans Tageslicht gebracht hat. Liebe Hanni, ich danke dir dafür ganz, ganz herzlich! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Für die Zukunft möchte ich allerdings auch mitgeben für den Jugendkongress, ob es nicht sinnvoll wäre, genau das aus diesem Bereich, dass immer wiederkehrend Themen aufgegriffen werden die wir Jahr für Jahr haben, wo wir aber jedes Jahr auch durchaus über Parteigrenzen hinweg feststellen, das ist erledigt, das ist gemacht, ob man nicht Experten aus diesem Landesjugendreferat, aus den Jugendstellen mit in die Arbeitskreise entsenden könnte. Um hier gleich vor Ort Aufklärung zu betreiben. Um hier auch vor Ort dementsprechend Rede und Antwort zu stehen. Denn dann würde das Papier das wir diskutieren auch wesentlich interessanter und qualitativ hochwertiger sein. Wenn wir uns auf das konzentrieren können was eigentlich wirklich die Forderungen der Jugend betrifft und nicht das was alle Jahre wiederkehrt, weil vielleicht noch immer ein Informationsdefizit da ist. Jene Jugendkongressteilnehmer, die die letzten Jahre hier waren sind quasi aufgeklärt. Jene, die jetzt zum Teil neu dazu kommen, müssen noch aufgeklärt werden in vielen Bereichen. Ob jetzt der arbeitsfreie Sonntag in der Landesverfassung steht. Es ist schön, wenn die Jugendlichen in einer Wertediskussion an so etwas denken. Allerdings sind das Sachen, die könnten vor Ort aufgeklärt werden und wir müssten uns nicht eigens damit beschäftigen.

In vielen, vielen dieser Bereiche finden wir uns wider. Zum Ehrenamt habe ich schon gesprochen. Ich möchte aber noch zwei Punkte speziell herausheben, weil ich auch hier glaube, dass es durchaus in unser aller Interesse ist dass sich einiges tut.

Zum Teil unter dem Titel „Jugend und Generationen“ die Forderung nach dem Ausgleich der Lebensverdienstkurve. Sehr erfreulich ist, dass wir im Landesdienst bereits dabei sind das auszuarbeiten, das umzusetzen. Der Wunsch der Jugend ist allerdings verständlich. Denn Jugendliche verdienen eben beim Berufseinstieg weniger und bei der Gründung für Familie Schaffung von Wohnraum, Schaffung der Existenz brauchen sie eben mehr Geld. Deshalb ist die Abflachung der Lebensverdienstkurve so wie wir es im Landesdienst künftig vorexerzieren werden ein Punkt, der unterstützenswert ist. Der für uns nachvollziehbar sein sollte und den wir auch in anderen Bereichen vorantreiben müssten.

Ein weiterer Punkt für mich, auf den ich noch näher eingehen möchte ist die Forderung nach mehr jungen Mandataren. Auf Gemeindeebene freue ich mich, wenn es der Volkspartei gelungen ist, bei der letzten Gemeinderatswahl die Zahl der jungen Gemeinderäte nahezu zu verdoppeln. Wir haben mittlerweile über tausend junge Gemeinderäte unter 35, wir haben drei Viertel davon unter 30 Jahren in den Gemeindestuben. Das ist eine Basis auf der man aufbauen kann. Das soll auch so weitergehen. Das ist genau das, was Sie, Herr Abgeordneter Cerwenka, gesagt haben, das Ohr bei der Jugend zu haben, und diese Andockstationen zu bilden. Genau das ist es, da finden wir uns durchaus wieder. Wir haben es gemacht. Wir sind froh darüber, dass wir so viele junge Kandidaten in den Gemeindestuben haben und als Volkspartei können wir durchaus darauf stolz sein. Diese äußerst erfreulichen Zahlen sollen aber nicht bedeuten dass wir uns zurücklehnen, sondern diese Zahlen sollen bedeuten, dass wir diesen Trend fortsetzen.

Abschließend möchte ich auch, weil eigentlich oft unbedankt und im Hintergrund arbeitend, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsdirektion danken, die für die Abwicklung, für die Organisation, für die Umsetzung des Jugendkongresses tätig sind. Die auch, so haben mir die Jugendlichen mitgegeben, perfekte Arbeit leisten und sich um alles kümmern. Ich danke daher ganz, ganz herzlich für diese Tätigkeit und freue mich jetzt schon auf den nächsten Jugendkongress.

Aber jetzt noch abschließend zum Abgeordneten Cerwenka, bevor ich es vergesse. Sie haben das Alter angesprochen von manchen Teilnehmern. Also ich traue mir für Teilnehmer der Schülerunion, soweit ich sie kenne, die Hand dafür ins Feuer zu legen. Ich stelle aber die Frage, trauen Sie sich das auch für „AKSler“ oder „SJler“? Das gebe ich sehr wohl zurück.

Und wenn Sie angesprochen haben, dass die Abwicklung des Jugendkongresses in der einen und der anderen Form Ihnen missfällt, ob die Werbung oder auch nicht. Ich erinnere mich an meinen ersten Jugendkongress wo die Sozialistische Jugend vor dem Haus und auch im Haus Kleber geklebt hat mit Richtung des Landtagsklubs etc. Ich glaube, wenn man das Thema offen anspricht, dann werden wir sicher in Zukunft auf einen Nenner kommen in dem wir uns auch widerfinden können.

Die Teilnahme von zwei Abgeordneten der ÖVP in den Arbeitskreisen, wissen wir, war so nicht geplant, war Good will-Aktion letztendlich der Abgeordneten, eine Interessensfrage der Abgeordneten. Allerdings Information ... *(Unruhe und Heiterkeit bei Abg. der SPÖ.)*
Das war so. Und Sie können es sehen wie Sie wollen! Ich sehe aber auch, dass Ihre Damen und Herren Abgeordneten dann auch beim Plenum mit Abwesenheit geglänzt haben. Das ist auch etwas was sich die Jugend nicht verdient hat, dass Sie dann einfach fern bleiben.

Was die Klubs in den Landtagsklubräumen dementsprechend machen, ich glaube, das ist Grün komplett offen, das ist Schwarz komplett offen, das ist Rot offen und das ist auch den Freiheitlichen offen was man dort an Werbung macht etc. Ich glaube, wenn wir jetzt in die Klubs hineinregieren, dann sollte das nicht der Fall sein, dass wir das hier auch schon diskutieren, sondern lassen wir das Thema. Ein Wettbewerb ist eine Sache, die der grüne Klub gemacht hat. Die Taler, die Sie angesprochen haben, sind von der Jungen ÖVP verteilt worden. Was Sie verteilt haben weiß ich nicht, entzieht sich meiner Kenntnis. Aber ich weiß nicht, wo da Ihr Problem liegt. Ihr Problem liegt für mich eher in Themen, die die Sozialistische Jugend durch die Hintertür hier hereinspielt. In Themen, die hier durchwegs von Ihnen gesteuert werden, auch von der Altpartei. Und das ist hier das Bedenkliche für mich. Und darüber sollten wir uns vielleicht einmal unterhalten. Das sind Themen, die wir uns im November vielleicht dann genauer anschauen müssen mit Ihnen. Und vielleicht schaffen Sie es, dass Sie auch einmal über Ihren Schatten springen. Danke schön! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Ram.

Abg. Mag. Ram *(FPÖ)*: Geschätzter Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung! Geschätzte Damen und Herren!

Wir haben schon sehr viel Gutes über den Jugendkongress gehört. Das Positivste für mich bei dem Jugendkongress ist eigentlich, dass sich alle Fraktionen hier in diesem Hause zum Jugendkongress bekennen. Und wir haben ja über den Jugendkongress oft auch Präsidialsitzungen. Da wird halt immer über das auch gesprochen was meine beiden Vorredner heute schon angesprochen haben.

Über die Thematik, wie geht man mit diesem Jugendkongress um, ist es jetzt gestattet dass Abgeordnete teilnehmen bei den Sitzungen, bei den Zusammenkünften oder nicht. Und ich glaube, wir sollten uns hier schon darauf einigen, dass gleiches Recht für alle zu gelten hat. Wenn hier mein Vorredner gemeint hat, dass halt die beiden ÖVP-Abgeordneten, die teilgenommen haben, das Ganze nur aus Good will gemacht haben und sie es eigentlich positiv gemeint haben und die Jugend mehr oder weniger positiv betreuen wollten, da muss man schon erwähnen, dass es hier sehr wohl eine Übereinkunft gab in der Präsidiale – das können alle anderen bestätigen – dass das nicht zu geschehen hat. Und ich verlange nicht mehr und nicht weniger dass sich alle in diesem Haus an das halten was wir da vereinbaren. Alles was den Jugendkongress anbelangt, aber auch alles Weitere. *(Beifall bei der FPÖ, der SPÖ und den Grünen.)*

Ich möchte aber jetzt nicht sagen dass ich dem abgeneigt wäre. Ich habe gar nichts dagegen wenn wir uns alle darin einigen und finden dass nun einmal Abgeordnete teilnehmen. Weil wenn ich jetzt so weit bin und sage, die Beamten der Landesregierung dürfen teilnehmen, die Mitarbeiter dürfen teilnehmen, was ich für sehr nachvollziehbar halte um gewisse Sachen auch aufzuklären, dann sehe ich nicht ein, warum eben hier zum Beispiel nicht die Abgeordneten Rede und Antwort stehen sollten und hier nicht auch die Abgeordneten informieren sollten. Ich glaube, das wäre ehrlicher als dass man sagt, okay, hier können die Jugendlichen unbeeinflusst arbeiten und dann gehe ich durch die Hintertür herein und versuche die Jugendlichen doch zu beeinflussen.

Jetzt aber zu den grundlegenden Themen, die die Jugendlichen eingebracht haben. Und hier wurde auch schon einiges erwähnt. Mich beeindruckt immer wieder, dass der Jugendkongress zeigt, dass die Jugendlichen keine abgehobenen Forderungen haben, sondern sehr wohl realistische Standpunkte vertreten. Forderungen die beweisen, dass die jungen Menschen im Leben stehen. Und in lebhafter Diskussion werden auch diese Programmpunkte für die Zukunft sehr lebendig und sehr umfassend erarbeitet.

Es gibt hier Forderungen, die einen gesellschaftspolitischen Hintergrund haben, wie zum Beispiel die Vorschläge zur Verbesserung im familienpolitischen Bereich. Interessant zum Beispiel die Vorschläge beim Kinderbetreuungsgeld, dass es zu einem gleitenden Übergang bei den Zuverdienstgrenzen kommen sollte. Aber auch die Forderung nach der Unterstützung von Unternehmern, die die Mitarbeiter in der Karenz weiterschulen. Diese Forderung halte ich auch für die Wirtschaft und auch für den jeweiligen Arbeitnehmer, der es eh schwer genug hat nach einer Karenzzeit wieder einzusteigen ins Berufsleben, auf jeden Fall für sehr realistisch. Und ich glaube, an diesen Forderungen, diesen Ansatzpunkten sollten wir uns alle ein Beispiel nehmen, dass wir auch das dementsprechend verwirklichen.

Erfreulich finde ich auch, dass die Jugendlichen, was die ganze Thematik Sexualität, Aufklärung usw. betrifft hier sehr aufmerksam das verfolgen und hier sehr wohl die Wichtigkeit der Aufklärung bewusst ist. Man kann natürlich über die Forderungen diskutieren. Also ich persönlich glaube, dass es schon zu weit geht wenn man jetzt sagt, dass es Aufgabe des Landes oder Aufgabe der Schule wäre, dass Gratis-Kondome verteilt werden. Man muss sich halt anschauen, wenn Jugendliche fortgehen, wenn Jugendliche ihre finanziellen Mittel zum Beispiel für Getränke ausgeben, glaube ich, wäre es durchaus auch angebracht und drinnen, dass man den Jugendlichen zumuten könnte, dass sie sich die Kondome auch dementsprechend selber kaufen.

Verständnis habe ich für die Forderung – und das ist wirklich ein Problem, vor allem im ländlichen Raum – nach vermehrten Sammeltaxis und auch Angeboten für die Jugendlichen. Wir hören es leider immer wieder, es gibt tragische Unfälle, gerade auf dem Weg heimwärts von Diskotheken. Und hier sollte man sehr wohl – und auch diese Forderung wird ja auch schon seit Jahren vorgebracht –sollte man sehr wohl seitens des Landes auch konkrete Schritte unternehmen um eben hier Sammeltaxis auch dementsprechend, vor allem für das ländliche Gebiet, für den ländlichen Raum auch durchzusetzen.

Positiv gefallen, und auch das hat ein Vorredner schon gesagt, hat das Bekenntnis zum Ehrenamt. Es sind gerade Jugendliche, die sich in den Vereinen engagieren, Jugendliche die in den Ver-

einen Großartiges leisten. In diesem Zusammenhang ist, glaube ich, auch zu sehen die Forderung nach dem arbeitsfreien Sonntag. Es ist nicht nur eine familienpolitische Forderung, sondern auch eine Forderung, die das Vereinsleben, die den Zusammenhalt und vor allem auch die die Strukturen in den kleineren Gemeinden betrifft. Und es gefällt mir sehr gut, dass hier die Jugendlichen auch diese Linie, die ja, glaube ich, von allen Fraktionen hier in dem Haus vertreten wird, dementsprechend unterstützen.

Ich finde es auch positiv, dass es im Kapitel „Jugend und Generationen" Überschneidungen gibt und hier die Jugendlichen durchaus vernünftige Forderungen aufstellen. Vor allem Forderungen, wie die Generationen in Zukunft miteinander umgehen sollten.

Hier ist es einerseits so, dass natürlich der Ausgleich der Lebensverdienstkurve, dass hier diese Forderung nach diesem Ausgleich eine durchaus realistische und durchaus eine ist, die einen realen Hintergrund hat. Vor allem deswegen, wenn man bedenkt, welche Ausgaben auf junge Menschen zukommen wenn sie Wohnungen gründen möchten, wenn sie eine Familie gründen möchten. Hier ist es doch so, dass man in diese Richtung auch tätig sein sollte. Und ich sehe hier durchaus positive Anknüpfungspunkte.

Genauso die Forderung nach regionalen Generationszentren. Halte ich auch für sehr wichtig. Ich glaube, es gibt oft Vorteile gegenüber der jungen Generation, dass die junge Generation nicht gewillt ist, mit der älteren Generation gemeinsam zu leben und sich mit der älteren Generation auch auseinanderzusetzen. Und alle Projekte, die wir kennen, wo zum Beispiel Jugendliche freiwillig in Pflegeheimen Dienst tun und sich mit den älteren Menschen beschäftigen, zeigen, dass das ein Vorteil ist, dass die Jugendlichen sehr wohl der Umgang mit der älteren Generation bewusst ist und dass die jungen Menschen sehr wohl wissen, vor allem jene, die selbst keine Großeltern haben oder gehabt haben oder gekannt haben, dass diese jungen Menschen sehr wohl wissen, dass auch sie als junger Mensch durch den Umgang mit anderen Generationen profitieren.

Ein Punkt mit dem ich mich abschließend noch beschäftigen möchte, ist der Punkt natürlich „Jugend und Politik". Auch dieser Punkt wird in der Diskussion über den Jugendkongress in diesem Hause immer wieder angesprochen. Und ich darf hier noch einmal wiederholen, auch wenn es hier nicht dezidiert drinnen steht, dass wir der Meinung sind, dass junge Menschen mit 16 Jahren sehr wohl reif genug sind wählen zu gehen wie es auch in anderen Bundesländern schon die Erfahrung gezeigt hat und wir deswegen auch weiterhin für Wählen mit 16 sind und hier auch diese Forderung weiterhin vertreten. *(Beifall bei der FPÖ, der SPÖ und den Grünen.)*

Auch eine andere Forderung, und auch diese Forderung habe ich in den letzten Jahren hier erhoben, möchte ich hier noch einmal zum Abschluss darbringen. Und zwar ist es die Forderung, dass der jüngste Gemeinderat einer Gemeinde die Funktion des Jugendgemeinderates inne haben sollte. Ich glaube, das wäre fair den Jugendlichen gegenüber. Wir haben jetzt ja alle die konstituierenden Sitzungen in den Gemeinden gehabt, auch die konstituierenden Sitzungen der Ausschüsse finden im Moment statt. Und hier erleben wir es immer wieder, dass der Jugendgemeinderat automatisch ein Gemeinderat einer Mehrheitsfraktion wird. Ich finde, wenn man den Begriff und die Tätigkeit des Jugendgemeinderates ernst nimmt, dann sollte der Jugendgemeinderat auch der jüngste Gemeinderat sein.

In diesem Sinne darf ich mich sehr herzlich bedanken für Ihre Aufmerksamkeit. Darf feststellen, dass wir als Fraktion selbstverständlich den Forderungen des Jugendkongresses, diesem Bericht auch die Zustimmung geben. Wir sind schon gespannt auf den nächsten Jugendkongress. Und wir hoffen, dass beim nächsten Jugendkongress diverse Unstimmigkeiten, wie sie bei diesem Jugendkongress vorgekommen sind, ausbleiben. Weil das Wichtigste ist, dass die jungen Menschen ernst genommen werden und nicht zum Spielball politischer Auseinandersetzung werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Weiderbauer.

Abg. Weiderbauer ***(****Grüne)*: Herr Präsident! Hohes Haus!

(Abg. Weiderbauer hustet.) Entschuldigung! Aber Herr Landesrat Plank, diese Feinstaubbelastung macht mir dermaßen zu schaffen. Ich bin der Meinung, wir sollten endlich einmal darüber reden oder sollten was dagegen unternehmen. Und wir hätten das auch gerne probiert in Form einer Aktuellen Stunde oder eines Dringlichkeitsantrages. Wurde leider abgelehnt. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Präsident Mag. Freibauer: Ich bitte zum Thema zu reden!

Abg. Weiderbauer *(Grüne)*: Und wenn jemand meint, es hätte keinen inhaltlichen Zusammenhang mit dem Jugendkongress: Gerade Jugendliche und Kinder sind extrem gefährdet durch diese Belastung. Danke schön! *(Beifall bei den Grünen.)*

Ein paar allgemeine Worte auch zum Jugendkongress. Es ist für uns kein Zweifel, meine Damen und Herren, das ist eine gute Einrichtung, das ist eine gute Idee und die sollte natürlich weiter so – nicht so, aber doch – beibehalten werden. Ich habe besonders die Jugendkongresse der letzten drei Jahre genau beobachtet und irgendwie hat sich gerade nach dem letzten Kongress so eine eigenartige Entwicklung ergeben. Und das ist heute auch schon ein paar Mal angesprochen worden. Es geht schon einmal um die Organisation, um die Einladeformalitäten und um diese sogenannten Beschlüsse, die in der Präsidiale gefasst werden. Wir bekommen von unserem Klubdirektor mitgeteilt, Folgendes ist beschlossen worden. Ihr dürft keine Flyer austeilen, ihr dürft nicht teilnehmen an den Ausschüssen usw. Wir halten uns natürlich dran. Dann kommen wir am Tag des Jugendkongresses in das Schiff, in den Landtagssitzungssaal, finden diese Flyer. Es gibt Abgeordnete, die daran teilnehmen. Komischerweise halten sich alle außer ÖVP-Mandatarinnen dran. Und das ist schon ein bisschen eigenartig. Wenn es Beschlüsse gibt, dann sollte man die auch allgemein einhalten und sich danach richten. *(Beifall bei den Grünen.)*

Was die Werbung innerhalb der Klubs anbelangt, da habe ich überhaupt kein Problem damit. Jeder Klub soll sich doch überlegen, wie kann er am besten mit den Jugendlichen ins Gespräch kommen, wie schafft er es, oder schaffen Sie es, dass die Jugendlichen in die Klubs kommen, um mit ihnen zu reden und ihre Wünsche, ihre Anliegen behandeln zu können. Und weil jetzt das Gewinnspiel zitiert wurde, dieses Gewinnspiel hat sich auf einen Fragebogen bezogen, womit wir die Jugendlichen befragt haben, was sie über die politischen Abläufe in Österreich und in Niederösterreich wissen. Ich finde das eine ganz gute Sache. Und es sind tolle Ergebnisse dabei herausgekommen. Und der Preisträger hat eben einen netten Ipot bekommen und hat sich sehr darüber gefreut.

Es ist auch schon darüber gesprochen worden, wie das mit den Damen und Herren der Arbeitskreisleiterinnen aussieht. Es sei unbestritten hier, dass der Landesschulrat durchaus Kompetenz hat diese auszusuchen. Wenn dann zufällig ein aktiver Mandatar der ÖVP dabei ist, dann ist das von der Optik her vielleicht nicht ganz sensationell.

Die Beeinflussung der Jugendlichen während des Jugendkongresses, darüber hat heute noch niemand gesprochen. Der Kollege Maier hat gesagt, ja, da gibt's die von der Schülerunion und von der AKS und von der Sozialistischen Jugend. Scheinbar spielt sich das nur mehr in diesen beiden Bereichen ab. Die werden schon vorinformiert, die werden vorgebrieft sozusagen und dann auch während des Jugendkongresses, von da oben per SMS werden die Leute hier herinnen verständigt und es wird ihnen mitgegeben scheinbar wie sie sich bei Abstimmungen zu verhalten haben. Wir haben das beobachtet. Ich wage jetzt nicht zu behaupten, waren jetzt mehr von der SJ oder von der AKS oder der Schülerunion, aber es ist so. Ich glaube nicht, dass das der richtige Weg ist. *(Beifall bei den Grünen.)*

Es sei auch den Arbeitsgruppen und den Fachgruppen unbenommen, ich halte das für eine gute Idee, dass man denen die Forderungen des Jugendkongresses gibt und sie bittet, Stellung zu nehmen dazu. Die sind sicher dafür geeignet und das ist soweit in Ordnung. Nur, wenn man sich dann die Stellungnahme des Landes durchliest, schon den Vorspann, hat man so das Gefühl es ist eigentlich eh alles in Ordnung. Dass die Jugendarbeit in Niederösterreich einen hohen Stellenwert hat, na nona. Das kann man in jedem Bundesland so sehen und dazu stehen wir auch und das soll auch so sein. Aber wenn die Jugendlichen jetzt diese Stellungnahmen zugeschickt bekommen und sie lesen im Vorspann es ist eigentlich eh alles in Ordnung, es wird im Prinzip alles getan für euch, das ist die eine Seite. Und auf der anderen Seite gibt es einige Dinge, auch unbestritten, die dann an den Bund weiterzuleiten sind. Weiß ich nicht, ob sie das so zufriedenstellt. Und wenn man wirklich versucht, sich in die Gedankenwelt der Jugendlichen hineinzuversetzen – auch ich als nicht mehr ganz junger Mensch, aber der sehr viel mit Jugendlichen zu tun hat – und dann die Stellungnahme des Landes sieht, kann ich mir nicht so besonders vorstellen dass die Jugendlichen himmelhoch jauchzend sind und sagen, das war super, genau das haben wir uns gewunschen und damit sind wir zufrieden.

Einige Bemerkungen zu den einzelnen Themen: Was gekommen ist, die soziale Betreuung an den Schulen und zwar durch Fachkräfte um den Jugendlichen die Möglichkeit zu schaffen, ihre Probleme besprechen, analysieren zu können. Es ist heute auch schon gesagt worden, die Jugendlichen bringen das durchaus auf den Punkt und sie sehen auch das Manko das hier herrscht. Das gibt's flächendeckend nicht. Das wurde uns vom

Landesschulrat gesagt. In einigen Schulen gibt es Versuche dazu und es wird vielleicht ausgedehnt werden. Aber die Hauptverantwortung haben die Direktoren in der Schule und der schulpsychologische Dienst. Jeder weiß, der in der Schule ist, wie schwierig es ist, den schulpsychologischen Dienst in Anspruch zu nehmen bzw. auch ausreichend Personen dafür zur Verfügung gestellt zu bekommen dass diese Anliegen behandelt werden.

Zusätzliches Unterrichtsangebot Rhetorik, Kommunikation und Projektmanagement. Auch das ist eine ganz berechtigte Forderung, denn das geht ja weiter ins Berufsleben. Das kommt dann eh noch einmal für die Lehrlinge, genau diese Dinge sind gefordert von Jugendlichen, dass sie rhetorisch in der Kommunikation und vor allem im Projektmanagement firm sind um im Berufsleben bestehen zu können. Warum stellen die diese Forderung? Weil alles so super ist in Niederösterreich? Oder fehlt es hier doch an einigem?

Soziale Gerechtigkeit, interessanterweise sind hier Sammeltaxis und Discobusse genannt worden. Auch hier sagt das Land, kein Problem. Es gibt Förderungen, es steht die Telefonnummer dabei, ruft dort bitte an und die Sache ist geregelt. Ich weiß ganz genau wie schwierig das ist. Ich habe das in Melk miterlebt. Wir haben versucht, einen Discobus zu installieren, versucht, andere Gemeinden ins Boot zu holen um das mitzufinanzieren für die Jugendlichen etwas zu tun, nämlich sie sicher zur Disco zu bringen und wieder zurück. Da kommt dann das Argument von ÖVP-Seite, na soweit kommt's noch. Die werden wir aus dem Ort rausbringen? Die sollen doch da bleiben und sollen da konsumieren. Also das, Gerhard, das kann es nicht sein, oder? *(Beifall bei den Grünen. – Unruhe bei Abg. Mag. Karner.)*

Ein weiterer Punkt, und da haben es die Jugendlichen wieder ganz genau ... *(Abg. Mag. Karner: Du bist doch im Gemeinderat! Tu was!)*
Ja, ich habe es versucht. Aber da ist die schwarze Mauer. Die kennst du sicher. Da kommst du leider nicht durch.

Beratungsstellen für Frauen und speziell im ländlichen Raum: Die Jugendlichen haben genau differenziert, nicht allgemein Beratungsstellen für Frauen, sondern im ländlichen Raum. Und ich erinnere Sie daran, wir haben bei einer der letzten Landtagssitzungen einen Antrag gestellt für ein Frauenhaus im Waldviertel. Es gibt von der EU Vorgaben, die sagen, einen Frauenplatz für 7.500 bis 10.000 Einwohnerinnen. Wir haben in Niederösterreich 120. Das würde aber bedeuten, wenn man sich an diese Richtlinie hält, es sollten 150 bis 200 Plätze sein. Wir stellen den Antrag, es sollte doch im Waldviertel, da gibt es keines, ein Frauenhaus installiert werden. Na, schwer zu erraten wie das ausgegangen ist: Abgelehnt.

„Jugend und Familie". Kinderbetreuung. Hanni, schön dass du wieder da bist, das ist dein Metier. Dass die Kindergärten in Niederösterreich vor allem der drei- bis fünfjährigen Kinder blendend funktionieren, keine Frage. Sie sind kostenlos, sie sind gut ausgestattet, wunderbar. Nachmittagsbetreuung in den Kindergärten oder Öffnungszeiten, gibt's vielleicht schon kleinere Probleme. Aber null bis zwei Jahre und dann sechs bis neun Jahre. Ich weiß, es kommt das Argument der Tagesmütter, der Oma- und Opainitiative usw. Alles gute Ansätze, aber das kann es nicht sein. Um Karriere und Beruf und Familie vereinbaren zu können ist sicher noch einiges zu tun. Und ich habe mir die Statistiken angesehen. Und da ist auch die Forderung der Jugendlichen gekommen. Sie wollen eine Bedarfserhebung in Niederösterreich. Was wird ihnen geantwortet? Das ist eh schon öfter passiert. Aber man findet es nicht einmal der Mühe wert, diese beizulegen oder sie zu informieren, was ist dabei herausgekommen.

Es gibt nämlich gerade bei den Kinderkrippen nur in 13 Bezirken Einrichtungen, das geht von 1 bis 10. Also Orte mit einer Einrichtung, Mödling Spitzenreiter mit 10 Einrichtungen, ist ja schon sehr positiv, aber landesweit, flächendeckend kann sicher davon keine Rede sein.

Gratisabgabe von Kondomen mit begleitenden Kampagnen. Ist schon einiges dazu gesagt worden. Also Thomas, da bin ich ganz und gar nicht deiner Meinung. Natürlich können sich Jugendliche den Erwerb von Kondomen leisten, keine Frage. Und wenn sie das nicht können, dann springen wir Grüne ein und verteilen sie an sie. Aber es geht nicht um die Gratisabgabe sondern auch um die Kampagne. Und da hat das Land sehr wohl eine Verpflichtung. Es ist von Aids überhaupt nichts gesprochen worden. Und ich zitiere hier einen Artikel aus der Zeitschrift „Jugend" in der Gemeindenews, wo steht „HIV-Generation bagatellisiert die Gefahr". Nur 36 Prozent der Jugendlichen sehen ein ernsthaftes Problem. Meine Damen und Herren, das ist aber schon erschreckend. Und damit meine ich, ich kann sehr wohl von Landesseite hingehen und sagen, Kondome sind der einzige Schutz um sich vor dieser Krankheit, vor dieser Infektion zu schützen. Zusätzlich bringt es noch den Vorteil, ungewollte Schwangerschaften zu verhindern. Und da das Land aus der Verantwortung zu nehmen und zu sagen na gut, darum könnt ihr euch eh selber kümmern, das kann es sicher nicht sein. *(Beifall bei den Grünen.)*

Eine Bemerkung zum Thema „Jugend und Generationen“ und zwar zur Qualität der Lehre. Es war heute eine Polytechnische Schule bei uns im Klub. Und ich weiß das auch aus meiner Erfahrung als Klassenvorstand in Polytechnischen Schulen wie schwer es ist, in den letzten 10 Jahren Jugendliche zu vermitteln sozusagen. Es ist nicht die Aufgabe des Lehrers, aber er ist natürlich sehr interessiert dass sie Lehrstellen bekommen. Das ist in den letzten 10, 15 Jahren extrem schwierig geworden. Die Jugendlichen haben aber einen anderen Aspekt herausgestrichen und den finde ich gut. Sie sagen, der respektvolle Umgang, wenn sie als Lehrlinge arbeiten, da gibt es ein Manko. Was sagt das Land dazu? Das Land sagt dazu, in Einzelfällen vielleicht, aber, und das finde ich jetzt ganz amüsant, da gibt es ja die Schlichtungsstelle bei der Wirtschaftskammer. Im Unter-Ausschuss hat dann die SPÖ reklamiert, naja, nicht nur Wirtschaftskammer, da gibt’s ja noch andere Einrichtungen. Natürlich macht die Arbeiterkammer sowas auch, und du hast es hineinreklamiert, steht aber da nicht drinnen. In Niederösterreich können Jugendliche, wenn sie Probleme am Arbeitsplatz haben, nur zur Wirtschaftskammer gehen und nirgends anders hin. Also das fehlt da drinnen und das stimmt auch so nicht.

Und auch der Ansatz der Jugendlichen, dass vielleicht gewisse rechtliche Grundsätze gar nicht mehr mit der Praxis übereinstimmen ist zu hinterfragen bzw. eine umfassende Ausbildung. Was auch immer passiert, Jugendliche werden ganz speziell in einem ganz engen Bereich ausgebildet und haben unheimliche Probleme dann andere Berufe zu finden. Und, meine Damen und Herren, es ist nicht sensationell und zukunftsorientiert wenn ich neue Berufe erfinde. Wichtiger wäre, dass die Jugendlichen so eine Basis haben, dass es ihnen leicht fällt in andere Berufe zu wechseln um so vielleicht leichter an einen Job heranzukommen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Vorletzter Punkt „Jugend und Politik“. Mehr jugendliche Mandatarinnen. Na logisch, wünschen wir uns das auch. Die kann ich allerdings nicht aus dem Hut zaubern. Die Jugendlichen müssen auch dafür bereit sein. Und der Thomas Ram hat es schon angeschnitten. Natürlich hängt das auch mit der Wahlaltersenkung auf 16 Jahre zusammen. Aber, und das hat mir jetzt gefehlt und das halte ich für wichtig, das ist die politische Bildung. Und da wird hier wieder lapidar vom Land argumentiert, gibt es in den Landesberufsschulen - na super - diesen Gegenstand politische Bildung. Na ist es schön dass es den dort gibt. Aber, die sind 15, 16 Jahre und man sollte damit vorher ansetzen. Und dann wird gesagt, in anderen Schularten wird in Unterrichtsgegenständen diese politische Bildung behandelt. Ja, okay. Wie wird sie behandelt, das ist auch zu hinterfragen und ob es ausreichend ist dass Jugendliche dementsprechend gebildet werden um wirklich mit 16 Jahren wählen zu können. Also ich sehe diese beiden Dinge, wofür ich sehr stehe, Wählen mit 16, aber auch die politische Ausbildung muss dementsprechend ansetzen.

Und zum Schluss jetzt die Forderung die du schon angeschnitten hast, Kollege Cerwenka: Die Jugendlichen wollten einen eigenen Jugendkongress für die Schülerinnenvertretung. Jetzt wissen wir, das nächste Thema ist „Sucht und Sekten“. Sicher ein ganz wichtiges Thema. Aber wenn die Jugendlichen schon konkret eine Forderung aufstellen, warum kann ich nicht darauf Rücksicht nehmen und sagen, okay, ihr wünscht euch das, das ist thematisiert, dann nehmen wir uns dieser Sache an?

Abschließend, weil schon so viel gedankt worden ist heute: Ich danke vor allem den Jugendlichen, dass sie sich immer wieder der Diskussion stellen und durchhalten und nicht frustriert sind wenn sie diese Antworten bekommen. Danke schön! *(Beifall bei den Grünen.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Mag. Renner.

Abg. Mag. Renner *(SPÖ)*: Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Frau Landesrätinnen! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Vorweg einige Bemerkungen zu meinen Vorrednern. Der Herr Abgeordnete Maier hat gesagt, unsere Altpartei – und wir legen selbstverständlich Wert darauf, dass es in der Sozialdemokratischen Partei Niederösterreichs und Österreichs keine Altpartei gibt, sondern nur diese an sich und schlechthin oder guthin wenn man so will. Zum Zweiten haben Sie gesagt und des Öfteren von einer Hintertür gesprochen in Ihrem Referat und haben behauptet, eine Unterstellung die wir zurückweisen natürlich, dass wir die Jugendlichen irgendwie beeinflusst hätten im Vorfeld. Und dass über Hintertüren politische Tagesthemen hineingetragen worden wären. Zum Ersten sind wir der Auffassung, dass sich die Jugendlichen nichts hineintragen lassen. Zum Zweiten haben wir weder über eine Vorder- noch über eine Hintertür etwas hineingetragen. Und zum Dritten, wenn es einen Jugendkongress gibt, dann muss dieser selbstverständlich sich selber die Themen stellen und das können auch tagespolitische sein. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zum Herrn Abgeordneten Weiderbauer auch noch drei Anmerkungen. Zum Ersten hat er gesagt, der Text ist ihm zu wenig verändert worden. Der Kollege Cerwenka und ich haben uns dann beiläufig verständigt darüber dass wir nicht bemerkt hätten dass du im Unter-Ausschuss dich eingebracht hättest um eine Textveränderung herbeizuführen. (*Abg. Weiderbauer: 10 Minuten vorher habe ich ihn bekommen!)*

Zum Zweiten hast du gesagt, die Jugendlichen finden ausschließlich bei der Wirtschaftskammer Rat. Mein Kollege Cerwenka hat im Unter-Ausschuss hineinreklamiert, dass selbstverständlich auch die Arbeiterkammer Rat gibt in diesem Zusammenhang. Und auf Seite 11 in der Mitte steht der Satz „Auf dieser Grundlage bieten die Arbeiterkammer Niederösterreich und die Wirtschaftskammer Niederösterreich Konfliktberatung in Form von Schlichtungsaussprachen an." Also das ist auch dezidiert drinnen.

Und zum Dritten: Es berührt mich sehr persönlich, weil in meinem sehr privaten Umfeld es durchaus Menschen gibt, die an Bronchialasthma leiden. Und, Herr Kollege Weiderbauer, wenn man sich dann da herstellt und einen künstlichen Huster ablässt, dann ist das eigentlich unfair den Betroffenen gegenüber. Das Thema ist zu ernst! *(Beifall bei der SPÖ und der ÖVP. – Abg. Weiderbauer: Wir nehmen es gegenüber allen anderen ernst!)*

Sie können aber nachher ein Hustenzuckerl von mir haben falls Sie eine kleinere oder größere Verstimmung haben. *(Abg. Dr. Krismer: Das ist jetzt lustig?)*
Ich habe nicht begonnen mit dem Husten. Nicht unser Thema gewesen.

Zu den Fakten des Jugendkongresses jetzt schlechthin. Sie haben das jetzt schon des Öfteren gehört. Wir haben im Dezember des letzten Jahres den 6. Jugendkongress hier im Landtag gehabt unter dem Thema „Jugend und Werte". Angesichts der Debatten, Diskussionen, Diskurse, die es in den letzten Jahren gibt um Werte vor allem, denke ich, war das ein sehr gut gewähltes Thema. Denn die Diskussion soll sich nicht nur unter älteren oder betagteren Menschen abspielen, sondern vor allem auch die Jugend einbinden. Und gerade die Wertediskussion, sei es eine der politischen Werte, eine der religiösen Werte, halte ich für eine ausgezeichnete Idee, dass das Präsidium dieses Thema gewählt hat. Es ist schon angesprochen worden welche Untergruppen es gegeben hat. Und vorab und grundsätzlich lässt sich von unserer Seite sagen, dass das Land Niederösterreich selbstverständlich sehr viel für junge Menschen unternimmt. Zahlreiche Maßnahmen sind im Katalog ausgeworfen wie etwa zahlreiche Förderungen und Beihilfen, Jugendinfostellen, Förderungen vom NÖ Jugendreferat, Jugendkarte etc., etc.

Nun ist es aber so, dass wenn Jugendliche Ergebnisse ausarbeiten, diese auch besonders ernst zu nehmen sind. Und sehr auffällig und interessant war in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass die jungen Leute sich durchaus nicht theoretisch mit diesen Themen auseinandersetzen, sondern schon sehr realpolitisch einen Blick in ihre eigene Zukunft werfen wenn sie sich mit der Karenzzeit, mit dem Kinderbetreuungsgeld, mit den starren Grenzen desselben auseinandersetzen und so konkrete Forderungen stellen wie dass Unternehmen gefördert werden soll, die den karenzierten Angestellten oder Arbeitern, Mitarbeiterinnen, in jedem Fall während der Karenzzeit Kurse anbieten.

Des weiteren ist hier darauf hinzuweisen, dass es in Niederösterreich selbstverständlich ein sehr gut ausgeprägtes Feld gibt wo sozusagen die Kindergartenbetreuung recht gut abgedeckt ist. Ein Riesenproblem ist allerdings die Kluft zwischen dem Ende der Karenzzeit und dem Beginn der reglementierten Kindergartenzeit mit in der Regel drei Jahren.

Des weiteren fordern die Jugendlichen mehr Förderungen im Zusammenhang mit Wohnraumschaffung. Eine verständliche Forderung angesichts der Tatsache, dass junge Leute nicht besonders viel verdienen. Und das Land Niederösterreich bietet hier ja auch zahlreiche Variationen von Sonderförderungen.

Einerseits sind die Ergebnisse und Forderungen manchmal sehr fortschrittlich und wie gesagt sehr progressiv, andererseits sind sie durchaus sehr traditionsverbunden, wie schon angesprochen mit dem Gedanken des arbeitsfreien Sonntages, der auch den jungen Menschen am Herzen liegt, wo sich aber der NÖ Landtag darüber sowieso schon verständigt hat im Jahr 2001 in einem Beschluss in der Landesverfassung.

Ein Satz vielleicht noch zum arbeitsfreien Sonntag, wenn ich ihn schon anspreche. Wir dürfen in diesem Zusammenhang nie außer acht lassen, dass es viele verschiedene Berufsgruppen gibt, die über keinen fixen freien Sonntag verfügen. Man denke an das Gesundheitswesen, an Exekutivbeamte und andere Menschen mehr die sich den Sonntag nicht immer frei nehmen können.

Geschätzte Damen und Herren! Die Ergebnisse an sich sind, wenn man sich die Altersstruktur

der Teilnehmer vor Augen führt, wirklich sehr an die Realität geführt. Und es ist sehr erfreulich, dass 14- bis 19-jährige junge Menschen sich Gedanken machen über Wohnung, über Bildung, über Ausbildung, über Kinderbetreuung und darüber hinaus über andere Dinge mehr. Und sehr konkret, und das, finde ich, ist ein besonders spannendes Ergebnis, sehr konkret fordern sie und das möchte ich Ihnen vorlesen, falls nicht alle Gelegenheit hatten, das so dezidiert vor sich zu finden, sehr konkret ist die Forderung unter dem Beitrag Jugend und Politik. Nämlich hier steht schwarz auf weiß, sie wünschen sich eine verpflichtete Einführung von Unterrichtsgegenständen die sich konkret mit politischer Bildung auseinandersetzen und die von dafür aus- und fortgebildeten Lehrerinnen unterrichtet werden.

Wenn 14- bis 19-Jährige so dezidiert und offensichtlich mehr über Politik wissen wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann versteht sich das für mich als Auftrag an uns, in diesem Zusammenhang mehr zu unternehmen.

Des weiteren ist es sehr erfreulich, wenn junge Leute diese Forderung aufstellen. Dann kann man natürlich nicht von einer Politikverdrossenheit sprechen. Und ich muss dem Kollegen Weiderbauer und dem Kollegen Mag. Ram in diesem Fall Recht geben und eine erneute Wählen-mit-16-Debatte in Wirklichkeit entfachen.

Dass die jungen Menschen nicht politikverdrossen sind, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist angesichts der Zahlen die sich uns bieten, es sind in Niederösterreich derzeit 9.000 junge Menschen ohne Arbeit, es sind bundesweit 40.000 Menschen ohne Arbeit, es ist seit dem Jahr 2000 die Zahl der Lehrstellensuchenden um 62 Prozent gestiegen, dass die jungen Menschen sich angesichts dieser Situation nicht von der Politik abwenden und verdrossen sind, sondern sich wirklich einbringen, finden wir und finde ich sehr und höchst erfreulich.

Zusammenfassend lässt sich sagen, die jungen Menschen in Niederösterreich bzw. deren Vertreter im Jugendkongress haben sehr konkrete Vorstellungen von Politik. Und es liegt an uns, ihnen einige Schritte entgegenzugehen.

Zuletzt sei noch erwähnt, dass die Ereignisse rund um den Jugendkongress, es ist schon angesprochen worden, Verteilung von Flyern und Bewerbung durch verschiedene politische Parteien, meines Erachtens eines NÖ Landtages unwürdig sind. Wobei ich ja ohnehin davon überzeugt bin, dass die jungen Menschen von heute viel zu klug sind als dass sie sich durch eine billige politische Agitation von irgend etwas überzeugen lassen. In diesem Sinne bedanke ich mich bei den Organisatoren des Jugendkongresses und vor allem bei den jungen Leuten für ihr Engagement. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Karner.

Abg. Karner *(ÖVP)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen!

Aber ich möchte ganz zu Beginn noch einmal kurz eingehen auf das was der Kollege Weiderbauer hier zu Beginn gesagt hat und unterstütze da die Kollegin Renner voll inhaltlich. Es zeigt einfach, wie ernst die Grünen dieses Thema Feinstaub wirklich nehmen. Ein paar billige Lacher auf Kosten der anderen. Und es zeigt auch, wer dieses Thema Feinstaub wirklich ernst nimmt, weil ja auch der Landesrat Dipl. Ing. Plank da ist. Lieber Emmerich Weiderbauer, vielleicht erkundigst du dich auch einmal bei deinem Kollegen in Oberösterreich, beim Kollegen Anschober, wo hier Sepp Plank bundesländerübergreifend dieses Thema koordiniert. Zettel austeilen, ein paar billige Lacher zu holen ist gerade bei diesem wichtigen sensiblen Thema Feinstaub zu wenig.

Aber nun zum eigentlichen Thema, Thema Jugendkongress, das wir hier behandeln. Auch ich möchte gleich zu Beginn eigentlich den Jugendlichen danken. Über 250 Jugendliche haben sich hier an diesem 1. Dezember bei diesem Jugendkongress beteiligt. Es zeigt einfach deren Bereitschaft zur Mitarbeit, zur Mitgestaltung. Und ich bin da ganz bei meinen Vorrednern. Ich glaube das zeigt, dass diese Politikverdrossenheit nicht da ist. Es zeigt, dass diese Jugendlichen auch entsprechend mitarbeiten wollen.

Und es wurde in diesem Jugendkongress heftig debattiert, diskutiert in den Arbeitsgruppen die hier genannt wurden. Es wurden in diesem Jugendkongress aber auch Entscheidungen getroffen. Und da sind wir dabei, ich glaube, das ist auch unsere gemeinsame Aufgabe, dass wir den Jugendlichen hier keine Themen aufzwingen. Es haben sich bei diesem Jugendkongress zwei Drittel der Jugendlichen gegen eine Wahlaltersenkung auf 16 Jahre ausgesprochen. Jetzt kann schon sein, dass jetzt manche, weil ihnen das Ergebnis nicht passt, die Modalitäten des Jugendkongresses anzweifeln, dass in der Organisation etwas nicht passt. Aber nur weil ihnen das Ergebnis nicht passt sollte man nicht gleich den gesamten Jugendkongress hier schlecht reden. Außerdem, die Jugend-

studie in Niederösterreich sagt dasselbe: Über 80 Prozent der Jugendlichen selbst sagen nein, das Wahlalter so wie es jetzt ist, das passt. Eine Senkung kommt für uns derzeit, macht hier keinen Sinn. Das sagen sämtliche Jugendstudien in Niederösterreich. *(Unruhe bei der SPÖ.)*

Ich glaube, wenn es um Mitbestimmung geht ist es eine viel umfassendere Mitbestimmung. Und Jürgen Maier hat es gesagt: Wir sind sehr, sehr froh, dass wir als Volkspartei Niederösterreich rund 1.000 neue junge Gemeinderäte haben, die sich hier aktiv in der Mitarbeit für die Gemeinde, für das Land letztendlich einbringen. Mitbestimmung ist mehr als eine bloße Wahlaltersenkung.

Daher möchte ich ein paar Themen ansprechen. Wenn man in die Jugendlichen ein bisschen hineinhört, ist das nicht das Thema Wählen ab 16. Das kommt in keiner Jugenddiskussion hier vor. Ja vielleicht, wenn das die Sozialistische Jugend oder die SPÖ Niederösterreich organisiert. Aber wenn man in die Jugend hinein hört, dann sind das ganze andere Themen die den Jugendlichen wirklich am Herzen liegen.

Es wurde auch diskutiert bei diesem Jugendkongress: Vereinbarkeit, wurde heute schon gesagt, Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Frage der Kinderbetreuung. Oder auch die Frage des Ausbildungsplatzes. Welche Lehre beginne ich? Wie bekomme ich einen Ausbildungsplatz? Und gerade zum Bereich Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben wir in Niederösterreich hier, glaube ich, wirklich beispielhafte Projekte ins Leben gerufen. Und das halte ich auch für sehr, sehr wichtig. Weil es gibt diesen Wunsch, dieses klare Bekenntnis der Jugend zur Familie. Auch zum Kind. Aber es sind oft organisatorische und finanzielle Schranken, die einem diese Überlegung schwer machen. Und daher ein paar Initiativen, die hier in Niederösterreich in den letzten Jahren eingeführt wurden, wo wir in Niederösterreich letztendlich gerade in Fragen der Kinderbetreuung Vorreiter sind. Ihr alle wisst, Niederösterreich ist das einzige Bundesland mit einem Gratiskindergarten am Vormittag. Dann hat Hanni Mikl-Leitner die Nachmittagsbetreuung für Volksschulkinder angeboten. Wo die Gemeinden hier unterstützt, gefördert werden. Niederösterreich ist auch hier das erste Bundesland mit einem derartigen Betreuungsangebot. Dazu passend das Aktionsteam Kinderbetreuung das hier ebenfalls ins Leben gerufen wurde. Oder seit 2004 die Ferienbetreuungsinitiativen.

Aber neben diesen ganz, ganz wichtigen und wo es auch noch weitere Anstrengungen gibt um eben Familie und Beruf, Kind und Beruf besser vereinbaren zu können, neben diesen organisatorischen Anstrengungen gibt es auch finanzielle Unterstützungen, die erst vor gar nicht allzu langer Zeit ins Leben gerufen wurden. Ich erinnere an die Schulstarthilfe für unsere Taferlklassler, für Familien mit zumindest zwei Kindern, oder an den NÖ Familienpass, den über 116.000 Familien in Niederösterreich nutzen mit 1.500 Vorteilgebern.

Ich glaube, hier sind wichtige Initiativen gesetzt, hier sind wir in vielen Bereichen Vorreiter. Und ich bin sehr dankbar, dass hier unsere Familienlandesrätin Hanni Mikl-Leitner weitere Anstrengungen unternimmt um eben diesem Wunsch der Jugendlichen, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, weiter nachzukommen.

Ein zweiter Punkt, der natürlich für die Jugendlichen ganz entscheidend ist, ist die Frage des Arbeitsmarktes für Jugendliche. Die Frage der Ausbildung. Welche Ausbildung ergreife ich? Und auch hier an die Adresse der SPÖ: Mit Jammern, mit Schlechtreden, wie man das leider oft hört, wo es großartige Initiativen von Seiten des Landes hier gibt, ... Ich denke hier an die Initiative „Job konkret“, wo aktuell Landesrätin Bohuslav gemeinsam mit den Sozialpartnern in Brüssel ist um dieses Vorzeigeprojekt zu präsentieren. Wo es auch ausgezeichnet wurde, dieses Projekt, von der Europäischen Kommission. Da halte ich es für schlecht dass man hier versucht, diese einzelnen Initiativen immer schlecht zu reden und so zu tun als ob hier nichts passiert.

Allein 2004 sind in Niederösterreich rund 10 Millionen Euro in die Beschäftigung und Qualifizierung von rund 2.000 Jugendlichen investiert worden. Das gibt einen besonderen Erfolg des Lehrlingsauffangnetzes. Das sind gemeinsame Anstrengungen um hier möglichst allen Lehrlingen auch einen Platz zu geben. Acht von zehn Jugendlichen finden nach Beratungen und Schulungen einen fixen Lehrplatz. Das sind gemeinsame Anstrengungen unserer Landesrätin Bohuslav, gemeinsam auch in vielen Bereichen hier mit den Sozialpartnern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielleicht abschließend noch einen Punkt weil hier gesagt wurde von meiner Kollegin Renner, oder ein Appell vor allem hier auch an die SPÖ, weil wir das für ein sehr wichtiges Thema halten. Kollegin Renner hat gesagt, die SPÖ Niederösterreich ist keine Altpartei. Das verstehe ich. Wir sind sozusagen eine Einheitspartei. Und im Sinne dieser Einheitspartei würde ich einfach bitten, dass man die auch zu Ungunsten unserer Jugendlichen diese Kampagne für eine Drogenfreigabe der Sozialisti-

schen Jugend, die es nach wie vor gibt, im Internet, wo es nach wie vor die Zettel gibt die hier verteilt werden von der Sozialistischen Jugend, wo die SPÖ Niederösterreich selber sagt, ja, wir sind ja auch nicht dieser Meinung, ... Wenn man nicht dieser Meinung ist und wenn ihr schon eine Einheit seit, dann würde ich bitten, diese Dinge einzustellen. Weil sie sind einfach konträr gegen die vielen Maßnahmen die hier von Seiten des Landes gegen die Drogenproblematik gesetzt werden. Das hier abzustellen.

Das ist mein abschließender Appell auch im Sinne unserer Jugendlichen. Vielen herzlichen Dank! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Frau Landesrätin Kranzl.

LR Kranzl *(SPÖ)*: Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich möchte nur kurz die Gelegenheit nutzen. Es ist vieles positiv hervorgehoben worden seitens der Anregungen dieses Jugendkongresses. Ich habe diese Anregungen sehr aufmerksam verfolgt. Ich glaube, es wird jetzt an den politisch Verantwortlichen liegen, tatsächlich den einen oder anderen Punkt auch in der Realität umzusetzen. Ich möchte aber auf eine Anmerkung des Kollegen Weiderbauer eingehen, der diese Anregung aufgegriffen hat, Frauenhaus, weitere Frauenhauseinrichtung im Waldviertel. Diese Anregung, dieses Ansuchen ist bereits im Jahr 2003 an mich als zuständiges Regierungsmitglied ergangen. Und wir haben deshalb ablehnen müssen, weil wie gesagt, es in Niederösterreich sechs Frauenhäuser gibt neben den neuen Frauenberatungseinrichtungen, die für Anliegen der Frauen zuständig sind, die hier Hilfe und Rat bieten. Aber ich bitte auch zu berücksichtigen, dass diese sechs Frauenhäuser nicht über die volle Auslastung verfügen und ich betone Gottseidank nicht über die volle Auslastung verfügen. Denn es ist auch ein Zeichen, dass mitunter vielleicht Gewalt nicht in dem Ausmaße vorhanden ist. Wie gesagt, das ist ein Kriterium, die Finanzierung erfolgt zu 50 Prozent über das Land bzw. zu 50 Prozent über die Gemeinden. Und deshalb natürlich, wenn diese Einrichtungen auch die volle Auslastung haben, dann kann man durchaus – und bin ich auch offen – über eine weitere Einrichtung zu diskutieren.

Ich war aber erst vergangene Woche in der Frauenberatungsstelle in Zwettl. Dieses Anliegen ist wieder an mich herangetragen worden. Und ich habe jetzt zugesagt mir anzuschauen, ob nicht unter Umständen eine Frauenobdachloseneinrichtung, wie sie zum Beispiel jetzt in St. Pölten über die Emmaus-Gemeinschaft angeboten worden ist, ob man nicht eventuell so eine Einrichtung initiieren könnte. Denn Tatsache ist, und das ist mir auch von den Mitarbeiterinnen bestätigt worden, es geht in erster Linie um Frauen nach einer Scheidung, die Unterkunft, die Quartier suchen mit ihren Familien. Und Kriterium der Frauenhäuser ist in erster Linie natürlich das Gewaltelement. Das heißt, wir sind dabei, wir schauen uns das an. Aber ich bitte um Verständnis, dass das im Prinzip eine Begründung der derzeitigen Einrichtungen hat. Danke schön! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. Mag. Wilfing *(ÖVP)*: Ich verzichte!

Präsident Mag. Freibauer: Er verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Rechts- und Verfassungs-Ausschusses:)* Danke. Gegenstimmen? Ich stelle fest, mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und Freiheitlichen angenommen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Zusammenhang mit diesem Tagesordnungspunkt der jetzt behandelt wurde, möchte ich Ihnen eine Mitteilung machen. Und zwar: In der letzten Sitzung der Präsidiale wurde Einvernehmen erzielt über den Termin des nächsten Jugendkongresses und über das Thema des nächsten Jugendkongresses. Der nächste Jugendkongress wird am 30. November 2005 stattfinden und das Thema heißt „Sucht und Drogen“.

Ich möchte darauf hinweisen, dass in der Präsidiale alles was zu kritisieren war, diskutiert wurde. Und dass sich die Präsidiale bemüht hat, Richtlinien so zu erstellen, dass beim nächsten Jugendkongress nach menschlichem Ermessen nicht wieder irgendeine Unzukömmlichkeit passieren kann. Das Prinzip ist anerkannt, Freiraum für die Jugendlichen, die hier beraten und diskutieren im Alter von 15 bis 19 Jahren, ohne Bevormundung durch Politiker. Mit den Ergebnissen hat sich der Landtag, so wie heute, wieder zu beschäftigen.

Dass der Jugendkongress gut ankommt zeigen die steigenden Mitgliederzahlen. Das meine Mitteilung für den nächsten Jugendkongress.

Weiters möchte ich nun mitteilen, der Herr Abgeordnete Weiderbauer ist ab 15.00 Uhr entschuldigt.

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Dworak, die Verhandlungen zu Zahl Ltg. 410/V-11/5 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Dworak *(SPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zu Ltg. 410/V-11/5, Antrag des Gesundheits-Ausschusses über die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens.

Die geltende Vereinbarung gemäß Art. 15a über die Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung tritt gemäß Artikel 38 Abs.2 mit 31. Dezember 2004 außer Kraft. Gemäß Artikel 38 Abs.3 dieser Vereinbarung treten die in Durchführung dieser Vereinbarung ergehenden Bundes- und Landesgesetze mit Außerkrafttreten dieser Vereinbarung auch außer Kraft.

In Entsprechung der Einhebung im Rahmen der Finanzausgleichsverhandlungen wurde zwischen dem Bund und den Ländern als Vertragsparteien der Text der neuen Vereinbarung gemäß Art. 15a über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens fixiert. Diese Vereinbarung tritt mit 1. Jänner 2005 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2008 außer Kraft. Alle zur Durchführung dieser Vereinbarung notwendigen bundes- und landesgesetzlichen Regelung sind mit 1. Jänner 2005 in Kraft zu setzen mit Ausnahme der Bestimmungen über die Errichtung der Landesgesundheitsfonds, die bis spätestens 1. Jänner 2006 zu setzen sind.

Mit den in der neuen Vereinbarung gemäß Art. 15a des Bundesverfassungsgesetzes über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens festgeschriebenen Maßnahmen sind im Wesentlichen folgende Zielsetzungen verbunden: Zum Einen Maßnahmen zur Überwindung der strikten Trennung der einzelnen Sektoren des Gesundheitswesens und zur Erreichung einer besseren Abstimmung in der Planung, Steuerung und Finanzierung des gesamten Gesundheitswesens, Maßnahmen zur längerfristigen Sicherstellung der Finanzierbarkeit, des österreichischen Gesundheitswesens und zuletzt auch Maßnahmen zur Unterstützung von Vorsorgemaßnahmen und zur flächendeckenden Sicherung und Verbesserung der Qualität im Österreichischen Gesundheitswesen.

Der Antrag liegt den Damen und Herren Abgeordneten vor. Ich darf daher den Antrag des Gesundheits-Ausschusses stellen über die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens wird genehmigt."

Herr Präsident! Ich ersuche Sie, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

Präsident Mag. Freibauer: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Dr. Krismer.

Abg. Dr. Krismer *(Grüne)*: Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Es liegt mir fern, Herr Präsident, Sie zu korrigieren oder eine tatsächliche Berichtigung zu machen, aber ich glaube, das Thema des nächsten Jugendkongresses ist „Sucht und Sekten" und nicht wie Sie meinten „Sucht und Drogen".

Es ist heute schon einiges an Staub aufgewirbelt worden. Frau Kollegin Renner, wenn Sie sich herausstellen und sagen, die Grünen wären etwas geschmacklos in dieser Angelegenheit, da muss man auch einmal in Richtung der SPÖ sagen, dass Sie den Betroffenen in Niederösterreich, den Asthmatikerinnen und Asthmatikern zum Beispiel, wie Sie es ja betont haben, etwas gehustet haben. Die SPÖ war nicht bereit, eine Aktuelle Stunde herbeizuführen, dass wir uns hier über Feinstaub unterhalten können. *(Beifall bei den Grünen. – Abg. Weninger: Wo ist euer Dringlichkeitsantrag?)*

Und Kollege Karner! Die Grünen reden miteinander, da brauch ich keinen ÖVP-Landesrat aus Niederösterreich. Wir wissen sehr genau was Oberösterreich beschlossen hat. *(Abg. Mag. Karner: Wer hat denn gelacht beim Thema Feinstaub?)*

Und Klubobmann Schneeberger, Sie waren ja auch im Österreich-Konvent: Das sind eben die kleinen Unterschiede. Wenn wir als Landtag darum kämpfen ernst genommen zu werden, dann werden wir über aktuelle Themen, die die Menschen gerade betreffen, auch debattieren müssen. Ansonsten haben wir wirklich irgendwann keine Berechtigung mehr. *(Beifall bei den Grünen.)*

Und das hat, Kollege Karner, das hat der Oberösterreichische Landtag zusammen gebracht.

Weil es dort auch einen grünen Umweltlandesrat gibt, ist die Regierung soweit dass sie auch an eine 15a-Vereinbarung mit dem Bund denkt. Und es wird auch gemacht werden. Und in Oberösterreich gibt es Maßnahmen, in Niederösterreich werden Messgeräte angeschafft. Das ist Ihre Umweltpolitik und auch Ihre Gesundheitspolitik.

Und nun komm ich zum Thema. Lieber Herr Kollege! Über Feinstaub wollen Sie nicht reden mit uns, aber viele, viele Monate hat der Landesrat Sobotka eigentlich, weniger der zuständige Gesundheitslandesrat Schabl über diese 15a-Vereinbarung bzw. über – naja, Reformen kann man es nicht nennen – aber eben über diese Maßnahmen von schwarz-blau-orange geplaudert. Und Sie haben da ziemlichen Staub aufgewirbelt. Denn was hier heute als 15a-Vereinbarung vorliegt, ist de fakto eine Sandburg und es fehlt jedes Fundament in die Richtung einer wirklich zukunftsorientierten Gesundheitspolitik.

Das begründet sich darin, dass, wieder Österreich-Konvent, es ja nicht gelungen ist, Zuständigkeiten, Aufgaben und Finanzierung zu bündeln. Nach wie vor, und ich bin durchaus eine Föderalistin, aber hier muss man wissen, wo es vernünftiger ist im Sinne des Ganzen, im Sinne des Staatsgefüges, Kompetenzen abzutreten. Und das wurde verabsäumt. Hier hätte etwas mehr Zentralismus geschadet. Also das ist der erste Punkt: Völliges Versagen dieser Regierung!

Punkt 2: Wir wissen doch wie das ist mit einer 15a-Vereinbarung. Es war auch die letzte 15a-Vereinbarung, also das Abkommen zwischen den Ländern und dem Bund, eine durchaus gute. Auch dort war die Qualitätssicherung schon drinnen. Aber in der Umsetzung zahnlos. Keine Sanktionen. Also ich bin schon sehr gespannt, wie das in Niederösterreich bewerkstelligt wird, bin wirklich sehr gespannt.

Der vierte Punkt: Das ist ja keine Neuordnung, keine große gewesen im Gesundheitswesen. Man hat jetzt geschaut, dass der Hauptverband der Sozialversicherungen in seinem Bereich nach wie vor die Mehrheit hat bei der Abstimmung was das Land betrifft, wo das Land die Hoheit hat. Dann gibt es noch in den diversen Gremien das Veto des Bundes. Na das werden wir uns auch noch anschauen. Aber was sie geschafft haben in dieser schwarz-blau-orangen Regierung. Sie haben ein Belastungspaket geschnürt für die Menschen in diesem Lande. Und Sie haben wieder einmal genau jene getroffen, die ohnehin schon nichts mehr haben. Die wurden getroffen. Arbeiterinnen und insbesondere auch Frauen.

Die Grünen hätten ein Modell angeboten, das eben lauten würde, und da gibt es durchaus auch anderen Parteien welche dies, wenn auch nicht offen, aber zumindest überlegen, ... Natürlich brauchen wir ein neues Finanzierungssystem. Natürlich muss man einmal darüber diskutieren ob es weiterhin auf die Erwerbstätigkeit zugeschnitten ist oder auch das Kapital quasi angezapft wird. Unterm Strich bräuchten wir eine Krankenversicherung, das heißt einheitliche Beiträge und einheitliche Leistungen. So würde ein grünes Modell ausschauen. Und in einem grünen Modell würde es auch so aussehen, dass jene zur Kasse gebeten werden, die auch das entsprechende Einkommen haben. Das heißt, hinauf mit der Höchstbeitragsgrundlage auf, und das haben wir uns ausgerechnet, auf 5.000 Euro. Würde bedeuten, dass wir mehr als 400 Millionen Einnahmen hätten. Das heißt, es wäre alles saniert. Das wäre der budgetäre Gesamteffekt gewesen. Man hätte sich das ersparen können was Sie gemacht haben. Langes Reden. Unterm Strich hat herausgeschaut, da drehen wir eine Schraube an der Gebühr, an jenem Selbstbehalt um, sodass genau die die es brauchen wieder belastet werden. Das ist Ihre Politik! *(Beifall bei den Grünen.)*

Und ganz abgesehen davon, dass wir hier eine Aktuelle Stunde zum Pflegenotstand hatten, dass wir auch hier eine Aktuelle Stunde zu „Lebig“ hatten. Dass wir weit davon entfernt sind ein integratives Gesundheitssystem zu haben. Wir brauchen ein System das wirklich im Moment wo etwas passiert angreift. Wir wissen, dass es hier – wir brauchen die Freiwilligen, aber es wird wahrscheinlich nicht ausschließlich das Zukunftsmodell sein. Und wir brauchen auf der anderen Seite, das sehen wir heute wieder beim Rechnungshofbericht, sehr wohl noch etwas im Bereich der Pflege. Nach wie vor zu wenig Personal und auch hier, die Finanzierung ist in Frage gestellt. Das heißt, auch versicherungsmathematisch in diese Richtung zu denken. All das wurde verabsäumt.

Ja, und das große Schlagwort ist, und das wurde auch schon genannt, natürlich Vorbeugung, Prävention. Prävention so wie meistens gesundheitspolitische Prävention gemacht wird und leider auch in Niederösterreich ist kampagnenhaft. Wenig substanzreich, hat wenig mit dem zu tun wie eigentlich Prävention gemeint ist. Es ist ja so gemeint, dort anzupacken, Risken zu entdecken und diese auch auszuschalten. Und so ist es auch mit dem Feinstaub. Ob sie es debattieren wollen, ob sie es hören wollen. Auch mit dem Feinstaub ist es so. Wenn es uns nicht gelingt, eine Politik zu machen die mitdenkt, was bedeutet Verkehr, was bedeuten diverse Maßnahmen, welche Auswirkungen hat das auf die Gesundheit der Menschen in die-

sem Land, dann machen wir die falsche Gesundheitspolitik. *(Beifall bei den Grünen.)*

Es ist der Suchtplan in Niederösterreich noch nicht umgesetzt worden, das wäre Prävention und auch – leider ist er jetzt nicht im Raum, Landesrat Plank – wir haben auch noch kein Gentechnikvorsorgegesetz. Soviel zu den Unterschieden einer schwarz-grünen Regierung in Oberösterreich und einer schwarz-roten in Niederösterreich. Bei uns wird Prävention geplaudert aber nicht gelebt. Und wenn Maßnahmen getroffen werden sind sie weit davon weg dass sie wirklich ansetzen.

Daher können die Grünen dieser 15a-Vereinbarung nicht zustimmen. Auch wenn wir zugeben, dass auf Grund dieser langen Diskussion auch wir Hoffnungen darauf gesetzt haben, dass man sich ein Stück bewegt, wirklich das System reformieren möchte. Aber es ist eben parallel zum Finanzausgleich verhandelt worden. Daher hat man einfach geschaut, wo kriegt man Geld rein, wem schiebt man es zu. Aber das, meine Damen und Herren, insbesondere von der ÖVP, können wir keine Reform nennen. Ich hoffe nur, dass wir das Beste in Niederösterreich daraus machen für die Menschen. Danke! *(Beifall bei den Grünen.)*

Präsident Mag. Freibauer: Frau Abgeordnete Dr. Krismer! Ich bedanke mich bei Ihnen dass Sie aufmerksam zugehört haben. Selbstverständlich habe ich mich geirrt. Das Thema heißt richtig „Sucht und Sekten“ so wie in der Präsidiale einvernehmlich festgelegt.

Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Hofmacher.

Abg. Hofmacher *(ÖVP)*: Herr Präsident! Meine Herren Regierungsmitglieder! Geschätzte Damen und Herren!

Der Herr Berichterstatter hat ja im Wesentlichen darauf verwiesen was die 15a-Vereinbarung beinhaltet. Und zwar die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens 2005. Ausschlaggebend natürlich die Gesundheitsreform. Und nicht unerwähnt möchte ich lassen auch den Finanzausgleich.

Es waren intensive Verhandlungen notwendig seit Oktober des Jahres 2004. Und Niederösterreich hat über Pilotprojekte wichtige Inputleistungen beigesteuert. Ich denke nur an das Waldviertelprojekt, an die Onkologie oder an die Palliativmedizin. Und zum Zweiten maßgebliche Mitwirkung von Niederösterreich bei politischen und Expertenverhandlungen.

Frau Abgeordnete Dr. Krismer! Ich verweise schon darauf, dass andere von Sandburgen reden wie Sie, auf der Zuschauertribüne sitzen, kritisch wichtige Entscheidungen mitverfolgen und keinen Beitrag dafür leisten, wobei andere politisch Interessierte für das Gesundheitswesen in Niederösterreich und für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes sich einsetzen. Und ich denke insbesondere an unseren Landesrat Mag. Sobotka.

Grundsätzlich vielleicht, die Vereinbarung ist ja ein Teil der Gesundheitsreform von 2005. Und ich möchte auch betonen, dass es erstmals gelingt, sektoral getrennte Gesundheitsversorgung zu überwinden. Zweitens: Den Übergang zur ganzheitlichen integrierten Planung, Steuerung und Finanzierung, was von besonderer Wichtigkeit ist. Und ein weiterer Schritt ist getan mit neuen Strukturen in einem Reformpool, weil es Ziel sein muss und Ziel ist in Niederösterreich die Finanzierung aus einem Topf zu bewältigen.

Und auch ein Ziel muss es sein, nicht nur bis 2008, sondern das Ziel für 2009 und darüber hinaus bis 2012 dass wir hier eine längerfristige Finanzierbarkeit im österreichischen Gesundheitssystem, eine Effizienzsteigerung, was für uns ganz wichtig ist auf Grund der Entwicklung und dadurch eine Steuerung in vielen Bereichen, dass wir die darüber bringen.

Ich habe betont, dass es auch eine Auswirkung ist des Finanzausgleichs. Hier stehen uns 300 Millionen jährliche zusätzliche Mittel für unsere Krankenanstalten zur Verfügung. Erreicht natürlich auch durch – das geben wir auch zu – durch verschiedene Erhöhungen. Wenn man denkt, 1 Prozent der Arbeitgeber und 0,5 Prozent der Arbeitnehmer.

Ich möchte auch betonen, ein Kostendämpfungsprogramm wurde ja vereinbart. Primär, und das ist auch wichtig, im Verwaltungsbereich, und neue Organisations- und Kooperationsformen im intra- und extramuralen Bereich. Die Strukturreform, mit der wir uns ja auch zu beschäftigen haben und uns beschäftigen, ist die Aufgabenerweiterung im bisher intramuralen Bereich und auch künftig im extramuralen Bereich sicher im Vordergrund, im bestehenden Landesfonds selbstverständlich und auch beim Sozialversicherungsträger.

Neuerungen gibt es ja auch auf Bundesebene. Aus den Strukturfonds für Krankenanstalten wird die neue Gesundheitsagentur, Bundesgesundheitsagentur, und aus der Strukturkommission wird die Bundesgesundheitskommission. Auch auf Länderebene haben wir Veränderungen, und zwar haben die Länder Mitwirkungs- und Umsetzungs-

kompetenz. Und hier ist zu erwähnen der Istzustand jetzt mit dem Landesfonds NÖGUS, der ja in Zukunft Landesgesundheitsfonds NÖGUS heißen soll. Und zweitens wird die Fondsversammlung in Zukunft Gesundheitsplattform heißen. Keine Veränderungen gibt es beim Ständigen Ausschuss und bei der Geschäftsführung.

Und die Gesundheitsplattform, die ich bereits erwähnt habe, die ja ab 2006 in Niederösterreich wirksam wird, auch hier wird es in verschiedenen Bereichen in der Zusammensetzung Veränderungen geben. In Teilen der Sozialversicherung wie im Kernbereich intramural und auch im Kernbereich extramural. Der Bund wird Mitglied sein, Gemeindebund, Städtebund, NÖ Ärztekammer, Patientenvertretung und natürlich die Rechtsträger unserer Krankenanstalten. Denn im Gesundheitswesen wird es auch in Zukunft eine dementsprechende Weiterentwicklung geben und sie wird auch selbstverständlich notwendig sein.

Ganz wichtig natürlich, dass es Modellprojekte für neue Formen der Kooperation der integrierten fachärztlichen Versorgung in den Spitalsambulanzen und im niedergelassenen Bereich zur Vermeidung von Doppel- und Mehrgleisigkeiten geben wird. Das heißt, auch hier eine Steigerung der Effizienz.

Was ist Status und was wird der Ausblick sein in Niederösterreich? Niederösterreich, ich habe es bereits erwähnt, hat für die neue Art. § 15a-Verordnung eine wichtige Vorarbeit geleistet. Auch angeführt durch zahlreiche Projekte in den letzten Jahren.

Zweitens stehen uns auch mehr Finanzierungsmittel zur Verfügung. Und wir sind auch in Niederösterreich gut gerüstet für eine Gesundheitsplattform. Vorbereitungsarbeiten sind natürlich auch auf Beamtenebene im Gange. Im NÖGUS hat man bereits einen Umsetzungsterminplan beschlossen und verschiedene andere Fakten, die ich jetzt gar nicht erwähnen möchte, mit denen man sich in der Vergangenheit unterhalten hat und intensiv diskutiert hat und natürlich Beschlüsse herbeigeführt hat.

Ich bedanke mich bei allen die einen positiven Beitrag dazu geleistet haben. Sei es auf Beamtenebene oder sei es auf politischer Ebene. Wir von der NÖ Volkspartei werden selbstverständlich die Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Ram.

Abg. Mag. Ram *(FPÖ)*: Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Gesundheit ist das höchste Gut des Menschen. Die Zustimmung zu dieser Aussage kommt klarerweise von der Mehrheit der Bevölkerung. Für jeden ist natürlich die Gesundheit ein wichtiges Anliegen. Das Gesundheitswesen steht natürlich unter wachsendem Druck. Wir alle wissen, die Lebenserwartung steigt zum Glück, bessere Behandlungsmethoden gibt es, kostenintensivere Behandlungsmethoden, der Bedarf an vermehrter Betreuung steigt und der Anteil chronisch kranker und betagter Menschen nimmt zu.

Daher ist es notwendig, das Gesundheitswesen neu zu organisieren um sicherzustellen, dass der hohe Standard von Österreich erhalten bleibt. Diese 15a-Vereinbarung soll die Finanzierbarkeit des österreichischen Gesundheitssystems gewährleisten. Es soll eine Effizienzsteigerung geben und eine Kostendämpfung. Die Maßnahmen zur Kostendämpfung und Effizienzsteigerung sollen immerhin 300 Millionen Euro betragen. Das passiert aber nicht auf dem Rücken der Patienten – und das ist mir besonders wichtig – sondern durch eine Senkung der Verwaltungskosten, Einsparungen im patientenfernen Bereich, neue Organisationsformen wie Tages- oder Wochenkliniken und Maßnahmen zur besseren Abstimmung zwischen einzelnen Krankenanstalten und den niedergelassenen Ärzten.

Wesentlich für das Gesundheitssystem sind auch Maßnahmen zur Unterstützung von Vorsorgemaßnahmen. Bei 1,5 Millionen Euro stehen jährlich zur Durchführung wesentlicher Vorsorgeprogramme und Behandlungsmaßnahmen von überregionaler Bedeutung zur Verfügung.

Diese 15a-Vereinbarung bringt ein Überwinden der Trennung der einzelnen Sektoren des Gesundheitswesens und eine bessere Abstimmung. Es wird eine Bundesgesundheitsagentur zur Planung und Steuerung des gesamten Gesundheitswesens eingerichtet. Darüber hinaus gibt es die Gesundheitsplattformen auf Länderebene mit den Kernbereichen intramural, extramural und den Kooperationsbereich.

Wichtig, und das ist besonders für uns Niederösterreicher von Bedeutung, ist die Zusammenarbeit über die Bundesländergrenzen hinweg. Diese Zusammenarbeit wird durch diese 15a-Vereinbarung gewährleistet, Versorgungslücken werden geschlossen und Parallelstrukturen werden vermie-

den. Das Ziel von uns allen sollte es sein, eine möglichst gleichmäßige Versorgung in Österreich sicherzustellen. Und in dieser Vereinbarung wird auch auf die Versorgung in einem ganz wichtigen Bereich, und zwar im Palliativ- und Hospizbereich eingegangen. Als Folgerung aus der parlamentarischen Enquete, Solidarität mit unseren Sterbenden, gibt es unter anderem die Forderung nach einem österreichweiten Hospizplan. Der aber erst durch diese neue 15a-Vereinbarung realistisch wird.

Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, man kann zusammenfassend sagen, dass diese 15a-Vereinbarung auf jeden Fall dazu dient, dass es zu einer Verbesserung des Gesundheitssystems in Österreich kommt und dass auch in unserem Bundesland das hohe qualitativ hochwertige Gesundheitssystem dementsprechend sichergestellt wird, sodass unsere Bevölkerung auch in Zukunft ein gutes Gesundheitssystem hat, ein effizientes Gesundheitssystem hat, damit jeder in Österreich und vor allem in Niederösterreich auch zufrieden, gesund, aber auch krank sein kann. Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. Fasan *(Grüne)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das vorliegende Geschäftsstück, die 15a-Vereinbarung, das wurde ohnehin schon mehrmals gesagt, hat also im großen und ganzen drei Zielsetzungen. Die Überwindung der strikten Trennung zwischen den einzelnen Sektoren des Gesundheitswesens, bessere Abstimmung, Planung, Steuerung, Finanzierung. Es ist gesagt worden, längerfristige Sicherstellung der Finanzierbarkeit. Dazu hat die Kollegin Dr. Krismer richtige und wichtige Bemerkungen gemacht.

Und drittens, was mir vor allem am Herzen liegt und worauf ich ein klein wenig eingehen möchte, das sind die Fragen der Unterstützungs- und Vorsorgemaßnahmen. Und auch die flächendeckende Sicherung der Verbesserung der Qualität.

Vorsorge ist einer der wesentlichen Bereiche in der Gesundheitspolitik, meine Damen und Herren. Und Vorsorge dient natürlich der Vermeidung von Zuständen oder von Problemen, die zu Erkrankungen führen. Und ich darf einige Erkrankungen herausgreifen. Chronische Bronchitis, Asthma, Lungenkrebs, Herz- und Kreislaufschäden, insbesondere für Kinder, für Senioren, für Risikogruppen. Und es ist kein Wunder dass das Krankheiten sind, die insbesondere im Zusammenhang mit Luftverschmutzung auftreten.

Das Problem, das wir da vor uns haben und das wir versuchen, im Wege der Medizin und auch im Wege des Krankenanstalten- und Gesundheitswesens zu bekämpfen, ist nicht neu. Ich darf zitieren aus einem Umweltkontrollbericht aus dem Jahr 2001. Dort heißt es vom Umweltbundesamt: Inzwischen liegen dutzende Studien vor, die zeigen, dass der statistische Zusammenhang von Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit mit der Schwebestaubbelastung signifikanter ist als mit anderen Luftschadstoffen. Das heißt, wenn wir im Zusammenhang mit Gesundheitspolitik über Prävention und Vorsorge reden und dann den Zusammenhang zu Luftverschmutzung herstellen, dann hat die Schwebestaubbelastung einen ganz besonders hohen Stellenwert.

Daher finde ich es völlig unverständlich, dass niemand in diesem Hause bereit ist, mit uns über dieses Thema zu diskutieren. Als gäbe es das nicht. Als dürfte man nicht reden darüber welche Versäumnisse seitens der Landesregierung hier vorliegen. Ich möchte das gesundheitspolitisch weiter ausführen. Und darf einen Pneumologen aus Berlin zitieren, Dr. Kroneberg, der meint: Die kaum sichtbaren Partikel legen sich in unsere Atemwege. Die Folge: Chronische Bronchitis, Lungenentzündung, Asthma, Bronchialkrebs, Krebs in oberen Luftwegen, Schlaganfälle, Infarkte. Steigt die Konzentration von Schwebestaub um 10 Mikrogramm pro Kubikkilometer Luft, gibt es drei Prozent mehr Asthmatiker, ein Prozent mehr Krankenhauspatienten – womit wir wieder bei der Finanzierungsdebatte sind – und eine um sechs Monate geringere Lebenserwartung.

Da soll also jemand kommen und mir erklären, es gäbe keinen Zusammenhang zwischen Gesundheitspolitik, dem vorliegenden Problem das wir heute diskutieren, und Prävention im Gesundheitswesen und wirksamen Umweltmaßnahmen.

Wir haben uns das in der letzten Zeit sehr, sehr genau angesehen. Und ich habe vor mir einige Messtabellen der Schwebestaub-, der Feinstaubbelastung in St. Pölten, in Schwechat, in Amstetten, in Purkersdorf. Und ich könnte noch viele hier mitbringen.

Es werden nahezu täglich die zulässigen Grenzwerte überschritten. Was bedeutet, schon jetzt, also nach einem etwa Viertel des Jahres sind einige Jahresgrenzwerte bereits überschritten. Und dann kommt der Landesgeschäftsführer der ÖVP

und erklärt uns, in Oberösterreich wird nichts gemacht. Meine Damen und Herren! Ich habe hier den Maßnahmenkatalog von Oberösterreich bei mir (*zeigt Papier)* . Genau das, was ich von Herrn Landesrat Dipl.Ing. Plank oder vom Herrn Landeshauptmann, wie Sie wollen, verlange. Genau das was ich hier von Oberösterreich in der Hand habe, genau das verlange ich.

Nicht ein Papierl schreiben, das ich aus dem Gedächtnis schreiben kann und damit in den ORF gehen und glauben, wenn man Maßnahmen ankündigt dann sind sie auch schon verwirklicht. Das ist eine falsche Politik, Herr Landesrat, das ist uns einfach zu wenig. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ich zähle Ihnen jetzt nicht die ganzen Maßnahmen aus Oberösterreich aus, denn dann würde mich der Herr Präsident zu Recht … *(Unruhe bei Abg. Kautz.)*

Kollege Kautz! Wir kommen schon noch zusammen. Ich zähle jetzt nicht alle Maßnahmen auf, die Oberösterreich hier einführt, denn sonst würde der Herr Präsident mich zu Recht zur Tagesordnung und zu meinem Tagesordnungspunkt mahnen. Aber eines darf ich schon sagen: In Oberösterreich wird das noch im Mai von der Landesregierung verordnet. Und ich wäre völlig zufrieden, wenn im Rahmen einer Antragsdiskussion, die ja hier möglich gewesen wäre, beispielsweise im Rahmen unseres Dringlichkeitsantrages, sich der Herr Landesrat herstellt oder jemand von der Mehrheitsfraktion dieses Hauses herstellt oder der Herr Landeshauptmann herstellt und einmal diskutiert mit uns und sagt, okay, im Mai verordnen wir das. Und hier haben wir es und da können sie es überprüfen was wir im Mai verordnen. Das hätte ich mir erwartet. In Niederösterreich ist noch nicht einmal die Ursachenforschung fertig. Von einem Maßnahmenkatalog ganz zu schweigen. Das sind die Unterschiede zu Oberösterreich. *(Beifall bei den Grünen.)*

Und es soll niemand sagen, meine Damen und Herren, wir hätten das nicht gewusst. Soll niemand sagen, man wäre nicht darauf hingewiesen worden. Ich habe schon erwähnt, dass schon im Jahr 2001 das Umweltbundesamt darauf hingewiesen hat. Ich darf dazu erwähnen, dass in Niederösterreich das Problem seit 2002 gemessen wird und dass es ganz konkrete Fristen gegeben hat die man einfach ignoriert hat. Es gibt keinen Feinstaub, es gibt kein Immissionsschutzgesetz, es gibt keine Zuständigkeit der Landesregierung Niederösterreich in diesem Fall. Das ist die Politik die in Niederösterreich betrieben wird.

Auch wir haben darauf hingewiesen. Wir haben Mitte 2004 einen Antrag hier im Landtag in der Budgetdebatte gestellt, wo wir gesagt haben, bitte, ihr seid säumig, ihr müsstet längst einen Statusbericht vorlegen, ihr müsstet längst Maßnahmen ergreifen. Und wir sind niedergestimmt worden. Weil das Interesse der Parteien in Niederösterreich den Feinstaub schlicht und ergreifend ausklammert. Es gibt ihn nicht in Niederösterreich! *(Beifall bei den Grünen.)*

Und daher darf ich neuerlich einen Resolutionsantrag einbringen *(liest:)*

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Fasan, Dr. Petrovic, Dr. Krismer und Weiderbauer zum Verhandlungsgegenstand Ltg.-410/V-11/5 - Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens betreffend Maßnahmen des Landes Niederösterreich zur Reduktion der Feinstaubbelastung." –

Und darf sagen, dass das eine integrale Vorsorgemaßnahme zum Gesundheitswesen bedeutet. Und deshalb darf ich ihn gerade beim Gesundheitswesen einbringen und nicht beim Umweltbericht. Sondern hier, weil es um die Gesundheit der Menschen geht und weil es um die Krankheiten geht die ich gerade aufgezählt habe die es zu behandeln gilt, für die es das Krankenanstaltenwesen entsprechend zu finanzieren gilt. -

„Niederösterreich leidet immer stärker unter der steigenden Feinstaubbelastung. Unter Feinstaub (PM 10) versteht man kleinste Schwebeteilchen, mit einem Durchmesser von weniger als 10 µm.

Feinstaub ist besonders gesundheitsgefährdend, weil die winzigen Teilchen bis tief in die Lunge vordringen können und über das Blut in viele Körperorgane gelangen können. Chronische Bronchitis, Asthma, Lungenkrebs und Herz-Kreislaufschäden sind die häufigsten Konsequenzen. Vor allem Kinder, Senioren und Risikogruppen sind besonders betroffen. Einem Bericht der EU–Kommission zufolge kam es in Österreich bereits im Jahr 2000 aufgrund der Feinstaubbelastung zu über 4.600 vorzeitigen Todesfällen. Nach dieser Studie traten bundesweit in diesem Jahr ca. 2.300 Fälle an chronischer Bronchitis sowie 63.000 (!) Fälle medikamentöser Versorgung von Kindern aufgrund von Atemwegserkrankungen als Folge der Feinstaubbelastung auf." –

Und ich unterbreche jetzt meinen Text. Und sage: Wenn im Gesundheitswesen, auch in Zusammenführung durchaus im richtigen Ansatz hier formuliert ist im Antrag, auch in Zusammenführen von extra- und intramuralen Einrichtungen 63.000 Personen jährlich behandelt werden müssen auf Grund der Feinstaubbelastung, der sie täglich ausgesetzt sind und gegen die die Landesregierung nichts unternimmt. *(Abg. Kautz: Das ist deine These!)*
Ja bitte, wo sollen wir dann darüber diskutieren als nicht hier im Landtag und die Säumigkeit der Landesregierung einfordern. Ich darf im Text fortfahren: -

„In den Jahren 2002, 2003 und 2004 wurde der Feinstaub – Jahresgrenzwert von 50 µg/m³ Luft in Niederösterreich an mehreren Messstellen deutlich überschritten. Laut ‚Jahresbericht der Luftgütemessungen in Österreich 2003' wurde der PM10 Feinstaubgrenzwert im Jahr 2003 an den Messstellen in Amstetten, Großenzersdorf, Mannswörth, Mödling, Schwechat, St. Pölten, Stockerau, Vösendorf und Wr. Neustadt häufiger als 35 mal überschritten! Am Europaplatz in St. Pölten ist die zulässige Anzahl der insgesamt 30 zulässigen Jahresgrenzwert-Überschreitungen bereits jetzt aufgebraucht! Auch in anderen Städten (Klosterneuburg, Stockerau, Vösendorf, Schwechat, Amstetten u.a.m.) droht bereits jetzt eine Überschreitung des Jahresgrenzwertes.

Das ‚Immissionsschutzgesetz – Luft' sieht vor, dass der Landeshauptmann …" –

Und da darf ich jetzt noch einmal unterbrechen. Sieht vor, wörtlich der Landeshauptmann, weil es sich um mittelbare Bundesverwaltung handelt. Ich wundere mich ja dass der Herr Landeshauptmann, der sonst so eloquent ist zu dem Thema überhaupt noch nicht Stellung genommen hat. Aber ich darf im Text fortfahren. –

„… 9 Monate nach der Grenzwertüberschreitung eine Ursachenforschung (‚Statusbericht') vorlegen muss. Weitere 6 Monate danach hat der Landeshauptmann per Verordnung einen Maßnahmenkatalog zu erlassen. In Niederösterreich liegt trotz jahrelanger Grenzwertüberschreitungen noch nicht einmal ein Statusbericht vor.

Obgleich es unerlässlich ist, den von der Landesregierung bereits angekündigten und in Fertigstellung begriffenen Statusbericht abzuwarten, erscheinen untenstehende Maßnahmen jedenfalls für geeignet, in einen längst überfälligen Maßnahmenkatalog aufgenommen zu werden:

- Förderprogramm für Partikelfilter: wie auch in Oberösterreich soll die Landesregierung eine Förderung für die Umrüstung von Altautos mit Partikelfiltern gewähren
- Nachrüstung des Landesfuhrparks: Sämtliche Dieselfahrzeuge der Landesregierung (LKWs und Dienstwägen) sollten schrittweise aber zügig nachgerüstet werden
- Förderung des öffentlichen Verkehrs: Das NÖ - Straßenbaubudget (355,5 Mio. €) macht derzeit das 8–fache des Budgets für den öffentlichen Verkehr (43,5 Mio. €) aus
- Ausweitung der Unterstützungsangebote für Gemeinden hinsichtlich der Verbesserung der Maßnahmen für den Fußgänger- und Radverkehr
- Betriebsberatung für Industrie und Gewerbe" –

Ich darf auf den Herrn Landesrat Plank eingehen der gemeint hat keine Panik und es ist nicht nur der Verkehr. Da geben wir ihm Recht. Natürlich ist es nicht nur der Verkehr. Aber es sind auch Maßnahmen im Verkehr zu setzen. -

- „Verstärkte Kontrolle für Industrie und Gewerbe hinsichtlich der Einhaltung ihrer Emissionsauflagen
- Maßnahmen für die bodennahe Gülleausbreitung, um die gefährliche Vorläufersubstanz Ammoniak zu reduzieren
- Fortsetzung der Maßnahmen zur Reduktion des Hausbrandes" –

Ich gestehe gerne zu, dass die Landesregierung hier einiges getan hat. Ich erinnere an die Heizkesseltauschaktion, an die Wohnbauförderung und vieles mehr. Durchaus selbstverständlich. Ich stehe durchaus nicht an das auch positiv zu erwähnen. Aber es geht um den gesamten Maßnahmenmix. -

- „Maßnahmen gegen die Staubentwicklung auf Baustellen und im Schotterabbau.

Die Gefertigten stellen daher gem. § 60 LGO folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung – insbesondere der in der Materie zuständige Landeshauptmann – wird aufgefordert,

- die überfällige Statuserhebung betreffend die Feinstaubbelastung in Niederösterreich unver-

züglich zu veröffentlichen“ – wenn er es jemand anderen erzählt hat keiner was davon – „und

- den in der Antragsbegründung skizzierten, überfälligen zugehörigen Maßnahmenkatalog der Landesregierung unverzüglich zur Beschlussfassung vorzulegen und anschließend ohne Aufschub umzusetzen.“

(Zweiter Präsident Sacher übernimmt den Vorsitz.)

Und ich ersuche Sie nicht im Sinne der Umweltpolitik um Ihre Zustimmung, sondern ich ersuche Sie um der Gesundheitspolitik dieses Landes Willen um Ihre Zustimmung. Denn wir reden hier über die Gesundheit der Menschen, über die Gesundheit der Kinder, über die Gesundheit der alten Menschen. Über die Gesundheit der Risikogruppen und in diesem Sinne bitte ich Sie um die Zustimmung zu diesem Antrag. *(Beifall bei den Grünen.)*

Zweiter Präsident Sacher: Als nächster Redner ist Herr Abgeordneter Kernstock zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kernstock *(SPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ein paar Worte zu meinem Vorredner. Ich möchte hier nicht eine Diskussion über die Feinstaubbelastung vom Zaun brechen. Es ist auch selbstverständlich uns Sozialdemokraten diese Problematik sehr, sehr wichtig und ich verweise auf eine Presseaussendung, die die Sozialdemokraten gestern herausgegeben haben. Wir haben begrüßt, dass die NÖ Landesregierung die Anschaffung zehn moderner Staubmessgeräte im Betrag von 219.000 Euro beschlossen hat. Heute Abend, meine Damen und Herren, und vor allem an die Adresse der Grünen, wird ein Abendgespräch zu diesem Thema stattfinden in der NÖ Landesakademie um 18.30 Uhr. Wir werden selbstverständlich anwesend sein. Ich bin schon gespannt, ob die Grünen hier dementsprechend auch dabei sind. Selbstverständlich werden wir uns dieser Thematik auch im Hohen Haus annehmen.

Aber nun zum eigentlichen Tagesordnungspunkt zurück. Die vorliegende Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG ist meines Erachtens eine sehr komplexe, schwierige und umfangreiche Materie. Vieles wurde bereits von meinen Vorrednern gesagt und aus diesem Konvolut zitiert. Aber was sind nun tatsächlich die Eckpunkte dieser vorliegenden Gesetzesmaterie?

Die bereits im Jahr 2001 in Kraft getretene Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung war bis zum Ende des Jahres 2004 befristet.

Das Regierungsprogramm für die 22. Gesetzgebungsperiode 2003 bis 2006 sieht unter anderem folgende Punkte vor: Die Formulierung von österreichweiten Gesundheitszielen. Österreichweite Umwidmung von 10.000 und Abbau von 6.000 Akutbetten bis zum Jahre 2006. Bundesländerübergreifende, österreichweite Leistungsangebotsplanung für den niedergelassenen und stationären Bereich unter Berücksichtigung von Überkapazitäten und Vorsorgelücken.

Sanktionsmechanismen für die Umsetzung von ÖKAP und Großgeräteplanung. Richtlinien zur ökonomischen Verschreibweise sind in ganz Österreich einheitlich für alle Krankenanstalten einschließlich Privatkrankenanstalten zur Anwendung zu bringen. Einrichtung von Landesgesundheitsfonds zur Nutzung von Synergieeffekten, die als Instrumente einer gesamthaftenden regionalen Planung, Steuerung und Finanzierung im Gesundheitswesen dienen.

Ziel des ab 2005 neu zu vereinbarenden Factpaketes ist es, bei der Krankenanstaltenfinanzierung die Kostensteigerung der Hauptverbandes um 250 Millionen Euro zu reduzieren.

Ab Herbst 2003 wurde seitens des Bundesministeriums für Gesundheit und Frauen eine Mehrheit an Gesundheitsdialogen organisiert, wobei auch der Bereich der Krankenanstaltenfinanzierung behandelt wurde. Im April 2004 haben die Länder ein Memorandum zum Finanzausgleich 2005 herausgebracht, wobei im Abschnitt Krankenanstaltenfinanzierung unter anderem zusätzliche Mittel im Ausmaß von über 1 Milliarde Euro, geänderte Valorisierungsbestimmungen der Beitragsleistungen der Sozialversicherung und des Bundes, geänderte Zahlungstermine für die Sozialversicherung sowie eine Vorsorgeleistung der Sozialversicherung für zwischenstaatliche Betreuungsfälle gefordert wurden.

Im Frühjahr 2004 wurden seitens des Bundesministeriums Entwürfe für eine neue Art. 15a-Vereinbarung, ein Gesundheitsagenturengesetz sowie einen österreichischen Strukturplan 2005 erarbeitet. Mitte September 2004 begannen schließlich die Verhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern über die Neuregelung der Kranken-

anstaltenfinanzierung bzw. die Reform des Gesundheitswesens. Wobei diese stets in unmittelbarer Folge von Finanzausgleichsverhandlungen stattfanden. Am 25. Oktober des vergangenen Jahres erfolgte schließlich die politische Einigung über den Finanzausgleich.

Mit der nunmehr akkordierten Artikel 15a-Vereinbarung wollen Bund und Länder folgende Ziele erreichen: Überwindung der strikten Trennung der einzelnen Sektoren des Gesundheitswesens und Erreichung einer besseren Abstimmung in der Planung, Steuerung und Finanzierung des gesamten Gesundheitswesens, längerfristige Sicherung der Finanzierbarkeit des österreichischen Gesundheitswesens durch Maßnahmen zur Kostendämpfung und Effizienzsteigerung bzw. Steuerung im Gesundheitswesen, Unterstützung von Vorsorgemaßnahmen und flächendeckende Sicherung und Verbesserung der Qualität im gesamten österreichischen Gesundheitswesen.

Welche Maßnahmen werden zur Zielsetzung gesetzt? Zur Planung und Steuerung des gesamten Gesundheitswesens im Wege einer Gesamtverantwortung der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung durch die Finanzierung der Gesundheitsversorgung sollen auf Bundesebene eine Bundesgesundheitsagentur und auf Landesebene Gesundheitsplattformen eingerichtet werden. Wobei aber noch hier in Niederösterreich die genauen Strukturen erarbeitet werden. Diesbezüglich hat unser Gesundheitslandesrat Emil Schabl bereits konkrete Vorstellungen in die Diskussion eingebracht.

Das Land Niederösterreich sowie die Sozialversicherungen sollen jedoch laut vorliegendem Plan zu gleichen Teilen vertreten sein. Nach § 84a Abs.3 ASVG hat die jeweils örtlich zuständige Gebietskrankenkasse Vertreter in die Gesundheitsplattform zu entsenden. Hiebei hat sie auch auf die Interessen der Betriebskrankenkassen Bedacht zu nehmen. Die genannten Sozialversicherungsträger wie Versicherungsanstalt der Österreichischen Eisenbahnen und Bergbau, die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt, die Pensionsversicherungsanstalt, die Sozialversicherungsanstalt der Gewerblichen Wirtschaft, die Sozialversicherung der Bauern und die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter entsenden Vertreter, wobei auf die Wahrung der aus der Selbstverwaltung erfließenden Rechte besonders zu achten ist. Hinsichtlich der Beschlussfassungen in den Gesundheitsplattformen der Landesgesundheitsfonds ist zu beachten, dass die Sozialversicherungen in Angelegenheiten, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, nicht vom Land überstimmt werden. Allgemein gilt der Grundsatz des Zustimmungserfordernisses in Angelegenheiten, die in den jeweiligen Zuständigkeitsbereich fallen. Dies gilt auch für Beschlüsse in Angelegenheiten, die in den Zuständigkeitsbereich der Länder fallen.

Strukturmaßnahmen, die zu Leistungsverschiebungen zwischen dem intra- und extramuralen Bereich auf Landesebene führen, sind zwischen dem jeweiligen Land und der Sozialversicherung im Voraus konkret zu vereinbaren. Dabei sollen sowohl das Land als auch die Sozialversicherung von diesen Verschiebungen im sogenannten Kooperationsbereich profitieren. Die Bundesgesundheitsagentur erarbeitet Leitlinien für den Kooperationsbereich. Zur Förderung derartig gemeinsam vereinbarter Strukturvereinbarungen oder diesbezüglicher Projekte sind mittels eines Reformpools Mittel bereitzuhalten. Dafür sind in den Jahren 2005 und 2006 mindestens ein Prozent, in den Jahren 2007 und 2008 mindestens zwei Prozent der Gesamtmittel für den intra- und extramuralen Bereich vorzusehen.

Zur Gewährleistung eines patientenorientierten, rasch, reibungslos und lückenlos effizienten und sinnvollen Betreuungsverlaufes ist das Management an den Nahtstellen im Gesundheitswesen zu verbessern. Dazu hat die Bundesgesundheitsagentur Rahmenvorgaben im Hinblick auf Struktur, Prozesse und gewünschte Ergebnisse festzulegen.

Der bisherige österreichische Krankenanstalten- und Großgeräteplan, ÖKAP genannt in der Abkürzung, wird durch den österreichischen Strukturplan Gesundheit, Abkürzung ÖSG, ersetzt. Die Sozialversicherung hat in den Verhandlungen erreichen können, dass derzeit der zuletzt vereinbarte Stand des ÖKAP bis Mitte 2005 evaluiert wird und jedenfalls bis zum Ablauf des Jahres 2005 in Kraft bleibt.

Ebenfalls in dieser Vereinbarung vorgesehen wurden die Bestimmungen über die Gesundheitstelematik und die elektronische Gesundheitsakte. Zu diesem Zweck soll die Anwendung von Informationstechnologien ausgebaut werden um sowohl die ökonomischen Potenziale von Informations- und Kommunikationstechnologien zu nützen, als auch eine Harmonisierung den nationalen Vorgangsweisen mit Programmen und Maßnahmen auf europäischer Ebene sicherzustellen. Insbesondere soll die Einführung und der Ausbau einer elektronischen Gesundheitsakte sowohl die elektronische Arzneimittelverschreibung und Abrechnung vorangetrieben werden.

Mein Resümee des bisher Gesagten: Die aktuelle Artikel 15a-Vereinbarung geht über ihre Vorgängerin hinaus. Eine Grundlage für eine umfassende Reform des Gesundheitswesens ist sie allerdings nicht. Ausgehend von dem Grunde allseits und seit langem bekannter Struktur- und Finanzprobleme stellt sie als Verhandlungsergebnis den Versuch dar, dass alle Finanzierungsträger in gemeinsamer Verantwortung das Gesundheitswesen mitgestalten und so gesamtwirtschaftlich sinnvolle Anpassungen in die Wege leiten. Inwieweit eine fruchtbare Zusammenarbeit in den neuen Gremien tatsächlich effektuiert wird, bleibt dennoch abzuwarten.

Die Sozialdemokratische Fraktion im NÖ Landtag wird diesem Antrag die Zustimmung erteilen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zweiter Präsident Sacher: Als nächster Redner gelangt Herr Abgeordneter Mag. Heuras zu Wort.

Abg. Mag. Heuras *(ÖVP)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Herren der Landesregierung! Hohes Haus!

Der Finanzausgleich des Herbstes 2004, der meiner Meinung nach sehr erfolgreich, federführend von Wolfgang Sobotka für Niederösterreich verhandelt wurde führt zwangsläufig zu dieser neuen Vereinbarung zwischen Bund und Ländern. Zu dieser 15a-Vereinbarung im Bereich des Gesundheitswesens, zur Schaffung von Landesgesundheitsfonds-Plattformen, zu einer Bundesgesundheitsagentur, zu einer gemeinsamen Planung, Steuerung und Finanzierung des Gesundheitswesens mit besonderer Berücksichtigung des extramuralen und intramuralen Bereiches.

Und bei einem so zentralen Thema für unsere Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher ist es für mich schon enttäuschend, wenn die beiden Redner der Grünen mehr als 80 Prozent der Zeit darauf verwenden nicht über die Gesundheit in Niederösterreich zu reden sondern einzig und allein … *(Abg. Mag. Fasan: Na ist das nicht über Gesundheit? Ich habe über Asthma, Lungenkrebs etc. geredet!)*
Du hast 13 Minuten in Wahrheit über die Feinstaubproblematik gesprochen. (*Neuerliche Unruhe bei den Grünen.)*

Du hast über ein Detail 13 Minuten, zu 100 Prozent deiner Zeit gesprochen. Und es ist für mich, sage ich ganz offen, für mich, und ich glaube auch für viele Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher, glaube ich, schon enttäuschend wenn man das Thema, das so wichtige Thema der Gesundheit ausschließlich für parteipolitische Zwecke, und ich sage jetzt ... *(Abg. Dr. Krismer: Feinstaub hat kein Mascherl!)*
... und ich sage jetzt schon bewusst missbraucht. Weil das Thema der Gesundheit ganz einfach den Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern besonders wertvoll ist! *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Mag. Fasan: Eben drum!)*

Ich möchte daher auch wirklich zu dem Thema sprechen und hier wirklich die Gesundheit der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher in den Mittelpunkt rücken. Gestattet mir bitte allerdings eine Vorbemerkung. Und zwar eine ganz grundsätzliche Feststellung und eine grundsätzliche Vorbemerkung. Ich habe mir im Zuge der heurigen Gemeinderatswahl ganz einfach einmal überlegt, was sollen denn deine persönlichen Leitlinien der Zukunft sein? Was sollen denn die persönlichen Leitgebote, Leitlinien, Leitpflöcke meines persönlichen politischen Handelns in der Zukunft sein? Und diese Leitlinien sind nicht nur auf die kommunale Ebene reduzierbar, sondern sie gelten auf Landesebene, Bundesebene und auf allen anderen Ebenen. Und diese für mich so wichtigen Grundsätze sind die Folgenden:

Das eine ist die Effizienz. Unter Effizienz verstehe ich ganz einfach einen sparsamen, wirtschaftlichen Umgang mit dem Steuercent, mit dem Steuereuro des Bürgers und der Bürgerin, mit maximaler Wirkung. Effizienz ist daher ein Gebot der Stunde bei all unserem politischen Handeln.

Das Zweite, und das scheint mir fast noch wichtiger: Das Zweite ist das Gebot der Nachhaltigkeit unseres politischen Handelns. Dieser Begriff der Nachhaltigkeit wird immer sehr locker und leichtfertig daher gesagt. Was verstehe ich unter Nachhaltigkeit? Nachhaltigkeit ist für mich, die Bedürfnisse der jetzigen Generation zu befriedigen, ohne aber dabei die Bedürfnisse späterer Generationen zu behindern. Ohne dabei die freie Wahl des Lebensstils künftiger Generationen einzuschränken. Ohne die Möglichkeiten unserer Kinder und der nächsten Generation zu bremsen, zu schmälern und zu blockieren. Das verstehe ich unter Nachhaltigkeit. Und daher sollten wir auch alle unsere politischen Akzente und Handlungsweisen aus dem Blickwinkel der Nachhaltigkeit betrachten.

Das Dritte, das halte ich aber für selbstverständlich, ist die Bürgernähe. Und beim heutigen Thema die Patientennähe. Und wenn ich mir nun diese drei Begriffe ansehe und mit dem vorliegenden Konvolut und mit der vorliegenden 15a-Verein-

barung anschaue, so stelle ich eine hohe Affinität fest.

Punkt 1 Effizienz: Wenn man dieses Werk hier genau durchliest, so stellt man klare Richtlinien im Hinblick auf die Qualität fest. In Form von Vernetzung, von Bündelung von Kräften, extramural, intramural. In Form der Forderung, das leistungsorientierte Krankenhausfinanzierungsmodell auch auf andere Bereiche anzuwenden. Schwerpunkte zu setzen in der medizinischen Versorgung. Für alle die medizinische Versorgung auch in der Zukunft zu sichern. Oder aber auch – das ist heute noch zu wenig besprochen worden – der verstärkte Einsatz der EDV und der Informationstechnologie, um Behandlungspfade leichter zu machen, um Doppelgleisigkeiten abzubauen. Um Daten pendeln zu lassen und nicht den Patienten mehrmals auf die selbe Krankheit hin zu untersuchen. Das verstehe ich unter Effizienz. Die scheint mir hier gegeben.

Der zweite Punkt, die Nachhaltigkeit. Wer das genau durchliest, der erkennt vor allem die Absicht, unser Gesundheitswesen in hoher Qualität auch für die Zukunft flächendeckend für alle ohne Rücksicht auf das Einkommen für jeden, egal aus welcher sozialen Schicht er kommt, für jeden in hoher Qualität auch in Zukunft leistbar, finanzierbar und möglich zu machen. Und das halte ich für den wesentlichen Punkt im vorliegenden Werk.

Und was mir auch gefällt ist der große Stellenwert der Gesundheitsvorsorge, was zwar hier kritisiert wurde von den Grünen, aber gerade die Gesundheitsvorsorge erscheint bei den Zielen an erster Stelle genannt. Und daher, glaube ich, kommt hier der Gesundheitsvorsorge, der Prävention, ein besonderer Stellenwert zu. Ich sage es an ein paar Beispielen. Gerade jetzt nach der geschlagenen Gemeinderatswahl, nach der Konstituierung der Gemeinderäte wäre es auch wichtig, in allen Gemeinden die Gesunde Gemeinde, das Forum Plattform Gesunde Gemeinde wieder besonders zu forcieren. In unseren Gemeinden das Bewusstsein der Vorsorge, das Bewusstsein der Gesundheit in den Mittelpunkt zu rücken.

Eines erscheint mir immer ein wenig grotesk zu sein. Es ist selbstverständlich, dass wir mit unseren Autos nicht nur zur Reparatur fahren, sondern regelmäßig zum Service. Es ist selbstverständlich, dass wir beim Auto „Vorsorgeuntersuchungen“ machen. Es ist selbstverständlich, dass beim Auto präventiv gehandelt wird. Nur bei der „eigenen Karosserie“ fahren wir fast ausschließlich in die Werkstätte zur Reparatur. Es fehlt mir die Einstellung zum Service. Es fehlt mir die verstärkte Bewusstmachung, dass auch Service in der Gesundheit und im Gesundheitsbereich einen besonderen Stellenwert hat. Und hier finde ich im vorliegenden Werk sehr wohl einige Akzente, die Menschen auch zu animieren, regelmäßig und öfters zum Service zu gehen oder Maßnahmen zu setzen um Krankheiten zu verhindern.

Und da sei noch ein Punkt erwähnt. Eines unserer Hauptprobleme in der Gesundheitspolitik ist sicher Folgendes: Dass es Gottseidank gelungen ist, die Lebenserwartung hinaufzuschrauben, um viele Jahre hinaufzusetzen im Laufe der Jahrzehnte. Das Problem ist allerdings, dass diese hohe Lebenserwartung mit der Gesundheitserwartung nicht deckungsgleich ist. Das heißt, wir haben natürlich die Jahre der Krankheit enorm verlängert. Und daher glaube ich, das sollten wir uns auch leisten, das ist auch gut so. Aber ich glaube, wir sollten die Gesundheitserwartung und die Lebenserwartung doch ein Stück zusammenführen. Vor allem durch verstärkte Vorsorge, durch Vorbeugung und Prävention. Und das ist hier ganz zentral in diesem Werk für mich zu finden. *(Abg. Mag. Fasan: Prävention!)*
Prävention. Habe ich soeben erwähnt was ich damit meine. Und hier erscheint mir auch die Bewegung von Wolfgang Sobotka ins Leben gerufen „Tut gut“, diese bewusstseinsbildende Maßnahmen im Bereich der Ernährung, der Bewegung, der Entspannung, der Vorsorge auch ein ganz wichtiger zentraler Punkt im Hinblick auf diese Gesundheitsvorsorge. Und Niederösterreich hat hier einige Akzente bereits gesetzt und sie finden sich hier drinnen wieder.

Zum dritten Bereich, den ich angesprochen habe, Bürgernähe, Patientennähe, das halte ich für selbstverständlich. Und wenn die Grünen sagen, sie können dem Vorliegenden nicht zustimmen, dann hat man offensichtlich die Präambel nicht gelesen. Ich darf kurz nur einmal die Präambel Wort für Wort, Text für Text der vorliegenden Vereinbarung zur Kenntnis bringen, denn offensichtlich hat man sie nicht gelesen. Da heißt es wörtlich. Und ich lese es deswegen vor, weil ich mich frage, warum man das nicht unterstützen kann. Hier heißt es wörtlich: Die Vertragsparteien verbinden mit dieser Vereinbarung die Absicht, auch in Zukunft eine qualitativ hochwertige, solidarische, effektive und effiziente, allen frei zugängliche und gleichwertige Gesundheitsversorgung in Österreich sicherzustellen. Das solidarische Gesundheitssystem soll erhalten und verbessert werden. Eine hochstehende medizinische Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von Einkommen ist vorrangiges Ziel. Die Finanzierbarkeit des österreichischen Gesundheitswesens soll unter Berücksichtigung der finanziellen Rahmenbedingungen

und eines möglichst effizienten Mitteleinsatzes durch eine gesamthafte regionale Planung, Steuerung und Finanzierung abgesichert werden. Und ich lass jetzt einige Zeilen aus, und dann heißt es: Dazu kommen die Vertragsparteien überein, unter Einbeziehung der intra- und extramuralen Bereiche alle Möglichkeiten wahrzunehmen, um – und jetzt kommen diese Punkte die ich bereits erwähnt habe - und da steht an erster Stelle Maßnahmen der Gesundheitsförderung und dann geht's Punkt für Punkt weiter.

Ich erkenne darin die ganz klare Absicht, das NÖ Gesundheitswesen effizient zu gestalten, nachhaltig und leistbar zu gestalten und vor allem sehr kunden- und patientennah zu gestalten. Ich erachte das als einen zielorientierten, zukunftsorientierten, vernünftigen Weg. Dem wir natürlich auf Grund dieser Fakten gerne zum Unterschied von euch gerne unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Sacher: Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Dipl.Ing. Plank. Ich erteile ihm das Wort.

LR Dipl.Ing. Plank *(ÖVP)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Sie gestatten, dass ich in dieser Gesundheitsdebatte doch ein paar Worte spreche angesichts des Feinstaubdrives, der doch in einigen Bereichen aufgekommen ist. Ich möchte Ihnen an dieser Stelle auch klar und deutlich sagen, dass wir im Rahmen und gerade im Hinblick auf Gesundheitsvorsorge dieses Thema seitens der Landesregierung sehr ernst nehmen. Aber gleichzeitig auch feststellen, dass wir bei aller Diskussion die Kirche im Dorf lassen müssen. Ich glaube, da stimmen Sie mir alle zu.

Denn ich glaube, ich habe das Thema sehr grundsätzlich und sehr langfristig anzugehen und wir haben keinesfalls die Menschen zu verunsichern. Denn es ist immer noch besser hinauszugehen als durch eine falsche Diskussion möglicherweise die Leute in Angst und Sorge möglicherweise in verrauchten Räumen zu lassen wo die Feinstaubbelastung ein Vielfaches beträgt gegenüber der guten Luft die draußen ist.

Ich möchte das nur sehr allgemein sagen, denn das ist unser konkreter politischer Ansatz. Wir hatten Überschreitungen, wir haben immer am Ende der Winterperiode die bekannten Probleme gerade in trockenen Jahren. Und das Land Niederösterreich, die Zuständigen in der Landesregierung, haben daraufhin diesen Statusbericht in Auftrag gegeben, der vorgesehen ist. Wir erwarten in diesen Tagen das Endergebnis und er wird Grundlage sein für ein Maßnahmenpaket das seitens der Landesregierung erstellt werden wird über den Sommer. Ich erinnere was gestern auch aus Wien zu hören war, eine ähnliche Situation. Und damit soll dann im Herbst dieser Maßnahmenkatalog auch vorliegen, der für mich ein paar Grundsätze zu erfüllen hat.

Erstens: Maßnahmen die da drinnen stehen sollen sinnvoll sein. Und die Chance haben, dass sie durchgesetzt und akzeptiert werden. Das steht für mich sehr weit oben. Das Zweite ist, wir brauchen einen Dialog über die Bundesländergrenzen hinweg. Und ich bin längst in Kontakt mit Kollegen Anschober in Oberösterreich, mit Ulli Sima in Wien. Weil wir dieses Thema einfach haben und einen sehr hohen Fremdfrachtanteil gerade im Osten Österreichs, und der ist eben nur überregional zu diskutieren und ihm möglicherweise auch zu begegnen.

Das Dritte, das gehört auch zu meinem Verständnis zu dieser sensiblen Frage, auch das Angebot in der Erstellung dieses Maßnahmenpaketes mit Ihnen, mit den politischen Gruppen sozusagen diese Frage offensiv zu diskutieren. Ich bedanke mich wirklich an dieser Stelle neben unseren Vertretern von Wirtschaft, Landwirtschaft auch bei der SPÖ, die ihre Bereitschaft, hier sehr offensiv hineinzugehen, bereits angekündigt hat. Aber das Angebot gilt prinzipiell von meiner Seite für alle.

Dann sollen solche Maßnahmen natürlich auch machbare Maßnahmen sein, die umgesetzt werden, so wie wir im Land Niederösterreich für unseren Bereich, wo wir konkret und schnell agieren können, auch für das heurige Jahr konkret schon Aktivitäten gesetzt haben. Im Hinblick der Neubeschaffung von Pkw, die Dieselmotoren haben mit Partikelfilter. Konkret zu überprüfen wo gibt Nachrüstung einen Sinn. Auch die Frage sozusagen im Rahmen Förderungsmöglichkeiten, haben die Sinn, bringen wir damit effiziente Ergebnisse oder nicht?

Und das Dritte, wo auch jeder, der in der kommunalen Verantwortung steht, glaube ich, seinen Teil auch schon gebracht hat, dahingehend den Streusplitt in dieser trockenen Endwinterphase möglichst schnell wieder wegzukriegen.

Das ist punktuell etwas. Wir brauchen den gesamten Rahmen, wir werden diesen Rahmen in der notwendigen Zeit auch auf den Tisch bringen - und wir müssen natürlich in vielen Bereichen auch Bewusstseinsänderungen zustande bringen -, die dann Chance haben dass wir sie schaffen, wenn

die Menschen, die Betroffenen auch das Gefühl haben, dass hier etwas Ordentliches, Sinnvolles und Langfristiges zur Diskussion steht. Das ist unser Weg! Das ist auch unsere Verantwortung. Und ich meine, dass dieses Thema der langfristigen Gesundheitsvorsorge diesen Stellenwert braucht der ihm zusteht, nämlich sehr ernst, sehr konsequent, aber auch in dem Rahmen wo tatsächlich es Sinn gibt. Damit, glaube ich, sind wir gut aufgestellt auch im österreichischen, im europäischen Wettbewerb.

Die Antworten seitens des Landes Niederösterreich werden hier nicht in irgendeiner Form warten, sondern sie werden sehr konkret sein. Sie werden aber so sein, dass es uns gelingt, die Verantwortlichen, die Menschen in diesem Lande für diese Frage nicht nur zu sensibilisieren, sondern sie ein gutes Stück auf dem Weg dorthin zur Zielerreichung mitzunehmen. Die Sorge um die Gesundheit ist natürlich hier ganz, ganz vorne zu erwähnen. Ich bedanke mich! *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)*

Zweiter Präsident Sacher: Damit ist die Rednerliste zu diesem Tagesordnungspunkt erschöpft. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. Dworak *(SPÖ)*: Ich verzichte!

Zweiter Präsident Sacher: Er verzichtet auf das Schlusswort. Hoher Landtag! Wir kommen damit zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Gesundheits-Ausschusses:)* Das ist gegen die Stimmen der Grünen von den übrigen Landtagsparteien mit Mehrheit angenommen!

Es wurde ein Resolutionsantrag eingebracht. Nach Studium der Landtagsgeschäftsordnung komme ich zur Auffassung, dass ich diesen Antrag nicht zur Abstimmung bringe, da kein unmittelbarer und formaler Zusammenhang mit dem soeben abgestimmten Antrag, einem 15a-Vertrag zwischen Bund und Land, besteht, sehr geehrte Damen und Herren.

Zum nächsten Tagesordnungspunkt beabsichtige ich, die Geschäftsstücke Ltg. 412/B-1 und Ltg. 387/B-2/4 wegen des sachlichen Zusammenhanges gemeinsam zu verhandeln. Berichterstattung und Abstimmung werden jedoch getrennt erfolgen. Wird gegen diese Vorgangsweise ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall. Ich ersuche Herrn Abgeordneten Ing. Hofbauer, zuerst zum Geschäftsstück Ltg. 412/B-1 und danach zu Ltg. 387/B-2/4 zu berichten.

Berichterstatter Abg. Ing. Hofbauer *(ÖVP)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zu Ltg. 412/B-1 und zwar zum Sammelantrag des Rechnungshof-Ausschusses über die Berichte des NÖ Landesrechnungshofes.

Dieser Sammelantrag beinhaltet die Kontrolle Hochwasserschutz, Nachkontrolle, das Landes-Pensionisten- und Pflegeheim Scheiblingkirchen, die Landwirtschaftliche Fachschule Obersiebenbrunn und die IT-Ausstattung in der Baudirektion und den Gebietsbauämtern I-V.

Im Namen des Rechnungshof-Ausschusses stelle ich den Antrag *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Berichte des NÖ Landesrechnungshofes werden zur Kenntnis genommen.

2. Die Landesregierung wird aufgefordert, durch geeignete Maßnahmen Sorge zu tragen, dass den in diesem Bericht dargelegten Auffassungen des Rechnungshof-Ausschusses entsprochen wird."

Weiters berichte ich zu Ltg. 387/B-2/4. Dies ist der Antrag des Rechnungshof-Ausschusses betreffend den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über Kostenfaktoren im Schulwesen und Maßnahmen betreffend das Produktionspotenzial für Wein. Hier stelle ich den Antrag *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über Kostenfaktoren im Schulwesen und Maßnahmen betreffend das Produktionspotenzial für Wein wird zur Kenntnis genommen."

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, zu diesen beiden Geschäftsstücken die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

Zweiter Präsident Sacher: Ich danke für den Bericht und eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt als erster Redner Herr Abgeordneter Kautz.

Abg. Kautz *(SPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Der Rechnungshof hat wieder seinen Sammelbericht erstellt. Und gestatten Sie mir, dass ich mich ein bisschen mit dem Landes-Pensionisten- und Pflegeheim Scheiblingkirchen beschäftige.

Wenn man weiß, dass das Haus 1973 eröffnet wurde, also nun 32 Jahre in Betrieb ist, dann weiß man wie ein Bauzustand nach 32 Jahren Benut-

zung mit relativ wenig Umbauarbeiten, Sanierungsarbeiten ausschaut. Hier wurde wohl 1987 das erste Mal versucht eine Umbautätigkeit durchzuführen, nämlich dass man Wohnbetten in Pflegebetten umgewandelt hat.

Wobei ich feststellen muss, dass dieses Haus in der damaligen, in der ersten Konzeption als Pensionistenheim erbaut wurde. Das heißt, bei einem Pensionistenheim hat man andere Vorstellungen als beim Pflegeheim. Ich denke nur an gleiche Höhen bei den Gängen. Damals war an Appartements gedacht, Einzimmer- und Zweizimmer-Appartements. Das heißt, es war ein anderer Standard in der Bauphase gedacht. Und dann hat man nachher, bedingt durch die Anforderungen, versucht umzubauen.

Jeder, der schon einmal ein Haus gebaut hat, ein Haus besitzt, weiß, dass jeder Umbau eigentlich nur ein besserer Kompromiss ist. Das erste ist das anständige, aber dann dort ein bisschen was und da ein bisschen was. Das heißt, es ist ein Kompromiss, es bleibt ein Kompromiss. Und so war es auch in Scheiblingkirchen.

Es gab keinen behindertengerechten Eingang. Man musste über rund 10 Stiegen hinaufsteigen um überhaupt in das Haus zu kommen. Und ich hatte leider das zweifelhafte Vergnügen oft hinzufahren, weil meine Mutter auch eine Zeit lang in diesem Haus betreut wurde. Das heißt, man musste praktisch über den Lastenaufzug die Gehbehinderten, die Rollstuhlfahrer in das Haus bringen. Erst später wurde dann dieser Lastenaufzug in einen normalen Personenaufzug umgewandelt. Aber das waren Notwendigkeiten.

Es fehlte natürlich auch die dementsprechend ausreichende Gangbreite, dass man mit Betten von einem Zimmer zum anderen fahren könnte und natürlich auch die technische Ausstattung.

Aber meine sehr geschätzten Damen und Herren, warum sage ich das so ausführlich? Weil der Bericht – jetzt wird neu gebaut – aber der Bericht befasst sich mit Dingen, die so wie ich sie jetzt erklärt habe notwendig waren, aber der Brandschutz und ähnliche Sachen hätte man immer besser durchführen können. Das heißt, es gibt keine Ausrede, dass man es doch mit brennbarem Material belagert hat, weil das Haus alt ist. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Es gibt auch keine Ausrede dass man die Fluchtwege nicht frei gehalten hat. Denn das sind normale Angelegenheiten die in jedem Haus, bei jedem Bauzustand durchzuführen sind.

Und wenn schon der Brandschutzbeauftragte bzw. die örtliche Feuerschutzbehörde das aufgezeigt hat, sollte man nicht sagen, na ich bin das Land Niederösterreich und was die kleine Gemeinde sagt ist mir „wurscht“. Das ist beim einen Ohrwaschl hineingegangen, beim zweiten hinaus. Denn sonst könnte es nicht passieren, dass die Fluchtwege, der Dachboden des Öfteren beanstandet wurden und immer wieder beanstandet werden mussten.

Ein anderes Problem das eigentlich auch ganz leicht zu lösen gewesen wäre, hätte man den Willen dazu gehabt: Ich mein’, ich habe bei mir zu Hause das Problem, wenn ich irgendwas an die Wand hänge, immer in meiner Höhe, meine Frau erlangt es nicht. Das heißt aber, … *(Abg. Mag. Fasan: Wenn ich zu Hause in den Spiegel schaue, sehe ich meinen Krawattenknopf!)*

Ich kenn’ das wie das so ist. Das heißt aber, wenn ich dort die Feuerlöscher zu hoch aufhänge, was passiert ist, und wenn das beanstandet wird, so müsste dort der Hausarbeiter hergehen und ein paar Löcher tiefer hinein bohren und den Feuerlöscher tiefer hängen. Weil ich hab nichts davon wenn der Feuerlöscher da ist, wenn er funktioniert, aber wenn ihn der, der ihn unter Umständen dann braucht, nicht erreichen kann. Wenn er dann weiß, da oben wäre er und damit könnte ich löschen, dann, glaube ich, ist das zu wenig.

Solche Probleme hat es gegeben, gibt es und da glaube ich kann man nicht die Ausrede gebrauchen, na ja, es ist ein altes Haus und da kann man nichts mehr machen.

Ein anderes Thema dazu ist die Auslastung. Wenn ich 97 Prozent Auslastung habe, so ist das für mich eine hundertprozentige Auslastung. Die Neubelegung kann wenige Tage dauern bis der neue Pflegling da ist, zwei, drei Tage. Und wenn das oft im Jahr der Fall ist, so ist die Auslastung nicht böswillig nicht entsprechend gegeben, sodass aus den Umständen heraus dass eben die Auslastung etwas geringer ist.

Ein anderes Problem ist die Kurzzeitpflege. Als das Heim damals errichtet wurde war es eben ein Pensionistenheim und war nicht die Möglichkeit einer Kurzzeitpflege gedacht. Dass man dann improvisiert hat und zwei Appartements auf Kurzzeitpflege umgebaut hat, hat natürlich den Nachteil gehabt dass man die Betten nicht von allen Seiten frei zugänglich hatte und, und, und. Wir kennen diese Probleme. Aber hier wurde zumindest versucht, eine Lösung zu finden.

Ein immer wieder kehrender Punkt ist die Frage des diplomierten Pflegepersonals. Der Süden Niederösterreichs ist eben ein Teil dieses Landes, wo die Nachfrage an diplomiertem Pflegepersonal größer ist als das Angebot. Das Wiener Umland und Wien saugt im Wiener Umland unser ausgebildetes Pflegepersonal ab und wir können gar nicht so viel neu ausbilden wie notwendig wären. Weil oben eine große Fluktuation da ist, der Beruf einer Diplomkrankenpflegerin oder eines Diplomkrankenpflegers nicht familienfreundlich ist. All diese Probleme kennen wir. Aber es wird auch hier versucht, und im Bericht steht es schon drinnen, dass wahrscheinlich nur mehr 1,25 – hier im Bericht steht „wahrscheinlich" ich kann sagen zwischenzeitlich ist es so - dass nur mehr 1,25 Dienstposten frei sind. Und wenn jetzt bei der nächsten Diplomverleihung in der Gesundheits- und Krankenpflegeschule Neunkirchen die drei die Scheiblingkirchen entsandt hat, ihre Prüfung bestehen, dann wird das Problem dort auch erledigt sein. Aber noch ist die Prüfung nicht vorbei.

Nun meine sehr geschätzten Damen und Herren darf ich ganz kurz noch der Nachkontrolle Hochwasserschutz zwei Sätze widmen. Denn in Wirklichkeit geht es teilweise darum, wie ein altes Sprichwort sagt, am Abend ist man klüger als in der Früh. Beim Hochwasserschutz, gerade was Triestingtal, Piestingtal betrifft, hat man solche Handlungen gesetzt, die vorher nicht absehbar waren, die man vorher vielleicht auf die leichte Schulter genommen hat. Und beim ersten Mal, bei der ersten Durchführung, na ja, das war einmal, das passiert eh nie wieder, die Nachkontrolle hat es aufgezeigt und hier wurde dann korrekter und genauer das durchgeführt, wie die Projekte erstellt wurden. Da hat man geglaubt, man erspart sich etwas und man geht das Risiko ein. Aber das Risiko wäre zu groß gewesen, da wären die Ersparnisse falsch angesetzt gewesen. Das heißt, man hat hier bei der Nachkontrolle festgestellt, jawohl, es war notwendig Nachkontrolle durchzuführen. Und im Zuge dieser Nachkontrolle wurden noch einige verbesserungswürdige Punkte aufgezeigt.

Ansonsten glaube ich, ist die Notwendigkeit des Rechnungshofes unbestritten. Und als einer der sich schon lange damit beschäftigt kann ich feststellen, dass es immer wieder die gleichen Beschwerden gibt. Die gibt es schon Jahrzehnte will ich fast sagen, aber im Großen und Ganzen sind die Beschwerdepunkte weit weniger geworden und daher wird unsere Fraktion dem Sammelbericht die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zweiter Präsident Sacher: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Herzig. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Herzig *(ÖVP)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Rechnungshof hat Teilgebiete der Gebarung im Land Niederösterreich geprüft und zwar Personal, Organisation und Informationstechnologie. Und auch der NÖ Landesrechnungshof hat die IT-Ausstattung in der Baudirektion und in den Gebietsbauämtern I – V unter die Lupe genommen.

Ziele mit und durch EDV zu erreichen, hier gibt es meist viele Wege und fast alle führen zum Ziel. Aber mit oft recht unterschiedlichem Aufwand und vor allem auch mit unterschiedlichen Kosten. Selbst Fachleute sind manchmal sehr verschiedener Meinung wie man gesteckte Ziele erreichen kann. Und hier gilt es nicht nur Systeme und Hardware zu berücksichtigen und die richtigen Entscheidungen zu treffen. Denn vor allem sind auch die Kosten zu berücksichtigen.

Dies zu koordinieren stellt an die Verantwortlichen und an die Mitarbeiter große Anforderungen und verlangt auch ein Verständnis für die unterschiedlichsten Aufgaben. So unterschiedliche Aufgabengebiete wie technische Angelegenheiten, Amtssachverständigengutachten und Amtssachverständigentätigkeit, Spezialgebiete wie zum Beispiel die Luftgütestellenmessung zu koordinieren und überall den gleichen Level zu erreichen, es ist sicherlich nicht einfach. Besonders wurde vom Landesrechnungshof die Beschaffung und Ausstattung geprüft. Es wurde zum Beispiel festgestellt, dass einige Abteilungen der Baudirektion über ein eigenes Budget verfügen, Ausstattungen, auch IT-Ausstattung ohne Benachrichtigung der zuständigen Stellen in der Beschaffungsabteilung oder bei Händlern vor Ort gekauft haben.

Es wurde auch festgestellt, dass in verschiedenen Dienststellen insgesamt mehr Desktops und Laptops vorhanden sind als Dienstnehmer. Hier gilt es aber sicher zu untersuchen oder auch festzustellen, ob nicht in Einzelfällen je Mitarbeiter ein zweites Gerät von nöten ist. Vor allem bei Außendienstmitarbeitern kann unter Umständen ein Standgerät und ein Laptop von Vorteil sein. Hier wird also jeder einzelne Fall zu prüfen sein und es wird sicher auch hier eine richtige Lösung zu finden sein. Der Rechnungshof regt auch an, Druckerzubehör, Verbrauchsmaterial eher zentral zu be-

schaffen. Er räumt aber ein, dass unter der Voraussetzung dass Qualität und Preis stimmen und dass, wenn die Beschaffung etwas zu lange über zentrale Stellen erfolgt, auch ohne weiters hier ein Einzelhändler oder eine ortsansässige Firma herangezogen werden kann.

Eine besondere Stellung nimmt die Software ein. In einigen Abteilungen wurde bereits, da noch keine generellen Lösungen für alle Abteilungen zur Verfügung standen, schon vor Jahren eigenständige IT-Lösungen gesucht und gefunden, wie Aktenevidenz, Abwesenheitsverwaltung, Reisekosten usw. Hier regt der Landesrechnungshof an, dass das Amt der NÖ Landesregierung die entwickelten Programmpakete Mitarbeiterverwaltung und M-View zu verwenden hat.

Und es steht außer Zweifel, dass durch den Wegfall von Wartungsarbeiten und Adaptierungsarbeiten bei den selbst entwickelten Programmen eine Zeitersparnis gegeben ist. Das heißt, dass auch eine bessere Konzentration auf das eigene Arbeitsgebiet erfolgen kann. Positiv bewertet wurde die Einführung von LAKIS, dem Landes Kommunikations- und Informationssystem. Wenn hier durch den Rechnungshof auch die lange Einführungszeit und die Überschreitung der Projektdauer um 12 Monate angeführt wird, so muss jedoch der Umfang und die Größe des Projektes bedacht werden und auch die Schwierigkeiten, die mit der Technik aufgetreten sind vor allem die mit den Servern.

Zusammenfassend darf wohl angemerkt werden, dass trotz einiger kritischer Feststellungen des Rechnungshofes zielstrebig und auf die vorgenommenen Ziele hin gearbeitet wird. Und hier, glaube ich, gebührt auch ein Dank den Mitarbeitern und Verantwortlichen, die unter sicherlich nicht leichten Bedingungen an diesem Projekt arbeiten. Allein der technische Fortschritt und ebenso die Vielzahl an Gesetzesänderungen, den neuen Gesetzen und auch die Nachadaptierung an Geräten und Releasen erschweren die Zeit- und die Kosteneinhaltung. Doch dank motivierter und einsatzfreudiger Mitarbeiter werden die gestellten Ziele auch sicherlich erreicht werden.

Aber nicht nur der Landesrechnungshof, auch der Bundesrechnungshof hat geprüft. Und erlauben Sie mir, dass ich hier vor allem auf die Kostenfaktoren im Schulwesen kurz eingehe. Das Land erfüllt hier die Vorgaben nach Stellenplanrichtlinien. Der Bund erstellt diese Stellenpläne, das Land hat sie durchzuführen, und refundiert den Ländern die Kosten für die Pflichtschullehrer zu 100 Prozent.

Die Kenndaten für diese Kostenfaktoren sind die besetzten Planstellen, es sind die Schulen, die Klassen, die Schüler. Wenn wir hier einen Vergleich anstellen zum Beispiel zwischen 1999/2000 und dem Schuljahr 2003/2004 und dann feststellen, dass beim Stellenplan im Jahr 1999/2000 12.879 Planstellen waren, dass im Jahr 2003/2004 nur noch 12.182 Planstellen sind, dass die besetzten Planstellen im Jahr 1999/2000 12.761 betrugen und im Jahr 2003/2004 nur noch 12.034, dann glaube ich, kann man feststellen, dass hier gewaltige Änderungen vor sich gehen. Und wenn wir hier nur die Schülerzahlen in den Volksschulen bedenken, dass wir noch vor ungefähr 30 Jahren rund 30.000 Erstklassler gehabt haben, dass wir derzeit bei ungefähr der Hälfte angelangt sind, so glaube ich auch hier sind das beredte Zahlen.

Er hat auch die Rahmenbedingungen geprüft, ob diese Rahmenbedingungen eingehalten werden. Der Bund, habe ich schon erwähnt, ersetzt die Kosten zu 100 Prozent. Die Länder haben diese Stellenpläne auszuarbeiten, dem Bund zur Genehmigung vorzulegen, der Bund genehmigt. Und hier hat der Rechnungshof festgestellt, dass die Vorgangsweise, die Refundierung des Lehrpersonals an nachvollziehbare Kriterien zu binden, sich als sehr zweckmäßig erwiesen hat und hat es positiv auch bewertet.

Er hat festgestellt, dass das Land die Vorgaben der Planstelleneinrichtungen erfüllt und er anerkennt auch die Ressourcenzuteilung als nachvollziehbar. Als zweckmäßig erachtet er auch die Zusammenführung von pädagogischer und wirtschaftlicher Verantwortung in der Person des jeweiligen Bezirksspulinspektors.

Erlauben Sie mir auch noch, dass ich in einem kurzen Vergleich die Schulstruktur an der Volksschule und auch die Schulstruktur der Hauptschule beleuchte. Haben wir im Jahr 1999/2000 noch 649 Schulen gehabt, und zwar im Volksschulbereich, so waren es im Jahr 2003/2004 643. Das hört sich noch nicht so weltbewegend an. Doch wenn wir die Klassenanzahl dann hören und auch die Schüler, so bekommt das schon wieder ein anderes Licht: Haben wir im Jahr 1999/2000 noch 3.760 Klassen gehabt, so waren es 2003/2004 nur noch 3.421. Und wenn wir die Schüleranzahl anschauen, so haben wir 1999/2000 74.268 und im Jahr 2003/04 nur noch 69.944 Schüler gehabt.

Um die Vorgaben der Stellenplanlinien auch langfristig erfüllen zu können, müssen nun 22 Schüler je Volksschule unterrichtet werden. Die

durchschnittliche Klassenschüleranzahl stieg in diesen Jahren aber nur von 20,0 auf 20,4 Schüler. Das heißt, er regt an, dass eine Zahl von 22 erreicht werden soll. Er empfiehlt, dass langfristig – und er betont hier offensichtlich gerade das Wort langfristig - dass hier die Zahl von 22 Schülern erreicht werden sollte. Und er rechnet auch zusätzlich noch ein Einsparungspotenzial von 14,5 Millionen Euro dazu.

Und hier glaube ich, dass wir sehr vorsichtig agieren müssen. Dass es nicht so leicht wird sein, dieses Ziel auch zu erreichen, wenn wir die Struktur und die einzelnen Orte uns anschauen wo es wahrscheinlich auch aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen schwer sein wird, diesen Forderungen kurzfristig nachzukommen.

Die Schulstruktur in den Hauptschulen schaut zur Zeit noch etwas besser aus. Haben wir im Jahr 1999/2000 noch 263 Schulen gehabt, so hat sich im Jahr 2003/04 nichts daran geändert. Klassen waren 2.283, die sind sogar auf 2.346 gestiegen, weil auch in diesem Bereich noch die Schüleranzahl etwas ansteigt, und zwar von 51.250 auf 53.162.

Auch hier regt auch der Rechnungshof an, dass die Anzahl der Schüler in jeder Klasse 25 Personen aufweisen soll. Die 25 werden auch hier nicht erreicht, es sind 22,7. Und er regt hier an, auch den Schnitt von 25 zu erreichen. Und er errechnet hier ein Potenzial in Euro ausgedrückt von 21,9 Millionen. Und weist darauf hin, dass hier diese Mittel für zusätzliche pädagogische Angebote genutzt werden könnten.

Der Rechnungshof erkannte aber, dass die Landesregierung bestrebt war, dass hier Schulen auch zusammengeführt werden, das mit Augenmaß. Und ich glaube, dieses Augenmaß können wir auch bestätigen. Und ich glaube auch, dass wir diese ganze Problematik Schule aus rein fachlicher Sicht betrachten müssen. Dass die Ausbildung unserer Jugend frei gestellt werden sollte von parteipolitischen Themen. Unser Motto sollte heißen, optimale Ausbildung ohne die Kosten aus den Augen zu verlieren. Ich danke! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Sacher: Als nächster Redner ist Herr Abgeordneter Waldhäusl am Wort.

Abg. Waldhäusl *(FPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen des Landtages! Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Hochwasserschutz als erstes beim Sammelbericht. Schon einiges ist von meinem Vorredner Kollegen Kautz gesagt worden. Ich brauche daher nicht mehr ins Detail zu gehen. Ich möchte nur wiederholen, dass selbstverständlich diese Nachkontrolle sehr, sehr wichtig war, weil sie aufgezeigt hat, dass nicht alles so ernst genommen wurde wie es gefordert war. Dass Dichtungsmaßnahmen nur unvollständig oder nur teilweise wirksam waren. Dass Pumpen auf Grund unzureichender Wartung und vielleicht deswegen, weil es zu selten ausprobiert wurde, nicht funktioniert haben. Dass die Frage einer Notstromversorgung ebenso wichtig ist zu diskutieren. Und wenn es vorgeschrieben ist, dass diese dann auch zu installieren ist, genauso wie die Frage von einer genauen Messung und einer Dokumentation der Wasserstände, die eben die Voraussetzung für einen korrekten Hochwasserbetrieb und Hochwasserschutz darstellen.

Ich glaube, dass es sehr wichtig ist. Kollege Kautz ist dann noch ein bisschen ins Detail gegangen und hat das ausgeführt. Ich möchte das jetzt auf Grund der bereits vorliegenden Fakten nicht mehr tun.

Ebenfalls wird es mir leicht fallen über das Pflegeheim und Pensionistenheim Scheiblingkirchen zu berichten. Auch hier hat Kollege Kautz das sehr ausführlich getan. Er hat auch all die Punkte aufgezeigt, die hier zu kritisieren sind. Vom Bereich der nicht ordnungsgemäß freigehaltenen Fluchtwege bis zu allen feuerpolizeilichen Problemen nach dem NÖ Feuerwehrgesetz, dass Brandschutzunterlagen zu führen sind, diese feuerpolizeilich einzuhalten sind bis zu dem Bereich der Anstrengungen der Unterbesetzung im Bereich des diplomierten Personals, glaube ich, ist alles richtig was hier in diesem Bereich aufgezeigt ist.

Einen Bereich hat er nicht erwähnt, und zwar die Bestellung des Pflegedienstleiters, der nicht ausgeschrieben wurde. Und dass hier jemand dazu gekommen ist der kaum eine einschlägige Berufserfahrung hat und nicht einmal die Ausbildung für Stations- und Abteilungsleitung absolviert hat. Ich weiß nicht warum er das nicht gesagt hat. Ich möchte das hier nur deswegen erwähnen, weil ich glaube, dass es auch wichtig ist, dass man das hier aufzeigt und es soll nicht da irgendwo Freunderlwirtschaft oder so etwas hineininterpretiert werden. *(Abg. Kautz: Es hat aber andere Umstände auch gegeben!)*
Möge es sein dass es andere hat. Aber es soll nicht jetzt der Eindruck entstehen, du hast es deswegen nicht gesagt weil es vielleicht ein Nahestehender der SPÖ ist. Das nehme ich nicht an, sondern es ist wichtig, dass es aufgezeigt wurde und dass in Zukunft das nicht mehr vorkommen wird. *(Abg. Kautz: Das ist ein zeitliches Problem!)*

Du bist da besser informiert in diesem Pflegeheim. Ich kann mich hier nur an diese Fakten halten und habe eben nur festgestellt, dass du das nicht erwähnt hast.

Die Fachschule in Obersiebenbrunn. Grundsätzlich hier auch nur einige kleine Kritikpunkte von Bestandsverträgen der Dienstwohnungen, wo hier entsprechend einer Evaluierung doch die Höhe der Mieten anzuheben wäre. Betreffend der Bezirksbauernkammer ist das hier relativ klar ausgeführt. Genauso das Problem mit einem Bestandsvertrag mit der Mobilfunkbetreibergesellschaft, wo hier der Direktor, ohne dass er es eigentlich hätte tun dürfen, über seine wirkliche Vollmacht hinaus einen Vertrag unterschrieben hat und dann noch dazu zu einem Pauschalbetrag der bei weitem nicht das erreicht hat was man hier erreichen kann. Ist aber jetzt nachverhandelt worden. Ich glaube, dass hier bereits diese Kritik des Landesrechnungshofes fruchtbar war. Man hat immerhin von einem Pauschalvertrag von 581 Euro jetzt knapp über 2.000, also mit 2.160 ganz genau hier eine Verbesserung erzielt.

Die steigenden Schülerzahlen sind positiv zu beurteilen in dieser Schule. Je mehr Schüler desto besser ist es. Und ich glaube, dass das auch wichtig und gut ist für einen Schulbetrieb.

Dass die Bargeldgeschäfte kritisiert wurden, dass hier ein zu hoher Bargeldbetrag immer wieder vorgefunden wurde, kennen wir aus den Gemeindestuben. Auch hier wurde das immer wieder kritisiert und es wird das dementsprechend auch in Zukunft verhindert werden.

Ebenso dass Einnahmerückstände, die darauf zurückzuführen sind dass manche Teilnehmer ihrer Verpflichtung zur Zahlung nicht nachkommen, dass das dann einmal als uneinbringbar eingebucht wird. Eine Kleinigkeit, aber auch wichtig.

Betreffend der Kritik des Rechnungshofes über die Art und Weise des Lehr- und Versuchsbetriebes. Diese Kritik haben wir in vielen landwirtschaftlichen Schulen schon hören müssen. Dass hier speziell eine Effizienzerhebung durchzuführen ist und auch zu hinterfragen ist, ob gegebenenfalls nicht alternative Möglichkeiten mit anderen landwirtschaftlichen Betrieben heranzuziehen sind über Nutzungsverträge und entsprechende landwirtschaftliche Mitnutzung um hier Kosten einzusparen. Ja, soll man auf alle Fälle diskutieren. Aber ich sage hier das gleiche, das ich auch im Bereich der landwirtschaftlichen Fachschule Edelhof gesagt habe, Schulausbildung kostet auch Geld und eine praktische Ausbildung ist von diesen Fachschulen nicht wegzudenken. Und daher sollte diese auch gewährleistet sein. Ob in Form eines Nutzungsvertrages oder am Schulbetrieb selbst muss man diskutieren. Ich bin immer einer der glaubt, dass es wichtig ist, dass auf alle Fälle diese praktische Ausbildung sichergestellt ist. Und wahrscheinlich wird sie am praktisch sinnvollstem am Betrieb selbst sein.

Eine Kritik gab es abschließend noch betreffend der Versicherungen. Hier hat sich die Schule nicht an die Vorgaben des Landes gehalten. Und obwohl grundsätzlich für Gebäude im Besitz des Landes keine Versicherungen mehr getätigt werden, hat sich hier die Schule nicht daran gehalten und hat in ihrer Stellungnahme festgehalten auf Grund des erhöhten Risikos, dass es besser wäre, hier doch diese Versicherungen weiter bestehen zu lassen. Der Rechnungshof hat diese Stellungnahme der Landesregierung nicht zur Kenntnis genommen. Und selbstverständlich teile ich hier die Stellungnahme des Landesrechnungshofes, weil sich hier die Landesregierung auch gegen einen Beschluss der Landesregierung stellt. Das heißt, die Landesregierung muss sich einmal entscheiden, ob sie das auch so möchte wie sie es selbst einmal beschlossen hat oder ob sie was Neues beschließen will. Aber zu sagen, nein, das ist in Ordnung obwohl es einen Beschluss vom 21. September 1993 gibt, das ist nicht im Interesse einer vernünftigen Politik.

Ich würde sagen, das müsste schnellstens geklärt werden und würde alle Mitglieder der Landesregierung bitten, sich an ihre eigenen Beschlüsse zu halten. Würde der NÖ Landtag auch so arbeiten, na, was glaubt ihr, wie es da rund gehen würde. Also bitte, auch die Landesregierung, das Einmaleins ihrer Tätigkeit wahrnehmen.

Betreffend der IT-Ausstattung hat auch ein Vorredner bereits davon gesprochen, dass es hier zu keinen Doppelausstattungen führen sollte, dass im Bereich des Einkaufes darauf geachtet werden soll, dass man womöglich zentral einkauft auf Grund der Kostenersparnis und auf Grund auch der breiten doch einheitlichen Ausstattung. Ob das auch im Bereich des Verbrauchsmaterials ist bis zu entsprechenden anderen Dinge wäre wünschenswert, da hier eben einem einheitlichen Standard gegenüber den einzelnen Lösungen der Vorzug zu geben ist.

Zum Wahrnehmungsbericht des Bundesrechnungshofs, hat auch der Kollege Herzig sich damit befasst und das Prüfergebnis im Bereich des Kostenfaktors im Schulwesen beleuchtet, kann ich mich auch kurz halten. Er hat auch gesagt, dass es

schwer ist, hier dem Folge zu leisten und hat auch gemeint, dass hier kurzfristig es nicht unbedingt gut sein wird, wenn man dem Folge leistet. Ich geh einen Schritt weiter und ich sage, man sollte auch langfristig nicht daran denken die Schülerzahlen zu erhöhen. Denn im Bereich der Ausbildung stehe ich auf dem Standpunkt, dass Ausbildung Geld kostet. Ausbildung soll auch Geld kosten. Und wenn ich nur an die jüngste Pisa-Studie denke, dann bin ich ein absoluter Gegner davon dass man hier einfach nur auf Grund des Kostenfaktors hier Schülerzahlen erhöht. Denn wir müssen immer daran denken, dass die Politik auch verpflichtet ist, hier eine ordentliche Ausbildung für unsere Schüler zu gewährleisten. Und ich glaube, wenn die Schülerzahlen nicht steigen, sind wir eher in der Lage, hier auch unsere politischen Forderungen umzusetzen. Und ich nehme an, dass alle politisch vertretenen Parteien dafür eintreten, dass in Zukunft es zu einer Verbesserung der Ausbildung unserer Jugend kommt, egal wie man die Pisa-Studie wertet. Es ist so, dass es eine politische Forderung sein muss, genügend Ausbildung und die beste Ausbildung für unsere Jugend.

Ein weiteres Detail ist hier sicherlich auch speziell von mir als Vertreter des ländlichen Raumes anzusehen, Schülerklassen und dann die Klassenzahl, das ist rechnerisch alles leicht möglich und es ist auch rechnerisch zu untermauern. Aber ich bin dagegen, dass man im Bereich des Schulwesens dann so locker auch Schulen sperrt. Ich bin ein Gegner dieser Sperrpolitik, ich bin ein Gegner dieser Politik, dass man hier auf Kosten der Ausbildung hier einfach den Rechenstift ansetzt. Daher wird es von mir hier keine Zustimmung geben. Ich verstehe den Rechnungshof, wenn er es aus wirtschaftlicher Sicht unterstreicht und herausarbeitet. Aber ich glaube, das ist genau das, dass man immer wieder auch hier in diesem Haus eben herausarbeiten muss. Hier ist diese kritische Haltung des Rechnungshofes, der auf die Einhaltung der Budgets zu schauen hat. Und dann ist hier die Politik die aufzeigen soll, wo soll der Weg hingehen. Ich sage, die Ausbildung unserer Jugend soll und darf auch das Geld kosten das unsere Jugend braucht.

Im Bereich der Maßnahmen betreffend das Produktionspotenzial für Wein, Teilnahme an der Prüfung des Europäischen Rechnungshofes, zwei, drei Worte abschließend. Hier wurde positiv erwähnt, dass eine gewisse Verlagerung der Weißweinproduktion auf Rotwein doch als positiv angesehen wird. Dass grundsätzlich hier es zu keinen wirklichen Problemen gekommen ist und dass hier der Rechnungshof auch das so sieht. Er bemängelt zusammenfassend, dass konkrete und messbare Ziele für die Umsetzung einer gemeinschaftlichen Marktordnung festzulegen sind. Hier sagt das Bundesministerium, je enger man sich hier festlegt, desto schlechter wird es sein, hier doch eigenständig zu arbeiten. Der Bundesrechnungshof sagt auch, dass die Verwaltungsabläufe und die Verwaltungskosten der Stellen zwischen Bundesländern hier zu durchleuchten ist und auch kritisch zu hinterfragen ist. Ja, ist sicherlich in Ordnung. Aber letztendlich hat es gezeigt, dass letztendlich auch in diesem Teil der Prüfung doch alles in Ordnung ist.

Ich werde selbstverständlich und unsere Fraktion diesem vorliegenden Sammelbericht und dem Bericht des Bundesrechnungshofes unsere Zustimmung geben. Weil ich glaube, dass die Arbeit gut ist. Egal wieviel an Kritik kommt. Es ist egal. Es zeigt, dass diese Kritik des Landesrechnungshofes fruchtbar ist, dass sich immer öfter hier gewisse Stellen die geprüft werden an die Vorgaben halten. Und wenn trotzdem wieder Kritik kommt, dann zeigt das nur, dass Kontrolle wichtig ist, Kontrolle gut ist. Ich würde mir diese Kontrolle viel öfter und viel stärker auch in den politischen Aktivitäten der Mehrheitspartei wünschen. Selbstverständlich werden wir zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zweiter Präsident Sacher: Als nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Dr. Krismer zu Wort gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Krismer *(Grüne)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte mich ganz kurz aufhalten mit dem Rechnungshofbericht Scheiblingkirchen, Landes-Pensionisten- und Pflegeheim. Dem Kollegen Kautz, dem kann ich da über weite, weite Strecken folgen. Er hat Recht. Bei einem Gebäude, und ich kenn das auch vom lokalen Pensionisten- und Pflegeheim in Baden, wenn die Infrastruktur eben nicht mehr den Anforderungen im weitesten entspricht, umso mehr hat man Sorge zu tragen als Träger gerade in diesen Bereichen Brandschutz und, und, und.

Das Wesentliche ist, das ist eine Dienstleistung. Daher ist es non plus ultra, auch eine Kompensation der infrastrukturellen Mängel im Personal zu suchen und zu finden. So sollte es sein. Leider ist es auch in Scheiblingkirchen so, dass der – so habe ich es einmal bezeichnet – Pflegenotstand noch immer an der Tagesordnung ist. Wir hinken einfach noch immer den Anforderungen im Pflegebereich bei den Personalressourcen hinterher. Man kann nur hoffen, dass wir endlich dorthin kommen, dass wir ausreichend, und zwar diplomiertes Personal haben. Das ist nämlich auch der Mangel in Scheiblingkirchen. Und ich wünsche dem Süden,

dem Industrieviertel, dass alsbald an dem Projekt neues Landes-Pensionisten- und Pflegeheim gearbeitet wird.

Da heute der Hohe Landtag die 15a-Vereinbarung beschlossen hat, möchte ich noch einmal eben im Artikel 16 auf Punkt 12 eingehen, wo es ja eben heißt, dass es um die Abstimmung der Ressourcenplanung zwischen Gesundheitswesen und Pflegebereich geht. Und dass wir zwar eine Studie in Niederösterreich haben, aber wirklich hinterher hinken. Dass wir auch über die Finanzierung in Zukunft noch mehr nachdenken müssen und Maßnahmen setzen.

Ich bin da auch schon sehr gespannt, was der überregionale Strukturplan bringen wird und was das bedeutet und heißt für Niederösterreich. Ich möchte noch einmal an die Adresse des Kollegen Heuras würde ich noch einmal gerne sagen, also so eine … so hochtrabend und frech zu sagen, dass andere Kollegen die Geschäftsordnungsstücke nicht lesen, glaube ich, steht keinem Kollegen zu. Zumindest haben wir uns das genau angesehen wie die 15a-Vereinbarung ausschaut. Und wie gesagt, im Pflegebereich haben wir wirklich noch viel Arbeit vor uns. Und die Grünen sind auch immer bereit mitzuarbeiten. Danke. *(Beifall bei den Grünen.)*

Zweiter Präsident Sacher: Ich erteile als nächstem Redner Herrn Abgeordneten Cerwenka das Wort.

Abg. Cerwenka *(SPÖ)*: Herr Präsident! Hoher Landtag!

Wenn man den Bundesrechnungshofbericht zu den Kostenfaktoren im Schulwesen betrachtet, dann kommt hier in erster Linie die technische und die wirtschaftliche Seite in die Betrachtungsweise. Und was nicht drinnen ist und auch nicht drinnen sein kann durch die Prüfungsvorgaben, ist die volkswirtschaftliche Komponente, dass wir gut ausgebildete Jugendliche brauchen ohne nur immer die finanziellen Voraussetzungen zu sehen.

Und daher auch einige Anmerkungen und Kritikpunkte zu Aussagen des Bundesrechnungshofes. Wenn hier angeführt wird, dass die 10 kostenlosen Supplierstunden nur zu 17 Prozent ausgenützt wurden, dann lässt sich das relativ einfach erklären: Wenn ich nur zwei Monate erhebe, nämlich im Oktober und im November und nicht das ganze Jahr über, noch dazu in einem Zeitraum wo andere Rahmenbedingungen waren, dann kann man zu dieser Zahl kommen. Ich habe andere Erfahrungswerte. An meiner Schule, eine durchschnittliche Schule, waren die meisten Kolleginnen und Kollegen schon um die Weihnachtszeit, spätestens zu Semester, mit diesen 10 Stunden fertig. Das heißt, alles was nachher kommt, geht sich gar nicht mehr aus. *(Abg. Präs. Ing. Penz: Das ist aber dann schlecht organisiert in der Schule!)*
Das glaube ich nicht, Herr Präsident, Schule lebt und Schule hat mit vielen Menschen zu tun. Und da gibt es halt Krankenstände, Fortbildungsveranstaltungen, viele andere Dinge, die es nicht anders organisierbar machen. Ich kann das gerne nachweisen. Das ist überhaupt kein Problem, Herr Präsident. Ich kann das belegen, ich führe darüber auch Buch.

Herr Präsident! Gehen wir ans Eingemachte: In Wirklichkeit, diese 10 Stunden sind ja eine stille Erhöhung der Lehrverpflichtung, die die Lehrer zu tragen haben, die sich aus dem Jahresnormmodell ergeben hat. Und die Lehrer haben es hingenommen, sie tragen diese Last.

2003 und 2004 wird auch angegeben der Mehrbedarf an Supplierreserven. Und da geht's auch darum, dass zu diesem Zeitpunkt das Lehrervorruhestandsmodell gerade in der heißen Phase war. Das ich persönlich für ein schlechtes Modell halte. Und das in Wirklichkeit nur drei Zielgruppen angenommen haben, wodurch doch eine gewisse Anzahl zustande gekommen ist. Angenommen haben es jene, die entweder knapp vor der Pension gestanden sind und mit ein, zwei Jahren nur geringere Prozentabschläge in Kauf nehmen mussten. Angenommen haben es jene, wo der Partner über ein entsprechendes Einkommen verfügt und wo die wirtschaftliche Notwendigkeit nicht gegeben ist.

Und die dritte Gruppe, und die sind am schlechtesten dran, sind jene, die ausgebrannt sind oder waren, die das burn-out-Syndrom haben. Die einfach nicht mehr zu bewegen waren weiter zu unterrichten weil sie am Ende waren. Und die haben jeden finanziellen Verlust in Kauf genommen um aus dem Beruf, aus der Belastung, aus der persönlichen herauszukommen.

Es ist auch drinnen angeführt die Unterschreitung der Stellenpläne. Und wenn man das jetzt in Relation setzt mit dem Finanzausgleich, dann zeigt sich schon, dass hier auch pädagogische Verluste gegeben sind. Und es schlägt auch durch die Sparvorgabe der schwarz-blauen Bundesregierung. Und in Wirklichkeit geht es um eine Chancenminimierung ... *(Unruhe bei Abg. Dr. Krismer.)*
Damals hat es noch kein orange gegeben, Frau Kollegin! Zeitabläufe bitte betrachten.

Es geht auch um eine Chancenminimierung unserer Jugendlichen. Und in Wirklichkeit hat auch eine stille Privatisierung eingesetzt. Denn was früher in der Schule selbstverständlich war an Förderangeboten, Legasthenie, Logopädie usw. muss heute zum Großteil privat zugekauft werden weil es nicht mehr angeboten wird. Und nicht jede Familie hat die finanziellen Möglichkeiten, sich das wirklich auch leisten zu können. Und damit sind wir schon bei einem gewissen Selektionscharakter. Darüber sollte der Bund auch einmal nachdenken. *(Abg. Präs. Ing. Penz: Aber das ist auch ausgeufert! Schauen Sie sich an was alles angeboten wurde an Freigegenständen!)*

Ich habe gesprochen von Fördermaßnahmen, von Legasthenie, von Logopädie. Aber auch wenn man hergeht und Sportangebote hinneinnimmt. Da geht's ja auch um Prävention im Sinne der Volksgesundheit. Also mir ist eigentlich nicht wirklich irgendein Firlefanz vorgekommen. Aber wenn Sie andere Erfahrungen haben, diskutieren wir das gerne aus.

Was durch den Rechnungshofbericht auch deutlich wird, ist die Struktur des ländlichen Raumes am Beispiel von Niederösterreich. Und die Empfehlungen schmerzen natürlich, die drinnen stehen, Klassenzusammenlegungen und Schließung von Standorten. Wenn ich jetzt allein die Klassenzusammenlegungen nehme, die ja schon passiert sind, dann brauche ich dazu hochqualifizierte Lehrer, die auch wirklich Abteilungsunterricht durchführen können. Die wir in den weitesten Bereichen nicht haben. Die einzigen Lehrer, die in ihrer Ausbildung Abteilungsunterricht lernen sind die Sonderpädagogen. Aber kein Volksschul- oder Hauptschullehrer der Vergangenheit hat das wirklich jemals in seiner Ausbildung gehabt. Darum zeigt uns der eingeschlagene Weg auch, dass wir allein jetzt im Bereich der einklassigen Volksschulen seit Schwarz-Blau eine Erhöhung um 150 Prozent haben. Und bei den niederen Organisationsformen von ein bis drei Klassen hat sich die Zahl im Volksschulbereich nahezu verdoppelt.

Wir haben ein Problem das die wenigsten bedenken, die sich nur mit Zahlen auseinandersetzen. Wir haben zwei Modelle. Wir haben auf der einen Seite die Teilungszahlen und die Klassenschülerhöchstzahlen und auf der anderen Seite durch den Finanzausgleich die Vorgaben, wieviel Lehrer pro Klasse genommen werden oder benötigt werden. Diese zwei Systeme sind nicht linear zu führen. Sie korrelieren nicht. Das heißt, ich kann ein Instrument einsetzen und erreiche auf der anderen Seite trotzdem nicht den Effekt den ich möchte. Und da liegt ein großes Problem drinnen. Nicht immer ist der Rechenstift das Entscheidende, sondern man muss wirklich die Hintergründe auch sehen. Mit Zahlen alleine lässt sich nicht alles lösen.

Wenn der Bundesrechnungshof kritisiert, dass Niederösterreich kein Gesamtkonzept hat, dann scheint ihm eines entgangen zu sein: Der größte Bereich der Bildungspolitik ist nach wie vor Bundessache und Bundeskompetenz. Sie wissen selber, wo unsere Möglichkeiten in Niederösterreich im Bildungswesen, im Schulwesen liegen. Und dann dürfte hier ein Denkfehler vorgelegen sein.

Die Differenzierung nach den räumlichen Voraussetzungen wie sie für Niederösterreich notwendig ist, zeigt ja auch, dass wir es gemeinsam geschafft haben einen Antrag einzubringen, in dem es um einen Zuschlag für Kleinschulen geht, um die ländliche Struktur weiter betreuen zu können und diese Struktur auch aufrecht erhalten zu können. Wenn jetzt der Rechnungshof die genau gegenteilige Position bezieht und Schließungen und Zusammenlegungen anregt, dann ist das auf Grund der Zahlenarithmetik. Und ich sage etwas anderes: Tatsache ist – ich glaube, niemand hier im Saal wird ernsthaft wünschen, dass wir unsere sechsjährigen Kinder, egal ob Mädchen oder Burschen, zu Pendlern werden lassen. Zu täglichen Busfahrern, die eine Menge an Zeit je nach räumlichen Voraussetzungen in diesem Alter schon in öffentlichen Verkehrsmitteln verbringen müssen. Darum sage ich, Geld ist nicht alles im Bildungssystem. Viel wichtiger sind die Chancen der Jugend. Diese Chancen sind auch Chancen für den Wirtschaftsstandort Niederösterreich. Man muss auch hier gewisse Umwegrentabilitäten sehen. Mir ist schon klar, dass der Bundesrechnungshof seine Prüfungsvorgaben erfüllt. Aber Bildungspolitik ist einfach mehr als reine Zahlenspielereien.

Und damit ein paar Worte zu den neuesten Meldungen auf Bundesebene, wo jetzt der Endbericht der sogenannten Expertenkommission vorliegt. Das ist die eine Seite. Es sind eine Menge an positiven Anregungen drinnen, die wirklich Sinn machen für zukünftige Bildungspolitik. Es sind auch Positionen drinnen, womit man sich auseinandersetzen muss, worüber man noch diskutieren muss. Wo ich Diskussionsbedarf orte. Und auf der anderen Seite sehe ich auch einen Gehrerschen Bildungsstillstand seit Jahren. Einzeltagesmeldungen, die kein Konzept erkennen lassen zeigen in Wirklichkeit auf, wie konzeptlos derzeit die Bildungspolitik von der verantwortlichen Bundesministerin betrieben wird.

Pisa hat uns gezeigt, dass wir Handlungsbedarf haben. Ohne jetzt genau auf Pisa einzugehen,

aber ich glaube, jedem ist bewusst, dass etwas verändert werden muss, dass wir unser Bildungssystem adaptieren müssen. *(Abg. Präs. Ing. Penz: Sie lesen keine Zeitungen!)*
Das ist eine Unterstellung, Herr Präsident! Ich lese nicht nur Zeitungen, ich lese auch Bücher. Es gibt andere, die sagen, sie haben nur ein Buch gelesen.

Zukunftschancen werden wir nur haben bei gemeinsamer Kraftanstrengung. Und dazu müssen wir über parteipolitische Barrieren teilweise hinweg springen, wenn das auch oft wider besseren Wissens nicht gemacht wird, sonst werden wir die Veränderungen nicht erreichen.

Ich kann ein Negativbeispiel anführen. Das Bundesland Niederösterreich hat sich lobenswerterweise dazu durchgerungen, ganztägige Schulformen in Niederösterreich zu fördern. Mit einer expliziten Ausnahme: Mit Ausnahme der Gesamtschule. Das ist für mich ein engstirniger politischer Ansatz!

Oder ist es vielleicht ein Andienen an die Stagnations- und Beharrungsministerin im Bund? Beides wäre eine Denkvariante. Daher mein Appell auf Grund dieses Berichtes und der Schlüsse, die wir auch daraus ziehen sollen, speziell an die Kolleginnen und Kollegen der ÖVP: Ich glaube, es ist wirklich notwendig in manchen Bereichen über parteipolitische Barrieren, Schatten drüberzuspringen und auf eine sachliche Basis zu gehen. Und es ist relativ einfach. Wohin der Weg führen soll, sagen uns die Experten. Und damit meine ich nicht die Experten, die sich selbst ernennen, die in den Medien oft genannt werden. Die wahren Experten sind für mich die Erziehungswissenschafter. Und die Erziehungswissenschaft hat klare Erkenntnisse die es gilt auszuwerten und dann die richtigen Schlüsse zu ziehen und diese auch umzusetzen. Dann werden wir etwas erreichen.

Und wenn der Kollege Waldhäusl in die Richtung redet, Teilungszahlen, Klassenschülerhöchstzahlen, dann ist das sehr gut und nett. Ich erinnere an die vielen Anträge die wir gemacht haben, teilweise sogar gemeinsam im Landtag. Aber im Bund hat es doch eine Mehrheit gegeben, bei der wir nicht dabei sind, die es immer wieder verhindert hat. Darum sage ich, leiten wir einen neuen Diskussionsprozess ein. Schauen wir, dass wir gemeinsam etwas zustande bringen. Wir werden diesen Bericht selbstverständlich zur Kenntnis nehmen, obwohl unser Ansatz ist, Bildungspolitik ist mehr als reine Geldpolitik. In dem Sinn danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zweiter Präsident Sacher: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Hensler das Wort.

Abg. Hensler *(ÖVP)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Präsidenten! Frau Landesrat! Herr Landesrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag!

Wir haben heute auf der Tagesordnung den Rechnungshofbericht des Landes Niederösterreich. Ich möchte mich mit drei Punkten auseinandersetzen, und zwar das erste Thema landwirtschaftliche Fachschule Obersiebenbrunn. Hier wurden die wirtschaftlichen Verwaltungsabläufe geprüft. Und ich glaube, man kann sagen, der regionale Bildungsauftrag wurde erfüllt. Ich glaube, wenn man diesen ganzen Bericht erörtert, sieht man – und das möchte ich besonders hervorheben – die Entwicklung im unmittelbaren Bereich der Aktualität der Schülerzahlen. In den letzten Jahren ständig steigend. Wir haben derzeit 123 Schüler. Und im heurigen Jahr haben wir eine Anmeldung von über 70 zusätzlichen Schülern. Das dokumentiert welche Wertigkeit die landwirtschaftliche Schule in Obersiebenbrunn generell hat.

Ich glaube, hier ist zweifelsohne die Auslastung gegeben. Ebenfalls wurde der Dienstpostenplan eingehalten. Ich möchte sagen eher niedrig. Der Preisvergleich bei den Lebensmitteln wurde ebenfalls geprüft und hier auch zielführend organisiert. Es ist sicher so, und es streicht mehr denn je heraus, Schulwesen wird in der heutigen Zeit mehr denn je wichtig.

Ich möchte noch zwei Sätze zu diesem Einwand des Kollegen Waldhäusl sagen, der erörtert hat die ganze Problematik der Versicherung und etc. Ich persönlich habe diese Schule vor zwei Tagen besucht – sie liegt ja im unmittelbaren Bereich vor meiner Heimat - und habe mich dort an Ort und Stelle erkundigt über diese Entwicklung generell. Und ich habe mich selbst überzeugt, die Gefahrenbelastung ist wesentlich größer. Ist wesentlich größer auf der einen Seite in der Bausubstanz unbestritten und ebenso für die Beschäftigung. Und wenn man bedenkt, dass dort sehr viel … Heizanlagen und Strohlagerung, Schweißgeräte. Und es besteht hier wirklich die Möglichkeit. Gleichzeitig in nächster Zeit ist ja beabsichtigt mit Absprache des Landes hier eine Lösung zu suchen.

Ich möchte noch zu einem Thema Stellung nehmen, und zwar Europäischer Rechnungshof, die Entwicklung auf dem Weinsektor. Ich glaube,

dieser Bericht dokumentiert, und ich möchte es besonders hervorstreichen, dass Österreich gerade auf diesem Sektor, was die Entwicklung des Weines beinhaltet auf einem ganz hervorragenden Weg ist. Es wurde bereits erörtert die Verlagerung von Weißwein auf Rotwein. Ein wichtiger Punkt. Aber alle die selbst Weinproduzenten sind, und ich bin selbst einer und weiß sehr wohl wovon ich spreche, es wird auch heute mit dem Rotwein bereits ein Problem. In sehr vielen Bereichen ist diese Verlagerung sicher zielführend gewesen. Das Kontrollsystem bei den Förderungen, Umstrukturierung von Weinbauflächen, endgültige Abgabe des Weinbaues war zweckmäßig und wirtschaftlich.

Ebenfalls die Verwaltung. Es wurde die Verwaltung im unmittelbaren Bereich der Organisation besprochen. In Niederösterreich und Burgenland ist die BH zuständig. Das hat sich in Niederösterreich hervorragend bewährt. In der Steiermark ist Landes-Landwirtschaftskammer zuständig. Das hat sicher gewisse Vorteile, aber ich persönlich glaube, es kann in einen Konflikt, einen unmittelbaren Interessenskonflikt münden. Ich glaube, dass Niederösterreich in diesem Bereich sehr richtig unterwegs ist.

Als letzten Punkt möchte ich noch den Hochwasserschutz Ardagger-Markt erörtern. 1999 gebaut, 2002 generell Nachprüfung. Was mir persönlich sehr wichtig ist, die Bauarbeiten wurden zeitgerecht fertig. Ich glaube, jeder, der von einem Hochwasser betroffen ist, weiß, wie wichtig es ist dass man schnell und zielführend und zweckmäßig hilft. Und hier, glaube ich, ist es unheimlich wichtig. Natürlich gibt es hier auch einige Empfehlungen in dem Bereich was besser werden könnte oder so. Die Dichtungsmaßnahmen. Dichtungsmaßnahmen lassen sich erst wesentlich später klären. Da spreche ich aus eigener Erfahrung. Auch in meiner Heimat hatten wir einen Dammbruch und die Dichtungsmaßnahmen wurden dann erst schlagend als wieder ein Hochwasser da war. Dadurch konnte man das sehen. Ebenfalls die ganze Problematik der Pumpen etc.

Ebenfalls wurde die Doppelgleisigkeit vom Rechnungshof bekrittelt, nämlich Bund, Land, Ministerium. Es ist sicher so, dass es hier Überschneidungen in diesem Bereich gibt. Aber ich bin davon überzeugt, es wird in absehbarer Zeit von Seiten der Landesregierung eine Lösung in diesem wichtigen Faktor geben.

Der Rechnungshof, möchte ich abschließend sagen, ist ein unverzichtbarer Faktor unserer Demokratie. Die Berichte sagen aus, in Niederösterreich – und das möchte ich hervorstreichen – wurde hervorragend gearbeitet. Die Politik geht Hand in Hand mit den Bürgerinnen und Bürgern. Natürlich – und da bin ich beim Kollegen Kautz, der erwähnt hat besser zu werden. Ich bin voll bei dir, geschätzter Herr Kollege. Es gibt ja einen Satz, der klar und deutlich sagt: Wer aufhört besser zu werden hat aufgehört gut zu sein. Wir nehmen den Bericht sehr gerne zur Kenntnis. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Sacher: Es liegt noch die Wortmeldung von Frau Landesrätin Kranzl vor. Ich erteile ihr das Wort.

LR Kranzl *(SPÖ)*: Herr Präsident! Hoher Landtag!

Als zuständiges Regierungsmitglied für das Pflichtschulwesen in Niederösterreich gestatten Sie mir, dass ich in wenigen Punkten auf diesen vorliegenden Rechnungshofbericht eingehe. Ich möchte vielleicht pauschal hier beurteilen dass ich mich sehr freue über die Feststellung und dass Niederösterreich die Stellenplanrichtlinie erfüllt hat. Das ist sehr positiv auch festgestellt worden. Unter sicherlich nicht leichten Voraussetzungen.

Sie wissen, dass ich ein Gegner dieser Kopfquote bin. Aber trotzdem ist es unter wirklicher Kraftanstrengung seitens des Landesschulrates gelungen, hier die genehmigte, laut Dienststellenplan vorgegebene Lehrerbeschäftigungsanzahl auch umsetzen zu können.

Es sind von den Vorrednern angesprochen worden diese elementaren Punkte, auch positiv hervorgehoben worden dass diese monatliche Datenübermittlung funktioniert. Dass die Supplierreserve – das muss ich noch ein bisschen ausführen – seit 2003 jedoch mit dem bestehenden Kontingent abzudecken ist. Das heißt jene, die dieses Vorruhestandsmodell in Anspruch nehmen, natürlich dann als Lehrpersonen nicht mehr zur Verfügung stehen und hier über dieses genehmigte Kontingent abzuwickeln sind. Das ist sicherlich auch keine vereinfachte Situation. Und diese Lehrerplanposten fehlen natürlich dann auch im Unterricht. Zur Supplierstundenregelung: Es ist angesprochen worden, Helmut von dir, es hat einen entsprechenden Erlass des Landesschulrates im Dezember 2003 gegeben, wo, wie gesagt, diese verstärkte Anstrengung, diese Supplierstundenregelung, hier diesen Prozentsatz anzuheben, auch angeordnet worden ist. Und so wie ich weiß funktioniert das auch an den Pflichtschulen sehr gut.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Allerdings zur Empfehlung: Die durchschnittliche

Schülerzahl, und ich sage bewusst, das sind Empfehlungen, diese durchschnittliche Schüleranzahl in den Volksschulen auf 22 einzurichten bzw. in den Hauptschulen auf 25 und auch eine Anregung, Kleinstschulen überhaupt zu schließen bzw. zu größeren Einheiten zusammen zu fassen. Also dem gestatten Sie mir einige Punkte entgegenzuhalten. Wenn immer die Schülerzahlentwicklung angesprochen wird, dann ist es zwar richtig, dass es innerhalb dieser Schularten unterschiedlichste Auswirkungen gibt. Dass natürlich im Bereich der Volksschulen die Entwicklung in größerem und viel stärkerem Maße rückläufig ist. Dass aber insgesamt die Schülerzahlentwicklung doch eine annähernd konstante ist. Vergleicht man den Zeitraum 1984/85 mit insgesamt 130.899 bzw. das laufende Schuljahr 2004/2005 mit 130.220. Also wenn man vor 30 Jahren, das heißt 1969/70 heranzieht, dann muss man feststellen, dass der stärkste Schülerrückgang eigentlich von den 70er Jahren bis zirka 1984/85 stattgefunden hat.

Allerdings, wie gesagt, bin ich ebenfalls hier positiv gestimmt, weil natürlich die nächsten Jahre noch weiter von diesem Schülerrückgang bestimmt sein werden. Aber das Jahr 2004 hat sehr wohl gezeigt, dass, wenn das Angebot stimmt, und da spielt natürlich die Kinderbetreuung eine massive, zentrale Rolle, dass es sehr wohl auch in Niederösterreich möglich ist, wieder positive Geburtenraten zu haben. 3,7 Prozent, da sind wir wirklich ausgesprochen gut gelegen. Und wenn ich das wieder umrechne bitte auf Volksschulen, was bedeutet das, wenn diese zusätzlichen 13.000 Kinder dann einmal die Schulpflicht zu erfüllen haben, dann bedeutet das plus 590 Volksschulklassen mehr. Also das Bild schaut dann wieder etwas anders aus.

Das angesprochene und errechnete Einsparungspotenzial, da kann ich auch nur zustimmen meinen Vorrednern. Es ist leicht auszurechnen. Einfach die Schülerzahlen herzunehmen, durch diese gewünschte Zahl von 22 oder 25 zu dividieren gibt eben dann dieses Einsparungspotenzial. Allerdings ohne Berücksichtigung dass es auch gesetzliche Bestimmungen gibt, die von uns einzuhalten sind. Und zwar bundesgesetzliche Bestimmungen: Das Pflichtschulerhaltungsgrundsatzgesetz des Bundes, das eben diese Teilungszahl von 31 festlegt.

Sie wissen, dass eine Anzahl von 60 zwei Volksschulklassen oder zwei Schulklassen bedingt, aber genauso eine Anzahl von 31 Schülerinnen und Schüler ebenfalls zwei Klassen nach sich zieht. Und ich muss wirklich an dieser Stelle feststellen, wenn der Bund tatsächlich will, dass diese Vorgaben erfüllt werden, dann ist der Bund aufgerufen, die entsprechenden Gesetze zu ändern. Aber es kann nicht sein, dass hier quasi diese Aufgabe an die Länder bzw. dann auch weiterführend an die Gemeinden delegiert werden.

Ich habe mit großer Aufmerksamkeit mir auch die Aussagen durchgelesen als der letzte Rechnungshofbericht zur Besoldung der Landeslehrer 2002 vorgelegen ist. Die Kollegin Adensamer hat hier sehr beeindruckende Äußerungen getätigt, die ich nur vollinhaltlich unterstützen kann. Denn sie hat ebenfalls zu diesen angeregten Sparmaßnahmen gemeint, dass Zentralismus im Bildungsbereich zu vielen Nachteilen führen wird, dass es auf Kosten der Schüler, der Eltern gehen wird, aber vor allem natürlich auch auf Kosten einer fortschrittlichen Gemeindeentwicklung. Dass alle Maßnahmen, die die Schule betreffen, eben vom Bund beschlossen werden. Und sie hat wunderschön dann aufgelistet, dass sich ja seit dem Jahr 1962 im Schulbereich sehr, sehr viel getan hat. Ob das die Einführung des 9. Schuljahres war, der Polytechnische Lehrgang, ob es die Senkung der Klassenschülerzahlen von 36 auf 30 gewesen ist, ob es – wie gesagt – die Hauptschule neu mit den differenzierten Leistungsgruppen gewesen ist. Da ist es natürlich nachvollziehbar, dass diese Weiterentwicklungen im Bildungsbereich auch mit finanziellen Kosten verbunden sind.

Ich bin wirklich froh über diesen Bericht des Rechnungshofes. Ich bin aber auch, sage ich ganz offen und ehrlich, froh über die Pisa-Diskussionen die jetzt angefangen haben. Dass man ganz einfach wirklich einmal ganz offen über das Bildungssystem diskutiert, dass Bildung tatsächlich auch einen Stellenwert und Aufmerksamkeit momentan in der Öffentlichkeit erfährt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie wissen, dass ich in diesem Bereich einen Bildungsgipfel im Jänner abgehalten habe, dass ich persönlich eine Reise nach Finnland unternommen habe und mich dort vom finnischen Bildungssystem … mir das angesehen habe. Ich möchte Ihnen vielleicht nur ganz kurz, ohne Wertung, einfach meine ganz persönlichen Eindrücke schildern. Weil ich mir ehrlich gesagt wünschen würde, dass von Schulsystemen, die erfolgreich in Europa erprobt sind, das Beste ganz einfach heraussuchen sollte und nachdenken sollte, ob das nicht auch etwas für das österreichische Schulsystem wäre.

Ich muss ganz ehrlich sagen, wenn Sie einmal Zeit haben, schauen Sie sich das an. Es fließt dort im wahrsten Sinne des Wortes Energie. Es war für alle Teilnehmer dieser Delegation eine sehr beein-

druckende Reise. Und wie gesagt, es ist auch angesprochen worden vom Kollegen Cerwenka, wenn einmal Erziehungswissenschafter feststellen, wenn Experten feststellen, dass die gemeinsame Schule auch ein Zukunftsprojekt ist, dass sie in den meisten europäischen Ländern bereits umgesetzt wird, dann, glaube ich, sollte auch Österreich einmal so weit sein, sich mit diesen Gedanken ernsthaft auseinanderzusetzen.

Wie gesagt, ein paar Schlagworte. In Finnland gibt es diese gemeinsame Schule. Mir gefällt auch der Ausdruck gemeinsame Schule viel, viel besser. Er drückt eigentlich aus worum es geht. Es ist die Schulpflicht von sieben Jahren bis insgesamt 16 Jahren. Es gibt kein Wiederholen der Klassen bis auf freiwillige Basis. Ganz wichtig in diesem System aber natürlich ein individueller Unterricht. Das bedeutet, dass Schwächen und Stärken des einzelnen Schülers ganz genau betrachtet werden, dass es hier einen entsprechenden Förderungsunterricht gibt. Und das bitte alles während der regulären Unterrichtszeit.

Es ist Sprachentwicklung ganz, ganz wichtig. Finnland hat zwar die Vorschule nicht verpflichtend, es gibt nur eine Verpflichtung für die Kommunen diese anzubieten. Aber 97 Prozent nutzen diese Vorschule. Mag natürlich auch damit zusammenhängen, dass diese Schulpflicht erst mit dem 7. Lebensjahr beginnt. Aber, wie gesagt, es fängt kein Kind an in die Schule zu gehen, das nicht die finnische Sprache tatsächlich auch beherrscht.

Und ganz wichtig natürlich im ersten Schuljahr, aber auch im dritten und vierten Schuljahr, weitere Fremdsprachen zu lernen. Ob das wie gesagt schwedisch ist, ob das englisch ist oder deutsch. Viele, wie gesagt, beherrschen diese Sprachen bereits in den ersten vier Jahren dieser gemeinsamen Schule.

Es gibt keine Benotungen in den ersten Schulen. Das heißt, verbale Beurteilung ist hier ein Leistungsmesser. Es gibt keine Schulinspektion. Es ist die Evaluierung ein ganz wichtiger Schwerpunkt um tatsächlich, wie gesagt, nachvollziehen zu können, dass diese Leistungsstandards auch eingehalten werden.

Und was mir auch sehr, sehr gut gefällt: An jeder Schule gibt es ein Team, bestehend aus Sozialarbeitern, aus Psychologen, die tatsächlich die Schüler, die diese Unterstützung, die soziale Betreuung brauchen - das ist heute zum Beispiel auch in diesem Jugendkonvent angesprochen worden - dass diese die entsprechend erhalten.

Der Unterricht ist vollkommen individuell gestaltet. Der kann um 8.00 Uhr in der Früh beginnen, er kann um 9.00 Uhr beginnen, er kann um 10.00 Uhr beginnen. Das, glaube ich, wäre für österreichische Verhältnisse nicht vorstellbar. Aber, wie gesagt, da wird ganz einfach gemeinsam mit den Eltern bzw. Schülern und Lehrern entschieden, wann dieser Unterricht beginnen soll. Und er endet dann je nach Beginn zwischen 13.00 Uhr und 16.00 Uhr.

Was ganz beeindruckend auch war, Unterrichtszeit 45 Minuten, dann nach jeder Stunde 15 Minuten Pause. Und zwar 15 Minuten Pause mit der Verpflichtung, diese im Freien zu verbringen. Das heißt, unbedingtes Muss hinaus an die frische Luft um dann wieder Energie tanken zu können. Fünftagewoche gibt es natürlich generell. Und finnisches Bildungssystem ist vollkommen kostenlos. Das heißt vom Schulmaterialien, von Heften, vom Schultransport. Alles ist, wie gesagt, kostenlos. Finnland hat diese Priorität gesetzt, den Jugendlichen dort auch die beste Ausbildung zukommen zu lassen.

Die Ausbildung ist eine generell hohe, eine universitäre. Und wie gesagt, auch Lesen, Lesekompetenz, auch das ist nachgewiesen worden, ein sehr wichtiger Bereich. Alle Gemeinden stellen flächendeckend Bibliotheken zur Verfügung. Bibliotheken, die übrigens ebenfalls vollkommen kostenlos sind.

Es gäbe noch viel anzuführen in diesem Bereich. Ich merke allerdings, dass die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses nicht unbedingt die größte ist. Ich bin aber trotzdem, wie gesagt, sehr interessiert an einem offenen Gespräch. Ich lade auch alle Fraktionen dazu ein. Ich würde mich wirklich sehr freuen, wenn es hier einen offenen Diskurs gibt. Bin vielleicht etwas enttäuscht über die Ergebnisse die gestern und heute in den Medien präsentiert werden. Über diesen Endbericht der Zukunftskommission bzw. über die Aussagen der Frau Bildungsminister was jetzt passieren soll. Denn Fünftagewoche gibt's bereits flächendeckend an den niederösterreichischen Pflichtschulen. Über einen zusätzlichen Fortbildungsunterricht und eine andere Ausbildung, das halte ich für positiv. Auch, wie gesagt, dass man über „kein Wiederholen" nachdenkt halte ich für positiv. Oder aber auch das Kurssystem an der AHS Oberstufe ist sicherlich etwas Diskussionswürdiges. Weil, wie gesagt, auch in den skandinavischen Modellen, das gegeben ist. Allerdings, dieser große Wurf, nämlich tatsächlich über eine gemeinsame Schule nachzudenken, tatsächlich langfristig nachzudenken, wie kann man jene An-

forderungen, die besonders die Wirtschaft an uns stellt, wie kann man das mit einem erfolgreichen Bildungssystem erfüllen, das geht mir ab. Ich lade Sie alle ein, beginnen wir gemeinsam einen offenen Diskurs. Vielleicht kann Niederösterreich in dieser Frage vorbildlich sein. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit! *(Beifall bei der SPÖ und Abg. Mag. Fasan.)*

Zweiter Präsident Sacher: Mir liegt auf der Zunge ein wesentliches Element das man im Unterricht lernt ist die Fähigkeit des Zuhörens, Hoher Landtag.

Damit ist die Rednerliste erschöpft. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. Hofbauer *(ÖVP)*: Ich verzichte!

Zweiter Präsident Sacher: Er verzichtet. Wir kommen damit zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Rechnungshof-Ausschusses, Ltg. 412/B-1:)* Das ist einstimmig angenommen!

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Rechnungshof-Ausschusses, Ltg. 387/B-2/4:) Ebenfalls einstimmig angenommen!

Somit ist die Tagesordnung dieser Sitzung erledigt. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekannt gegeben. Die Sitzung ist geschlossen. *(Ende der Sitzung um 16.50 Uhr.)*